

Heiduk, Felix (Ed.)

Research Report

Das kommende Kalifat? "Islamischer Staat" in Asien. Erscheinungsformen, Reaktionen und Sicherheitsrisiken

SWP-Studie, No. 9/2018

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Heiduk, Felix (Ed.) (2018) : Das kommende Kalifat? "Islamischer Staat" in Asien. Erscheinungsformen, Reaktionen und Sicherheitsrisiken, SWP-Studie, No. 9/2018, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252942>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SWP-Studie

Felix Heiduk (Hg.)

Das kommende Kalifat?

»Islamischer Staat« in Asien:
Erscheinungsformen, Reaktionen und Sicherheitsrisiken



Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit

SWP-Studie 9
Juni 2018

Der »Islamische Staat« (IS) wurde in seinen syrisch-irakischen Kerngebieten zwar für besiegt erklärt, doch hat er sich mittlerweile in andere Regionen ausgebreitet. Dies betrifft auch Asien, einen Kontinent, auf dem mehr als 500 Millionen Muslime leben. Zu den Ländern, in denen IS-affilierte Gruppen 2017 verstärkt aufgefallen sind, gehören unter anderem Afghanistan, Indonesien und die Philippinen. Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Studie das Auftreten des IS in Asien, die Reaktionen darauf und die Auswirkungen des Phänomens auf nationale und regionale Stabilität.

Die Befunde der Studie entkräften zunächst Befürchtungen, es könnte in der Region zu einer raschen Wiedergeburt des IS kommen. Es gibt derzeit keine Anzeichen, dass sich die Erfolge der Organisation auf irakischem und syrischem Gebiet kurz- bis mittelfristig in Teilen Asiens wiederholen werden. Den dortigen IS-Ablegern fehlt es dafür an militärischer Stärke, logistischer Infrastruktur und lokaler Verankerung. Die Gewaltaktionen asiatischer IS-Ableger beschränken sich vielerorts auf sporadische Anschläge und Vorstöße. Militärische Siege über den vermeintlichen Gegner oder dauerhafte Geländegewinne werden dabei nur selten erreicht.

Dies sollte jedoch nicht zur Einschätzung verleiten, der IS in Asien sei lediglich ein Schreckgespenst. IS-Gruppen dort profitieren, wie andere militante Akteure auch, vielfach von Legitimitätsdefiziten politischer Eliten und der Schwäche staatlicher Strukturen. Und gerade weil solche Gruppen weitgehend unabhängig von der Zentrale des IS entstanden sind, ist dessen militärische Niederlage in Syrien und Irak kein Garant dafür, dass die Ableger in Asien ebenfalls geschwächt sind oder auseinanderfallen.

SWP-Studie

Felix Heiduk (Hg.)

Das kommende Kalifat?

»Islamischer Staat« in Asien:
Erscheinungsformen, Reaktionen und Sicherheitsrisiken

**Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit**

SWP-Studie 9
Juni 2018

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben die Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2018

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-200
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

- 5 **Problemstellung und Empfehlungen**
- 7 **Der »Islamische Staat« (IS) in Asien:
Einleitung und Vorüberlegungen**
Felix Heiduk
- 13 **Der »Islamische Staat« in Zentralasien**
Uwe Halbach
- 23 **Der »Islamische Staat« in Südasien**
Christian Wagner
- 39 **Der »Islamische Staat« in Afghanistan**
Nicole Birtsch
- 49 **China und der Kampf gegen die »drei üblen Kräfte«**
Gudrun Wacker
- 59 **Der »Islamische Staat« in Südostasien**
Felix Heiduk
- 74 **Schlussfolgerungen**
Felix Heiduk
- 77 **Anhang**
- 77 Abkürzungen
- 78 Die Autorinnen und Autoren

Das kommende Kalifat? »Islamischer Staat« in Asien: Erscheinungsformen, Reaktionen und Sicherheitsrisiken

Der »Islamische Staat« (IS) hat 2017 massiv an politischer und militärischer Macht in seinen syrischen und irakischen Kerngebieten verloren. Große Teile des ehemals vom IS beherrschten Territoriums im Irak werden mittlerweile wieder von Regierungseinheiten bzw. anderen bewaffneten Gruppen kontrolliert. Die De-facto-Hauptstadt des IS, Raqqa, fiel im Oktober an die von den USA unterstützten Syrian Democratic Forces (SDF). Im Dezember erklärte der irakische Premier Haider al-Abadi den Krieg gegen die Organisation, der bis dahin mehr als drei Jahre andauert hatte, für beendet. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Studie im Frühjahr 2018 waren nur noch ein schmaler Streifen syrischen Territoriums an der Grenze zum Irak sowie kleinere Gebiete in Zentral- und Südsyrien unter der Kontrolle des IS. Dass er in seinen Hochburgen eine fast vollständige militärische Niederlage erlitten hat, ist jedoch keineswegs gleichbedeutend mit einem Sieg über ihn oder gar mit seinem Ende.

In einigen Gebieten außerhalb Syriens und des Irak haben Angriffe von IS-Gruppen während der letzten Monate sogar an Intensität zugenommen. Dies gilt unter anderem für einige Länder Asiens wie Afghanistan, Indonesien und die Philippinen. Angesichts des Niedergangs in seinem Kernland stellt sich die Frage, ob und inwieweit es dem IS gelingen wird, sich stärker in Asien auszubreiten. Ziel der vorliegenden Studie ist es, zu dieser Frage – jenseits der Betrachtung einzelner Vorkommnisse – eine möglichst systematische Bestandsaufnahme zu leisten. Dabei gibt es drei Analyseschritte: Untersucht werden das Auftreten des IS in Asien, die Reaktionen darauf in Politik und Gesellschaft sowie die Auswirkungen des Phänomens auf die nationale und regionale Stabilität. Die Untersuchung erfolgt auf Grundlage einer vergleichenden Fallanalyse.

Die Befunde der Studie entkräften Befürchtungen, es könnte zu einer raschen Wiedergeburt des IS in Asien kommen. Erstens gibt es derzeit keine Anzeichen dafür, dass sich die Erfolge des IS auf irakischem und syrischem Gebiet kurz- bis mittelfristig in Teilen

Asiens wiederholen werden. Den dortigen IS-Ablegern fehlt es dafür an militärischer Stärke, logistischer Infrastruktur und lokaler Verankerung. Bislang lässt sich auch kaum beobachten, dass sie Koalitionen mit anderen militanten Gruppen eingehen oder diese unterwandern würden. Die einzelnen Analysen dieser Studie ergeben zugleich ein sehr heterogenes Bild des IS in Asien. Sie ziehen die Annahme in Zweifel, die Organisation würde hier rasant an Boden gewinnen. Nach wie vor sind Verbindungen zwischen der IS-Führung und asiatischen Ablegern jenseits punktueller personeller Kontakte kaum nachweisbar. Die vorhandenen Informationen lassen vielmehr den Schluss zu, dass sich die IS-Gruppen in Asien – rhetorisch wie praktisch – primär an perzipierten Missständen vor Ort orientieren. Entsprechend räumen sie ihren lokalen bzw. nationalen Zielen meist weit mehr Platz ein als dem Kampf für ein globales Kalifat. Personelle Verbindungen zur IS-Zentrale (wie auch von asiatischen IS-Gruppen untereinander) können zwar in einer Reihe von Fällen nachgewiesen werden. Dies bedeutet aber nicht, dass die lokalen IS-Ableger vom Nahen Osten aus gesteuert würden.

Zweitens reagieren die asiatischen Staaten, teils in Verbindung mit dem Vorgehen externer Mächte (allen voran der USA), viel schneller und repressiver auf IS-Aktivitäten, als dies in Syrien und dem Irak der Fall war. Viele Regierungen in Asien haben bereits vor einigen Jahren das nötige Spektrum an Anti-Terror-Instrumenten entwickelt. Daher sind dauerhafte Geländegewinne oder militärische Siege des IS bislang ausgeblieben.

Dies sollte – drittens – jedoch nicht zur Einschätzung verleiten, der IS in Asien sei lediglich ein Schreckgespenst. Gerade weil entsprechende Gruppen hier weitgehend unabhängig von der Zentrale des IS entstanden sind, ist dessen militärische Niederlage in Syrien und dem Irak kein Garant dafür, dass die asiatischen Ableger ebenfalls geschwächt sind oder auseinanderfallen. Denn das Bündel an politischen und sozio-ökonomischen Faktoren, von denen sie profitieren, bleibt bestehen. Die Propaganda des IS ist auch für Angehörige der Mittelschicht attraktiv, die sich vielfach über soziale Medien radikalieren. Dies stellt asiatische Staaten vor neue Herausforderungen ideologischer, technologischer und politischer Art. Es ist anzunehmen, dass in naher Zukunft weitere Mutationen der Idee eines islamischen Kalifats in Asien auftreten werden – als eine Option unter vielen verschiedenen Formen des Ringens um eine islamische Ordnung. Dazu trägt bei, dass vielerorts in

Teilen der lokalen Bevölkerung die Wahrnehmung besteht, das Vorgehen staatlicher Sicherheitskräfte gegen »den IS« sei vornehmlich gegen sie selbst gerichtet.

Felix Heiduk

Der »Islamische Staat« (IS) in Asien: Einleitung und Vorüberlegungen

Der IS wurde in seinen syrisch-irakischen Kerngebieten zwar für besiegt erklärt, doch hat er sich mittlerweile in andere Regionen ausgebreitet. Nach Medienberichten konnte der IS im Jemen 2017 seine Truppenstärke verdoppeln. Er bekannte sich auch zu dem Anschlag, der im November des Jahres eine Moschee auf der Sinai-Halbinsel traf und mehr als 300 Menschenleben forderte – der verheerendste Terrorangriff in der Geschichte Ägyptens. Auch in Asien traten IS-affilierte Gruppen 2017 verstärkt in Erscheinung. Ableger in Afghanistan bekannten sich unter anderem zu dem Anschlag auf ein schiitisches Kulturzentrum in Kabul, bei dem im November 40 Menschen starben, und zu einem Attentat auf einen Markt, das im Januar 2018 über 20 Todesopfer hinterließ.¹ In Kabul kamen Ende 2017 mehr Menschen durch IS-Anschläge ums Leben als durch Angriffe der Taliban. Auf den Philippinen eroberten IS-Kämpfer im Mai 2017 die 200 000 Einwohner zählende Stadt Marawi auf der Insel Mindanao. Erst nach monatelanger verlustreicher Belagerung gelang es dem philippinischen Militär im Oktober, die IS-Kämpfer aus Marawi zu vertreiben.

Die Gewaltaktionen der asiatischen IS-Ableger beschränken sich vielerorts auf sporadische Anschläge und Angriffe. Sie gelten Zielen, die aus Sicht des IS hohen Symbolcharakter haben – wie Militär, Polizei, Regierungsvertreter, »Ausländer« aus westlichen Staaten oder China sowie religiöse Minderheiten und »Apostaten«. Militärische Siege über den vermeintlichen Gegner oder dauerhafte Geländegewinne werden dabei aber nur selten erreicht. Ausnahmen bilden die von IS-Gruppen partiell kontrol-

lierten Gebiete im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet sowie die erwähnte Besetzung der philippinischen Stadt Marawi. Und auch wenn in einigen Fällen die Präsenz ausländischer Kämpfer (aus Nachbarländern oder dem Nahen Osten) nachgewiesen werden konnte, so bewegt sich deren Zahl allen Schätzungen zufolge nur im zweistelligen Bereich. Selbst nach der militärischen Niederlage des IS in Syrien und Irak ist bislang keine jihadistische »Ausreisewelle« Richtung Asien feststellbar.

Auch war die Zahl der Jihadisten, die von Asien in den Nahen Osten ausreisten, verglichen mit den Ausreisepersonen westeuropäischer Länder sehr gering. Nur wenige Hundert begaben sich zwischen 2014 und 2016 aus Zentral-, Süd-, Ost- und Südostasien in die vom IS kontrollierten Gebiete in Syrien und dem Irak. Und auch die in Asien selbst operierenden IS-Ableger verfügen in den seltensten Fällen über mehr als 100 bewaffnete Kämpfer. Mehr noch, sie konkurrieren vor Ort in der Regel mit anderen militanten Gruppierungen, die qualitativ wie quantitativ besser aufgestellt sind, um Rekruten, Geld und die Unterstützung der Bevölkerung. Solche Konkurrenten sind beispielsweise die Taliban in Afghanistan oder die »Islamische Befreiungsfront der Moros« (MILF) auf den Philippinen. Bislang ist in Asien nicht zu beobachten, dass Anhänger des IS – wie es etwa im Irak geschah – andere militante Gruppen unterwandern und anschließend deren Führung übernehmen. Vielmehr sind IS-Anhänger in einigen asiatischen Ländern auch in bewaffnete Auseinandersetzungen mit anderen jihadistischen Organisationen verwickelt. Zudem ist es den IS-affilierten Gruppen Asiens allenfalls in eng umgrenzten Gebieten gelungen, die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung zu erlangen. Eine flächendeckende lokale Verankerung des IS, die den Aufbau parastaatlicher Strukturen ermöglichen würde, scheint in Asien ebenfalls ausgeblieben zu sein.

¹ Fahim Abed, »ISIS Suicide Bomber Kills 20, Including Members of Police Force, at Afghan Market«, in: *The New York Times*, 5.1.2018, <<https://www.nytimes.com/2018/01/04/world/asia/isis-kabul-suicide-attack.html>> (eingesehen am 23.2.2018).

Nach wie vor sind Verbindungen zwischen der IS-Führung und asiatischen Ablegern jenseits punktueller personeller Kontakte kaum nachweisbar. Die vorhandenen Informationen lassen vielmehr den Schluss zu, dass sich die IS-Gruppen in Asien – rhetorisch wie praktisch – primär an perzipierten Missständen vor Ort orientieren. Entsprechend räumen sie ihren lokalen bzw. nationalen Zielen meist weit mehr Platz ein als dem Kampf für ein globales Kalifat. Personelle Verbindungen zur IS-Zentrale (wie auch von asiatischen IS-Gruppen untereinander) können zwar in einer Reihe von Fällen nachgewiesen werden. Dies bedeutet aber nicht, dass die lokalen IS-Ableger vom Nahen Osten aus gesteuert würden. Der Blick auf das Auftreten des IS in unterschiedlichen Ländern Asiens zieht so zunächst einmal die Annahme in Zweifel, die Organisation würde hier rasant an Boden gewinnen. Denn auf operativer Ebene ist der IS in weiten Teilen Asiens nach wie vor schwach aufgestellt.

IS-Gruppen in Asien profitieren von den Legitimitätsdefiziten und der Schwäche staatlicher Strukturen.

Doch für einige Länder der Region weisen die Ergebnisse dieser Studie deutlich darauf hin, dass IS-affine Organisationen an Präsenz gewinnen und einen wachsenden Aktivismus an den Tag legen. Vor diesem Hintergrund befürchten Beobachter, dass die erwähnten Anschläge und bewaffneten Operationen erste Anzeichen für künftige Bemühungen des IS sein könnten, in Asien sehr viel stärker als bisher Fuß zu fassen – einem Kontinent, auf dem über 500 Millionen Muslime leben, mehr als in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Für solche Absichten spricht nicht nur der Umstand, dass die Aktionen propagandistisch über Asien hinaus aufbereitet werden. Auch gibt es Berichte, wonach asiatische IS-Gruppen aus dem Nahen Osten finanziert werden und IS-affine Akteure in der Region selbst sich zunehmend vernetzen.²

Somit stellt das Phänomen IS für die Länder Asiens in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung dar. Zu

nennen sind hier die Gefahren, die von militärisch geschulten und ideologisch radikalisierten Rückkehrern ausgehen, gerade nachdem das IS-Kalifat als territoriale Einheit zerschlagen worden ist. Vor neuen Problemen stehen die Staaten Asiens auch deshalb, weil lokale Gruppen auftreten, die Ideologie, Strategie und Taktik vom IS übernommen haben. Ausdruck findet dies unter anderem im Alleinvertretungsanspruch solcher Akteure, in ihrem gewaltsamen Vorgehen gegen vermeintliche Apostaten sowie andere Religionsgruppen und in ihrer vollständigen Ablehnung moderner politischer Institutionen (einschließlich Staatsgrenzen). Der IS präsentiert sich somit auch in Asien als radikalere Alternative zu anderen militanten Gruppen, selbst jenen aus dem Al-Qaida-Lager.

IS-Gruppen in Asien profitieren dabei, wie andere militante Akteure auch, vielfach von Legitimitätsdefiziten politischer Eliten und der Schwäche staatlicher Strukturen. Die entsprechenden Gruppen stoßen in Räume schwacher oder erodierter Staatlichkeit vor und besetzen diese. In überwiegend muslimischen Ländern Asiens kommt erschwerend hinzu, dass innerhalb der Mehrheitsgesellschaft orthodoxe oder konservativere Islam-Interpretationen an Bedeutung gewinnen. Die zunehmende Diskriminierung religiöser Minderheiten (vor allem von Christen und Buddhisten) sowie Gewaltakte gegen islamische »Häretiker« (wie etwa Ahmadiyah oder Schiiten) werden vielerorts gutgeheißen oder gar offen unterstützt. Solche Phänomene sind Ausdruck weitverbreiteter gesellschaftlicher Einstellungsmuster.

Dabei unterscheidet den IS in seinem wahrnehmbaren Verhalten zunächst wenig von anderen militanten revolutionären Bewegungen. Weder ist der Versuch, die gesellschaftliche, soziale und politische Ordnung durch extreme Gewaltanwendung zu überwinden, als Alleinstellungsmerkmal des IS zu werten, noch gilt dies für seinen Anspruch, durch göttliche Vorsehung legitimiert zu sein. Auch die Vorgehensweise, die der IS in Syrien und dem Irak erfolgreich angewandt hat, ähnelt der vieler anderer bewaffneter Bewegungen: Man sickert zunächst über klandestine Netzwerke in gegnerische Gebiete ein, gewinnt dort die Unterstützung von Teilen der Bevölkerung, erobert dann Territorium, indem man Guerillakrieg mit konventioneller Militärtaktik kombiniert, und baut

² Bilveer Singh/Kumar Ramakrishna, *Islamic State's Wilayah Philippines: Implications for Southeast Asia*, Singapur: RSIS, 21.7.2016, <<https://www.rsis.edu.sg/rsis-publication/rsis/co16187-islamic-states-wilayah-philippines-implications-for-southeast-asia/#.WMgHaXpFuyo>> (eingesehen am 23.2.2018).

in dem Gebiet schließlich proto-staatliche Strukturen auf.³

In Bezug auf die eigene Islam-Interpretation und das daraus abgeleitete Staatsverständnis unterscheidet sich der IS jedoch von anderen Gruppierungen des radikal-islamistischen Spektrums, einschließlich al-Qaida. Er versteht die Kerntexte des Islam als einzigen legitimen Bezugspunkt für politisches Handeln und die Ordnung von Staat und Gesellschaft.⁴ Moderne politische Institutionen, etwa Wahlen oder auch Staatsgrenzen, lehnt er als unislamisch ab.⁵ Anerkennung finden nur politische Autoritäten, die im Koran als Führer des Gemeinwesens genannt werden. Der IS versteht sich dabei als Gegenentwurf zur »korrupten« Moderne. Das einzig mögliche Korrektiv sieht er darin, eine gesellschaftliche und politische Ordnung zu errichten, die allein auf Gott ausgerichtet ist.

Der IS legitimiert sich über seinen Anspruch, »die in Koran und Sunna vorgegebene göttliche Ordnung zur Anwendung zu bringen und/oder im Handeln von dieser Ordnung geleitet zu sein«.⁶ Demnach sind »keine Kompromisslösungen in den Konflikten mit seinen Gegnern« denkbar.⁷ Selbst konservative Muslime, deren Islam-Interpretation von jener des IS abweicht, werden konsequent als Apostaten gebrandmarkt. Die spezifische Islam-Deutung des IS fungiert somit als eine Art »enabler«,⁸ indem sie eine Band-

breite an Normen und Handlungsoptionen durch direkte Ableitung aus dem Koran als legitim definiert und andere Normen und Handlungsoptionen wiederum als unislamisch verurteilt.⁹

Die ideologische Radikalität des IS, verbunden mit seinen militärischen Erfolgen 2014/2015, der Selbstdarstellung als wahr gewordene islamistische Utopie und dem Zugriff auf materielle Ressourcen (vor allem Erdöl), verhalf der Organisation zu rascher Expansion.¹⁰ Dabei ist es seit Jahren Teil der offiziellen IS-Strategie, in andere Gebiete der muslimischen Welt vorzudringen. Bereits kurz nach Ausrufung des Kalifats durch IS-Anführer Abu Bakr al-Baghdadi im Juni 2014 machte die Organisation ihre territorialen Bestrebungen öffentlich. Eine entsprechende Karte zeigt als Expansionsräume neben dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet (der sogenannten IS-Provinz Khorasan) auch große Teile Zentralasiens bis hin zum äußersten Westen Chinas. Auch aus vielen Teilen Asiens reisten Jihadisten nach Syrien und in den Irak, um sich dem IS anzuschließen. Zudem leisteten lokale islamistische Gruppen unter anderem in Bangladesch und Afghanistan sowie auf den Philippinen den Treueschwur (bai'at) auf al-Baghdadi. Bei ihren Aktionen bezogen sie sich vielfach direkt auf den IS. Von dessen Propagandamaschine wird das Auftreten affilierter Gruppen in Asien massiv ausgeschlachtet. Solche Ableger versuchten – oft mit ausländischer Unterstützung –, die spektakulären Erfolge des IS in der eigenen Region zu wiederholen.

Den Fallanalysen vorangestellt werden sollen auch einige Überlegungen zur Methodik.¹¹ Denn Studien zu Terrorismus im Speziellen und zu Gewaltakteuren im Allgemeinen müssen eine Reihe methodischer Herausforderungen bewältigen. Zunächst gibt es ein Quellen- bzw. Informationsproblem. Die im Fokus stehenden Organisationen sind meist illegale, klandestin operierende und gewaltbereite Gruppen. Daher

3 Craig Whiteside, »New Masters of Revolutionary Warfare: The Islamic State Movement (2002–2016)«, in: *Perspectives on Terrorism*, 10 (2016) 4, <www.terrorismanalysts.com/pt/index.php/pot/article/view/523> (eingesehen am 23.2.2018); Stathis Kalyvas, »Is ISIS a Revolutionary Group and If Yes, What Are the Implications?«, in: *Perspectives on Terrorism*, 9 (2015) 4, S. 42–47; Stephen M. Walt, »ISIS as Revolutionary State«, in: *Foreign Affairs*, 17.11.2015, <<https://www.foreignaffairs.com/articles/middle-east/isis-revolutionary-state>> (eingesehen am 23.2.2018).

4 Guido Steinberg, »Islamistischer Terrorismus: Sechs Thesen auf dem Prüfstand«, in: *Internationale Politik*, 3 (2017), S. 62–67.

5 Christoph Günther, »Ein Staat der Emigration und des Jihad: Das Staatsmodell des »Islamischen Staates««, in: Peter Lintl/Christian Thuselt/Christian Wolff (Hg.), *Religiöse Bewegungen als politische Akteure im Nahen Osten*, Baden-Baden 2016, S. 132.

6 Ebd., S. 149.

7 Ebd., S. 150.

8 Simon Cottee, »What ISIS Really Wants« Revisited: Religion Matters in Jihadist Violence, but How?«, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, 40 (2016) 6, <<https://doi.org/10.1080/1057610X.2016.1221258>> (eingesehen am 23.2.2018).

9 Die ultrakonservativen Islam-Interpretationen von Gruppen wie al-Qaida und IS werden vom Großteil der Muslime weltweit abgelehnt. Vgl. Mark Juergensmeyer, *Terror in the Mind of God: The Global Rise of Religious Violence*, Berkeley: University of California Press, 2003.

10 Vgl. z.B. Wolfram Lacher, »Libyen: Wachstumsmarkt für Jihadisten«, in: Guido Steinberg/Annette Weber (Hg.), *Jihadismus in Afrika. Lokale Ursachen, regionale Ausbreitung, internationale Verbindungen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2015 (SWP-Studie 7/2015), S. 42.

11 Ulrich Schneckener, »Die Grenzen der Terrorforschung«, in: *Handelsblatt*, 6.9.2006.

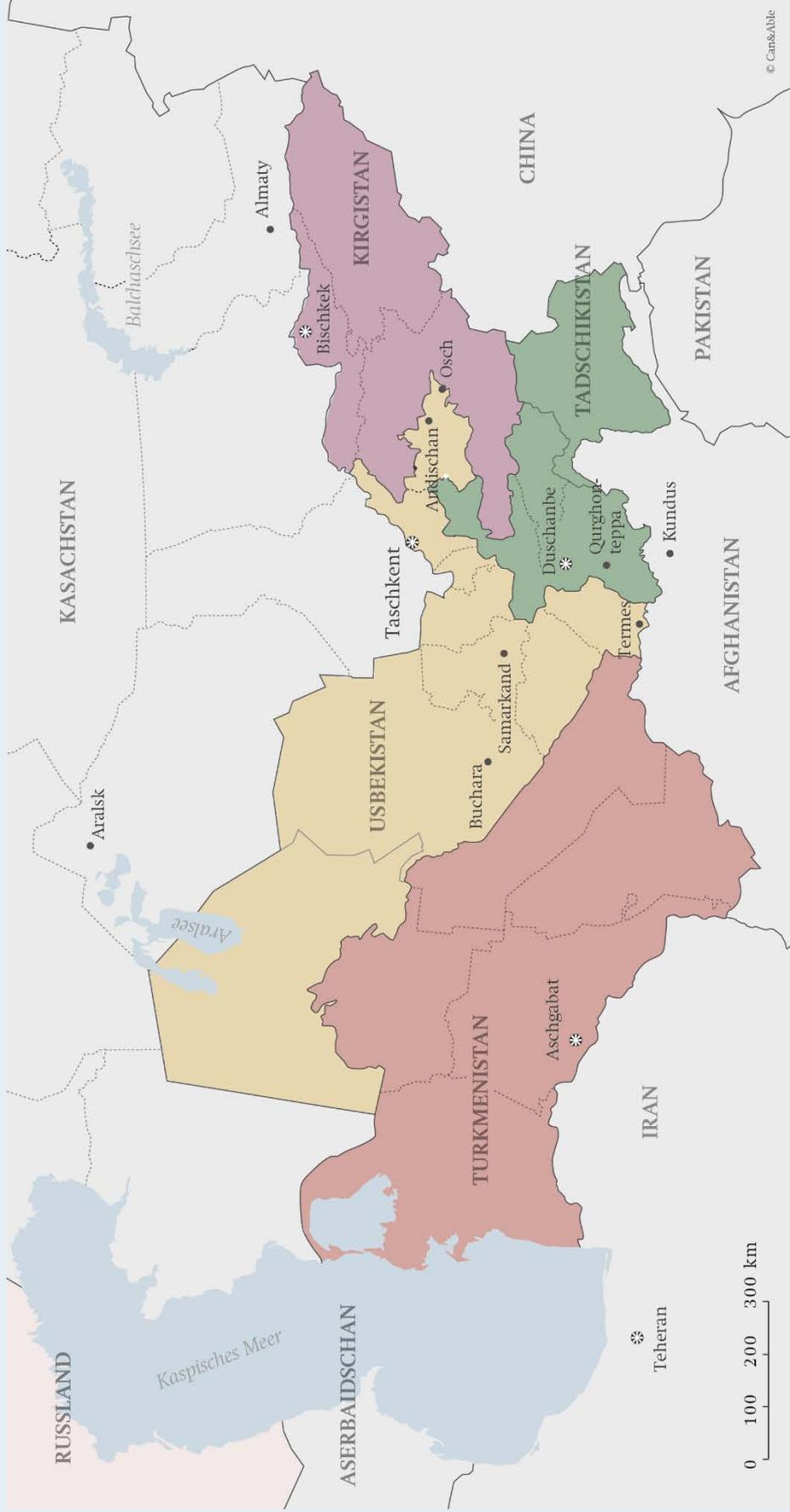
ist es nahezu unmöglich, Informationen durch etablierte sozialwissenschaftliche Methoden zu gewinnen – wie Interviews, Erhebungen mit Fragebögen oder teilnehmende Beobachtung. Der Großteil an Informationen, die über solche Gruppen verfügbar sind, wurde entweder von ihnen selbst veröffentlicht oder aber von Dritten wie Militär, Nachrichtendiensten, Polizei und Medien. Die von den Gruppen publizierten Inhalte dienen vor allem der Propaganda nach außen sowie der Selbstvergewisserung nach innen. Fast nie ist es möglich, die Informationen in unabhängiger Weise zu überprüfen und als glaubwürdig oder unglaubwürdig einzustufen.

Ähnliche methodische Probleme werfen die von Dritten veröffentlichten Angaben auf, vor allem wenn sie von Sicherheitsbehörden kommen.¹² Auch Drittparteien können Informationen manipulieren, gezielt zurückhalten oder bewusst nur partiell publizieren. Hier mangelt es ebenfalls an Transparenz, was eine unabhängige sozialwissenschaftliche Überprüfung verhindert. Mehr noch, der Informationsstand von Sicherheitsbehörden beruht in Teilen auf Verhörprotokollen, die möglicherweise unter Anwendung von Druckmitteln oder gar Folter zustande gekommen sind. Vielfach sind die Gespräche, die im Rahmen dieser Studie mit Mitarbeitern staatlicher Sicherheitsbehörden geführt wurden, nicht zitierfähig. Werden Sekundärquellen wie etwa Zeitungsartikel oder NGO-Berichte genutzt, ergeben sich ähnliche methodische Probleme. Auch für die so vermittelten Informationen gilt, dass sie oft unvollständig, kaum überprüfbar oder mit Bewertungen und Meinungen vermengt sind.

12 Natasha Hamilton-Hart, »Terrorism in Southeast Asia: Expert Analysis, Myopia and Fantasy«, in: *The Pacific Review*, 18 (2006) 3, S. 303–325.

Karte 1

Zentralasien



Uwe Halbach

Der »Islamische Staat« in Zentralasien

Einleitung

Zentralasien ist die größte Region mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung im Raum der ehemaligen Sowjetunion. Hier kam es seit Ende der 1980er Jahre zu einem Prozess, der als »islamische Wiedergeburt« bezeichnet wurde. Mit dieser Parole setzten sich religiös aktive Gruppen wie die Partei Islamischer Wiedergeburt Tadschikistans in Kontrast zur religionsfeindlichen Politik der sowjetischen Zeit. Zugleich traten sie in politische Auseinandersetzung mit »post«-sowjetischen Machteliten. Missstände wie systemische Korruption boten ihnen Angriffsflächen für einen Appell an »islamische Gerechtigkeit«. Dabei profitierten regimefeindliche islamistische Organisationen von globalen Dynamiken des Islamismus; dies gilt etwa für die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU), die 1999 mit militärischen Aktionen im Dreiländereck zwischen Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan die Sicherheitskräfte herausforderte. In jüngster Zeit lenkten Terroranschläge auf internationaler Bühne die Aufmerksamkeit auf Täter zentralasiatischer Herkunft. Dazu zählen zwei Gewaltakte in Istanbul – der Bombenanschlag auf dem Atatürk-Flughafen im Juni 2016 und das Massaker im Nachtclub Reina am Neujahrstag 2017. In Sankt Petersburg verübte ein junger Usbeke aus Kirgistan im April 2017 ein Attentat auf die Metro. Kurz darauf tötete in Stockholm ein Asylsuchender aus Usbekistan fünf Fußgänger. Zuletzt kam es Ende Oktober 2017 in New York zu einem Terroranschlag, den ein seit mehreren Jahren dort lebender Usbeke mit einem Pick-up beging. Im Dezember 2017 gab der russische Inlandsgeheimdienst FSB bekannt, man habe Männer aus Zentralasien mit Verbindungen zum IS verhaftet, die Anschläge in Moskau zu Neujahr und vor der Präsidentschaftswahl im März 2018 geplant hätten.¹ Diese Ereignisse ließen ein Bild entstehen, das Zentralasien

in Zusammenhang mit globalem Terrorismus brachte.²

Ein anderer Befund zeigt sich jedoch, wenn es um islamistisch begründete Gewaltaktivitäten in den zentralasiatischen Staaten selbst geht. In der globalen Terrorismus-Statistik liegt die Region weit hinter Nachbarn in Südasien wie Afghanistan und Pakistan, ebenso – im postsowjetischen Rahmen – hinter dem Nordkaukasus und Russland oder auch EU-Staaten wie Frankreich und Belgien. Das Gebiet im Raum der zerfallenen Sowjetunion, in dem sich ein jihadistischer Untergrund am stärksten entfaltet hat, liegt nicht in Zentralasien, sondern im kaukasischen Landesteil Russlands, also in der Nachbarschaft Europas. Zentralasien bildet kein Epizentrum des islamistischen Terrorismus, auch wenn dort in den letzten Jahren einzelne Anschläge von islamistischen Gruppen begangen wurden. Von 85 000 »incidents of terrorism«, die zwischen 2001 und 2015 weltweit erfasst wurden, entfielen 62 auf die fünf zentralasiatischen Staaten. Im Global Terrorism Index (GTI), der Terror-Aktivitäten auf Länderebene jährlich im Zehnjahresrückblick bemisst, rangierten 2016 diese Staaten auf den mittleren bis unteren Rängen (Kirgistan 84., Kasachstan 94., Usbekistan 117. Rang) – weit hinter Russland (Rang 30). Am schlechtesten war hier noch Tadschikistan auf Rang 56 platziert.³ Selbst Berichte zu Zentralasien, die unter Überschriften wie »Facing Radical Islam« stehen, räumen ein, dass die Region gegenwärtig keine besondere Priorität auf der transnationalen Agenda größerer Terror-Organisationen wie IS oder al-Qaida darstellt.⁴

² Uwe Halbach, *Zentralasien im Umfeld des globalen Jihadismus*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2017 (SWP-Aktuell 48/2017).

³ *Global Terrorism Index 2016*, Sydney: Institute for Economics and Peace, 2016.

⁴ Erlan Karin, *Central Asia: Facing Radical Islam*, ifri/Russia/NIS Center, Februar 2017, <https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/rnv98_erlan_karin_central_asia_radical_islam_eng_2017.pdf> (eingesehen am 2.2.2018), S. 1.

¹ »Moskau meldet Vereitelung von Anschlägen an Neujahr«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 13.12.2017.

Blickt man auf die Rolle Zentralasiens im Umfeld des globalen Jihadismus, so haben zwei Arten von Auswanderung große Bedeutung. Zum einen geht es um Arbeitsmigration aus Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan ins Ausland, vor allem nach Russland, aber auch in die Türkei und andere Länder. Der Migrationskorridor von Zentralasien nach Russland gilt als einer der größten im Weltmaßstab. Allein 2016 begaben sich mehr als vier Millionen Migranten, vorwiegend aus dem GUS-Raum, auf den russischen Arbeitsmarkt – trotz der Wirtschaftsflaute im Land. Davon kamen rund 70 Prozent aus Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan.⁵ Mittlerweile leben Millionen zentralasiatischer Gastarbeiter unter teils prekären Rechts- und Arbeitsverhältnissen in Russland.

Bis zu 4000 »foreign fighters« aus Zentralasien sollen sich nach Syrien und in den Irak begeben haben.

Die andere Form der Auswanderung steht in direktem Zusammenhang mit globalem Jihadismus. Hier geht es darum, dass Personen sich terroristischen Organisationen im Ausland anschließen – zwischen 2013 und 2016 vor allem in Syrien und dem Irak. Auch wenn Zahlenangaben dazu nicht verlässlich sind und oft weit auseinandergehen, stammte doch ein beträchtlicher Teil der dortigen »foreign fighters« aus dem GUS-Raum. Für Zentralasien liegen die am häufigsten genannten Zahlen zwischen 2000 und 4000 Personen, die sich – zum Teil mit ihren Familien – nach Syrien und in den Irak begeben haben. Zwischen den beiden Migrationsphänomenen besteht insofern eine Verbindung, als ein erheblicher Teil der Bürger zentralasiatischer Staaten, die sich an auswärtige Jihad-Fronten begeben und Terror-Aktionen im Ausland begangen haben, in ihren Gastländern (wie Russland) rekrutiert wurde.

Hat Zentralasien sein Problem mit islamistischer Gewalt exportiert? Im Falle Usbekistans sind militante Gruppen wie die IBU nach 1999 vom allmächtigen Sicherheitsapparat aus dem Land geworfen worden. Usbekische Jihadisten haben sich dabei vor allem nach Afghanistan und Pakistan abgesetzt. Fraglich ist jedoch, ob die Auswanderung militanter Kräfte aus Zentralasien nach Syrien und in den Irak von staatlichen Stellen begünstigt wurde. Denn ein großer Teil

⁵ »Migranty trudjatsja v poluteni« [Die Migranten schufteten im Halbschatten], in: *Kommersant*, 26.6.2017.

der Kämpfer kam eben nicht unmittelbar aus den Heimatländern, sondern aus Migrantengemeinden im Ausland.

Einzug des IS nach Zentralasien?

Von einem Einzug des IS nach Zentralasien in Gestalt lokaler Milizen kann weit weniger die Rede sein als von der umgekehrten Konstellation: Jihad-Migranten aus der Region und der russischen Arbeitsdiaspora beteiligten sich zwischen 2013 und 2016 an Kampfformationen des IS und anderer Terrormilizen in Syrien und dem Irak. Dagegen wurde in einem Land wie Kirgistan erstmals im Oktober 2017 ein Terroranschlag vermeldet, für den der IS die Verantwortung übernahm (eine Messerattacke auf einen Polizeibeamten).⁶ Aus den zentralasiatischen Staaten wird von IS-Anhängern berichtet, die durch Internet-Propaganda rekrutiert werden – von Schläfer-Zellen, die aber keine größeren organisierten Milizen bilden.

Mit dem Einzug des IS in Afghanistan verstärkte sich indes das Bedrohungsnarrativ, wonach dieser weltweit schlimmste Terrorismus-Generator auch auf Zentralasien ausstrahle. Russische Sicherheitsexperten warnten vor einer IS-Invasion, die Moskau zur militärischen Intervention in Zentralasien veranlassen würde, um Mitgliedstaaten der Eurasischen Wirtschaftsunion zu schützen.⁷ Ähnliche Töne kamen 2015 von Präsident Wladimir Putin auf einem Gipfel der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit, in der Russland mit zentralasiatischen und anderen nachsowjetischen Staaten kooperiert. Bei dem Treffen, das in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe stattfand, schlug Putin einen Bogen von Syrien nach Afghanistan. Er verwies auf die Präsenz von IS-Milizen am Hindukusch und machte geltend, dass der IS seine Terror-Aktivitäten nach Zentral- und Südasien ausweite. Im Gastland des Gipfels war dieses Szenario gerade zum Thema geworden, nachdem ein hoher Sicherheitsbeamter Tadschikistans den Über-

⁶ »Islamic State Claims First Attack in Kyrgyzstan«, in: *BBC Monitoring Central Asia*, 29.10.2017.

⁷ Noah Tucker, »Public and State Responses to ISIS Messaging: Uzbekistan«, in: Marlene Laruelle (Hg.), *Uzbekistan. Political Order, Societal Changes, and Cultural Transformations*, Washington D.C.: The George Washington University, Central Asia Program 2017, S. 108–115 (110).

tritt zu der Terrormiliz vollzogen hatte.⁸ Vor 2014 galt Afghanistan als wichtigster Bezugspunkt, wenn zentralasiatische Macht- und Sicherheitseliten externe Bedrohungen durch islamistische Gewalt und die Präsenz eigener Staatsbürger an auswärtigen Jihad-Fronten ansprachen. In Afghanistan hatte sich vor allem die IBU verschant. Nun aber traten die Kämpfe in Syrien und dem Irak ins Zentrum der Bedrohungsperzeptionen.

Dass zentralasiatische Staatsbürger sich zum Jihad in Syrien und dem Irak aufmachten, bezog man dabei einseitig auf den Machtbereich des IS. An diesen Fronten kämpften aber auch andere Milizen, denen sich Auswanderer aus dem GUS-Raum angeschlossen hatten. Solche Akteure lieferten sich in Syrien und dem Irak auch untereinander Konflikte um Ressourcen; zum Teil bildeten sie eigene Brigaden, die nicht mit dem IS verbunden waren. Einige davon verwiesen auf Zentralasien – wie das Bataillon Imam Buchari, in dem etwa 400 Bürger Usbekistans kämpften, oder die 2014 von einem Uiguren und einem Kirgisen gegründete Miliz Katibat al Tawhid wal Jihad. Diese ordnete sich zunächst al-Qaida zu, schwor im September 2015 der Nusra-Front Gefolgschaft und beteiligte sich an Angriffen auf russische Truppen in Syrien.⁹

Usbekistan wurde wie andere zentralasiatische Staaten um 2013/2014 darauf aufmerksam, dass eigene Staatsbürger in die Kampfgebiete Syriens und des Irak ausreisten. Unter den zentralasiatischen Jihad-Migranten überwogen zunächst ethnische Usbeken aus der Republik selbst, aus der usbekischen Minderheit in der Nachbarrepublik Kirgistan und aus der Arbeitsdiaspora in Russland sowie anderen Ländern (etwa der Türkei). Usbeken, die zum IS übergetreten waren, entwickelten eigene Online-Foren in ihrer Nationalsprache – wie den Mediendienst Khilafat – und posteten Propagandatekste auf Facebook, Twitter und dem russischsprachigen Internetportal Odnoklassniki.¹⁰ Das Muftiat in Usbekistan setzte die Zahl usbekischer Staatsbürger, die sich mit dem IS verbündet hatten, mit »einigen Hundert« an. Wie auch

andere zentralasiatische Regierungen stellte das Regime von Islam Karimow den IS nun in einer Weise dar, als bedrohe er unmittelbar die territoriale Souveränität und Integrität des Landes. Nationale Medien ließen verlauten, der IS habe das Land ins Fadenkreuz genommen und bereite sich auf eine Invasion im Zentrum Mittelasiens vor. Die Medien in Russland unterstützten dieses Bedrohungsnarrativ zu einer Zeit, als Moskau seine sicherheitspolitische Präsenz in Zentralasien zu festigen suchte und seinen militärischen Einsatz in Syrien mit der Bekämpfung des IS begründete. Eine islamistische Gruppierung wie die seit Mitte der 1990er Jahre in Zentralasien aktive Hizb ut Tahrir al Islami wurde in die Nähe des IS gerückt, obwohl sie sich in ihrer Propaganda von Terroraktionen distanzierte. Dagegen kam es ab 2015 zunehmend vor, dass IBU-Führer zum IS übertraten. Theologisch gebildete Muslime Usbekistans wiederum verurteilten in sozialen Medien den Terror und die religiöse Anmaßung des IS.¹¹

Von einem Einzug des IS nach Zentralasien kann bislang allenfalls mit deutlichen Einschränkungen gesprochen werden. Die sicherheitspolitischen Eliten in der Region rechnen sich dies als Verdienst an und verweisen auf ihre strikte Kontrolle der religiösen Szene. Doch die – erwartete oder bereits erfolgte – Rückkehr zentralasiatischer Jihad-Auswanderer in ihre Heimatländer bleibt eine Herausforderung. Bislang liegen dazu kaum verifizierte Angaben vor. Wie bei der Auswanderung ist man hier mit divergierenden, widersprüchlichen Informationen konfrontiert. Ein Beispiel aus Kasachstan: Der IS postete im Jahr 2015 Video-Clips mit kasachischen Kämpfern und behauptete, Kasachen kämen in Scharen nach Syrien. Kasachische Behörden bezifferten die Zahl der aus dem eigenen Land dorthin ausgereisten Jihadisten im März 2016 allerdings nur auf 200.¹² Im Dezember 2017 wiederum teilte der stellvertretende Direktor des Nationalen Sicherheitskomitees mit, dass sich in den Kriegszonen Syriens und des Irak allein 390 Jugendliche aus Kasachstan, darunter 176 Mädchen, aufhielten, deren Rückführung in ihre Heimat nun gefordert sei.¹³

Eine Herausforderung für Zentralasien wie für viele andere Regionen und Länder bleibt zudem die

8 Zu dem Gipfel siehe Uwe Halbach, *Reaktionen auf den »Islamischen Staat« (ISIS) in Russland und Nachbarländern*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2015 (SWP-Aktuell 85/2015).

9 »Katibat al Tawhid wal Jihad«, in: *trackingterrorism.org*, <<https://www.trackingterrorism.org/group/katibat-al-tawhid-wal-jihad>> (eingesehen am 7.2.2018).

10 Tucker, »Public and State Responses« [wie Fn. 7].

11 Ebd.

12 Karin, *Central Asia* [wie Fn. 4].

13 »Nearly 400 Kazakh Kids in Middle Eastern Conflict Zones«, in: *BBC Monitoring Central Asia*, 13.12.2017.

islamistische Online- und Offline-Rekrutierung – auch, aber nicht ausschließlich durch den IS. Dies gilt ungeachtet der Zerschlagung des Islamischen Staates und seines »Kalifats« in Syrien und dem Irak. Wie sieht darauf die Antwort auf der jeweiligen Länderebene aus? Derzeit zeigen sich Unterschiede bei der staatlichen Sicherheits- und Religionspolitik in Zentralasien – auch zwischen den beiden größten Staaten der Region, Usbekistan und Kasachstan.¹⁴

Politische Reaktionen in den zentralasiatischen Staaten

Usbekistan ist mit rund 33 Millionen Menschen das einwohnerreichste Land Zentralasiens; es stellt 45 Prozent der Gesamtbevölkerung. Mit Grenzen zu allen übrigen zentralasiatischen Staaten und zu Afghanistan bildet Usbekistan das Kernland dieser Region. Sicherheitspolitische Herausforderungen haben hier grenzüberschreitende Bedeutung – so im Fergana-Tal, dem östlichen Landesteil im Grenzgebiet zu Kirgistan und Tadschikistan, wo die Staatsgrenzen durch Siedlungsgebiete einzelner Volksgruppen laufen. Auch mit Blick auf die Geschichte des Islam in Zentralasien kommt Usbekistan eine besondere Rolle zu. Es liegt im Zentrum des sesshaften Kulturkreises dieser Region, in dem der Islam tiefer verwurzelt ist als in nomadischen Gebieten etwa Kasachstans. Die usbekischen Städte Buchara und Samarkand bilden historische Zentren islamischer Kultur in diesem Teil Eurasiens. Von hier strahlten Sufi-Orden wie Naqschbandiyya auf weite Teile der islamischen Welt aus. Im Fergana-Tal liegen mit Städten wie Namangan und Andishan Hochburgen einer »religiösen Wiedergeburt«, wie sie beim Übergang von der sowjetischen in die nachsowjetische Periode erfolgte. Hier kam es am frühesten zur Konfrontation zwischen der säkularen Machtelite um Republikführer Karimow und autonom auftretenden religiösen Gruppen. Letztere entzogen sich der Kontrolle der noch aus sowjetischer Zeit stammenden offiziellen Geistlichkeit. Sie entfalteten politische Aktivitäten und präsentierten sich auf lokaler Ebene als nicht-staatliche »Organisatoren von Ordnung und Recht«.

14 Zur gegenwärtigen religionspolitischen Situation in den zentralasiatischen Ländern siehe: Elmira Nogoybayeva u.a., *Central Asia: A Space for »Silk Democracy«*, *Islam and State*, Almaty: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2017.

Das Regime unter Karimow begegnete dieser Herausforderung mit einem religionspolitischen »crack-down«, der aus Usbekistan das Land mit der höchsten Zahl an Häftlingen im postsowjetischen Raum machte, die wegen »religiösen Extremismus« einsitzen. Die bereits erwähnte Islamische Bewegung Usbekistans galt als der prominenteste islamistische Gewaltakteur, wurde allerdings gegen Ende der 1990er Jahre aus dem Land verdrängt. In ihrem Exil in Afghanistan und Pakistan hat sie sich internationalisiert.¹⁵ Die staatliche Sicherheitspolitik machte in der Karimow-Ära keinen Unterschied zwischen terroristischen Organisationen und Gruppen wie Hizb ut Tahrir, die zwar ein islamistisches Weltbild vertraten, sich aber von Terror-Aktivitäten distanzieren.

Mit der Auswanderung von Usbeken an die Jihad-Fronten in Syrien und dem Irak verschärfte sich, wie bereits erwähnt, die Konfrontation zwischen dem Staat und (angeblichen wie tatsächlichen) islamistischen Akteuren. Allerdings hat sich in den letzten zwei Jahren die Haltung der offiziellen staatlichen und religiösen Stellen verändert. Regierung und Muftiat riefen zu pädagogischen Maßnahmen auf, um islamistischer Radikalisierung zu begegnen.¹⁶ Diese Tendenz verstärkt sich mit den bemerkenswerten Reformsignalen, die der neue usbekische Präsident Schawkat Mirsijojew – Nachfolger des 2016 verstorbenen Karimow – in seiner Innen- und Außenpolitik aussendet. Darin deutet sich eine Öffnung Usbekistans an, das bislang einer der repressivsten und nach außen hin besonders verschlossenen Nachfolgestaaten der Sowjetunion war.

Impulse einer Liberalisierung zeigen sich dabei auch auf religionspolitischem Feld. Im September 2017 teilte Präsident Mirsijojew mit, dass von 17 000 Personen, die als »Extremisten« registriert waren, ein Großteil rehabilitiert worden sei und wieder in die Gesellschaft integriert werden solle.¹⁷ Auch ist vorgesehen, in Buchara, Samarkand und Taschkent neue islamische Bildungszentren zu schaffen. Die offizielle Geistlichkeit soll so in ihrer – bislang eher dürftigen

15 Zur Internationalisierung der IBU und der mit ihr verbundenen Islamischen Dschihad-Union, die auch Anhänger in Deutschland hatte, siehe: Guido Steinberg, *Al-Quidas deutsche Kämpfer. Die Globalisierung des islamistischen Terrorismus*, Hamburg: Edition Körber-Stiftung, 2014, S. 253–297.

16 Tucker, »Public and State Responses« [wie Fn. 7].

17 »Leader Says Most of Uzbeks Listed as Extremists Rehabilitated«, *BBC Monitoring Central Asia*, 2.9.2017.

– theologischen Kompetenz und Autorität gestärkt werden, um religiöser Radikalisierung besser entgegenzutreten zu können. Zu diesem Zweck wurde in Taschkent bereits ein Zentrum islamischer Zivilisation gegründet, das den intellektuellen Nachwuchs für das Republik-Muftiat heranziehen soll. Präsident Mirsijojew forderte mit Nachdruck eine Verbesserung der religiösen Bildung. Er schlug vor, ein Zentrum für Hadith-Forschung zu gründen und Wettbewerbe in Koran-Kunde abzuhalten.¹⁸ Den zuvor allmächtigen Sicherheitsapparat wies Mirsijojew in die Schranken; aus den geistlichen Verwaltungsstäben ließ er Geheimdienstkräfte abziehen.

Im Gegensatz zum Usbekistan Karimows galt Kasachstan lange Zeit als religionspolitisch liberal. Wurde seine religiöse Landschaft beschrieben, verwies man auf konfessionelle Vielfalt, auf Erscheinungen von islamisch-vorislamischem Synkretismus, Toleranz und nomadische Tradition. Während der letzten Jahre erfuhr der Terminus »Extremismus« dann aber einen fast inflationären Gebrauch in dem Land; dabei wird er besonders auf religiöse Radikalisierung bezogen. Die Zahl diesbezüglicher Gerichtsurteile ist gestiegen. Menschenrechtsaktivisten weisen darauf hin, dass die Artikel des Strafgesetzbuchs hierbei weit auslegbar sind.¹⁹ Einen Wendepunkt brachten Anschläge auf Sicherheitskräfte in Westkasachstan. 2011 wurde das Religionsgesetz verschärft; auf der offiziellen Terroristenliste fanden sich islamistische Gruppen wie Hizb ut Tahrir und die Islamische Partei Ostturkestans, aus Südasien stammende Missionsbewegungen wie Tabligh e Jamaat und militante Netzwerke wie Lashkar e Taiba. Auch ein populärer Sufi-Orden namens Senim-Bilim-Omir (Glaube-Wissen-Leben) wurde 2012 als extremistisch aus Kasachstan verbannt, sein Führer, ein aus Afghanistan stammender Kasache, zu 14 Jahren Haft verurteilt.²⁰ Dabei assoziiert man in den muslimischen Teilen des GUS-Raumes den Sufismus meist eher positiv mit einem unpolitischen traditionellen Islam. Die Kampfansage der staatlichen Stellen an religiöse Akteure, die des Extremismus verdächtigt wurden, verschärfte sich ab 2014 mit der Auswanderung von

Kasachen nach Syrien und in den Irak. Als der kasachische Sicherheitsdienst im Juli 2017 seinen 20. Jahrestag feierte, bescheinigte ihm Präsident Nursultan Nasarbajew heroische Verdienste: Der Versuch, eine terroristische Infrastruktur im Land aufzubauen, sei dank des Einsatzes der Sicherheitskräfte gescheitert.²¹ Um unter Terrorismusverdacht zu geraten, reicht es dabei schon, dass man religiöse Lieder in arabischer Sprache postet. Im August 2017 wurde deswegen ein junger Mann in Almaty vor Gericht gestellt.²²

In Tadschikistan hat sich der Umgang des Staates mit religiösen Akteuren besonders stark verhärtet.

Allerdings beschränkt sich auch in Kasachstan die Abwehr von religiösem Extremismus und entsprechenden Einflüssen aus dem Ausland nicht auf sicherheitspolitische und strafrechtliche Maßnahmen. So mahnte der für religiöse Angelegenheiten zuständige Minister, dass die Ausbildung religiöser Kader im eigenen Land verbessert werden müsse, damit sich einer Abwanderung zu Bildungseinrichtungen im islamischen Ausland entgegenwirken lasse.²³ Sein Ministerium hat eine Gefährderliste aufgestellt, erwägt zugleich aber neue, »weiche« Methoden zur Deradikalisierung dieses Personenkreises.²⁴

Das Land, in dem sich der staatliche Umgang mit religiösen Akteuren am meisten verhärtet hat, ist Tadschikistan, der ärmste und strukturschwächste Staat Zentralasiens und des gesamten GUS-Raumes. Die Regierung in Duschanbe begründet ihren Kurs zum einen mit der Migration tadschikischer Muslime an auswärtige Jihad-Fronten, zum anderen mit sicherheitspolitischen Herausforderungen, die von Afghanistan herrühren – jenem Land, mit dem Tadschikistan über 1400 Kilometer die längste und poröseste Grenze in Zentralasien teilt. Bereits ab 2009 wurde per Gesetz die Religionsfreiheit massiv eingeschränkt. Seitdem wurden Dutzende Islamschulen geschlossen und Vorschriften für Predigten erlassen. Solche Methoden lieferten »all jenen Argumente, die die staat-

18 »President Says Uzbekistan Lags Behind in Religious Education«, *BBC Monitoring Central Asia*, 17.12.2017.

19 »Extremism Convictions on Rise in Kazakhstan«, in: *BBC Monitoring Central Asia*, 18.8.2017.

20 *Central Asia: A Space for »Silk Democracy«. Islam and State* [wie Fn. 14], S. 26.

21 *Kazachstanskaja Pravda*, 13.7.2017.

22 »Kazakh on Trial for Listening Religious Songs in Arabic«, *BBC Monitoring Central Asia*, 30.8.2017.

23 »Kazakh Minister Warns against Foreign Religious Education«, *BBC Monitoring Central Asia*, 5.8.2017.

24 »Kazakh Police to Take Extra Measures to Prevent Radicalism«, *BBC Monitoring Central Asia*, 15.12.2017.

lichen Eingriffe in die Freiheit der Religionsausübung als Beweis für Religionsfeindlichkeit der politischen Elite werten und als Missachtung des in der Verfassung festgeschriebenen Prinzips der Trennung von Staat und Religion.«²⁵

Generell sagten Tadschikistans Behörden dem Salafismus oder »Wahhabismus« den Kampf an. Diese fundamentalistischen Strömungen wurden 2009 und abermals 2014 gesetzlich verboten. 2015 verschärfte sich die staatliche Kontrolle der Religionsausübung ein weiteres Mal, nachdem ein hochrangiger tadschikischer Sicherheitsbeamter, Gulmurod Khalimow, zum IS übergetreten war. Der Elitkämpfer hatte an fünf von den USA finanzierten Trainingskursen teilgenommen und war mit dem Sohn von Präsident Emomali Rahmon befreundet. Nach dem Seitenwechsel wandte er sich in einer Video-Botschaft an seine Landsleute, vor allem an jene, die in Russland als Gastarbeiter leben, und drohte, nach Tadschikistan zurückzukehren und dort die Scharia durchzusetzen.²⁶

Die Zahl tadschikischer Jihad-Auswanderer wuchs zwischen 2014 und 2015 um ein Vielfaches. Der Generalstaatsanwalt des Landes gab im März 2016 die Zahl der Tadschiken, die an auswärtigen Jihad-Fronten kämpfen, mit 1094 an. Der Großteil dieser Auswanderer – bis zu 85 Prozent – soll dabei allerdings aus Gastarbeiter-Gemeinden in Russland kommen. Andererseits wurde berichtet, dass allein aus einem kleinen Dorf namens Tschorkischlak im Norden Tadschikistans sich an die hundert junge Leute nach Syrien begeben hätten. Im ersten Halbjahr 2016 wurden in Tadschikistan 368 Mitglieder von Terror-Organisationen verhaftet; 133 davon sollen IS-Mitglieder gewesen sein.²⁷ Das nationale Interpol-Büro im tadschikischen Innenministerium teilte im November 2017 mit, dass 2528 Bürger des Landes steckbrieflich gesucht würden, darunter 1873 wegen angeblicher

Verbindung zu Terrorgruppen.²⁸ Im Sommer 2017 gingen Sicherheitskräfte in Duschanbe von Haus zu Haus, um »unliebsame Personen« aufzugreifen. Dabei standen mutmaßliche religiöse Extremisten im Zentrum der Zielgruppe. Die Aktion, die unter der Parole »Operation Ordnung« stand, war gerichtlich nicht autorisiert. 2017 häuften sich Anti-Terror-Operationen und militärische Manöver in Tadschikistan auf nationaler wie multilateraler Ebene.²⁹

Tadschikistan ist das einzige Land des postsowjetischen Raumes, in dem bis vor kurzem noch eine Partei der Islamischen Wiedergeburt registriert war. In allen übrigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion wurden Parteien verboten, die sich auf ethnischer oder religiöser Grundlage definierten. Während der ersten Hälfte der 1990er Jahre war die Partei der Islamischen Wiedergeburt an den inneren Machtkämpfen in Tadschikistan beteiligt. Sie trat als ein Vertragspartner bei der Friedensregelung auf, die 1997 von Russland und anderen internationalen Akteuren vermittelt wurde, um den tadschikischen Bürgerkrieg zu beenden. Sie war nun Teil des politischen Systems, wurde in der Folgezeit aber von der säkularen Machtelite um Präsident Rahmon marginalisiert, 2015 schließlich kriminalisiert und auf die Terroristenliste gesetzt. Die Regierung behauptete, die Partei habe einen Staatsstreich vorbereitet. Begründet wurde dies mit Anschlägen auf Polizisten in Duschanbe, welche die Partei finanziert habe – ein Vorwurf, den auswärtige Beobachter für konstruiert halten. Die meisten führenden Parteimitglieder landeten im Gefängnis oder gingen ins Exil. Letzteres gilt etwa für Parteichef Muhammed Kabiri. Er hat wiederholt erklärt, dass Terrorismus die Religion pervertiere, aber eben auch auf Missstände in der Regierungsführung seines Landes hingewiesen. Regimekritik wird in Tadschikistan wie in anderen postsowjetischen Staaten sehr schnell mit »Extremismus« gleichgesetzt.

25 Andrea Schmitz, *Islam in Tadschikistan. Akteure, Diskurse, Konflikte*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2015 (SWP-Studie 6/2015), S. 6.

26 Paul Stronski, »Tajikistan's Security Chief Has Gone Over to ISIS. Now What?«, *carnegieendowment.org*, <<http://carnegieendowment.org/2015/07/20/tajikistan-security-chief-has-gone-over-to-isis-now-what/idmh>> (eingesehen am 25.4.2018).

27 Zu diesen Angaben der staatlichen Stellen siehe Karin, *Central Asia* [wie Fn. 4].

28 »Over 2500 Tajik Nationals on Interpol Wanted List«, *BBC Monitoring Central Asia*, 23.11.2017.

29 »Russia Taking Part in CSTO Anti-terrorist Exercise in Tajikistan«, *BBC Monitoring Central Asia*, 14.11.2017; »Russian Troops Conduct Anti-terror Drill in Tajik Mountains«, ebd., 6.10.2017; »Tajikistan Starts Large-scale Drill in Volume of 50 000 troops«, ebd., 27.9.2017; »Anti-terror Drills in Northern Tajikistan«, ebd., 17.9.2017; »Tajik Police Holds Anti-terror Drills in Capital«, ebd., 7.8.2017; »Tajikistan Holds Anti-terror Drills Near Afghan Border«, ebd., 18.7.2017; »Tajikistan Holds Anti-terror Drills in North«, ebd., 6.4.2017.

Kirgistan hat sich, ähnlich wie Kasachstan, unter den zentralasiatischen Staaten lange mit einer liberalen Religionspolitik hervorgehoben. Als Gründe dafür galten wiederum nomadische Traditionen, konfessionelle Vielfalt und Toleranz. Doch in letzter Zeit verschärfen sich auch hier die Konflikte zwischen dem Staat und religiösen Akteuren. Auf die Kämpfe in Syrien und dem Irak sowie die Auswanderung eigener Staatsbürger dorthin reagierten Medien und staatliche Stellen Kirgistans, indem sie den Blick ganz auf den IS fixierten. Nach Schätzungen von 2016 kämpften rund 500 Auswanderer aus Kirgistan in den Reihen des IS, darunter 120 Jugendliche unter 16 Jahren.³⁰ Die Behörden nahmen vor allem die usbekische Minderheit im Süden des Landes ins Visier und brachten sie mit Islamismus in Verbindung. Bereits 2015 verhaftete man den in dieser Provinz prominentesten Imam, Rashod Qori Kamalow, einen ethnischen Usbeken.³¹ Dabei hatte er sich vom IS distanziert. Nachdem Abu Bakr al-Baghdadi im Juli 2014 den »Islamischen Staat« ausgerufen und sich selbst zum Kalifen aller Muslime ernannt hatte, verdammt Kamalow diesen Schritt bei einer Freitagspredigt in seiner Moschee in Karasu als unerhörte Anmaßung; dabei berief er sich auf theologische Quellen.

Um religiöse Radikalisierung zu bekämpfen, will der kirgisische Islamgelehrte Kadyr Malikow die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in der Region vertiefen – nicht nur auf sicherheitspolitischer, sondern vor allem auch auf bildungspolitischer und theologischer Ebene. Er wirbt dafür, in Zentralasien größere islamische Unterrichtszentren zur Ausbildung von Imamen zu gründen. Dafür vorschlagen hat er historische Metropolen wie Samarkand und Buchara im benachbarten Usbekistan. Man dürfe die religiöse Erziehung zentralasiatischer Muslime nicht auswärtigen Akteuren überlassen. Malikow plädiert für einen Islam, der mit säkularer Staatlichkeit vereinbar ist. Zugleich wendet er sich gegen religionspolitische Repressionen wie im Nachbarland Tadschikistan, die sich beim Kampf gegen Extremismus als kontraproduktiv erweisen könnten.³²

Auswirkungen auf die nationale und regionale Stabilität

Seit längerem diskutieren Regionalexperten darüber, wie ernst Warnungen zentralasiatischer Macht- und Sicherheitseliten zu nehmen sind, es gebe von innen wie außen eine islamistische Bedrohung. Man erörtert, ob dem eine realistische Risikoanalyse zugrunde liegt oder ob die Gefahr bewusst übertrieben wird – aus dem innen- und außenpolitischen Kalkül heraus, sich als Hüter säkularer Staatlichkeit zu profilieren und dabei Stabilitätsdefizite auszublenden, für die man selbst verantwortlich ist (wie etwa systemische Korruption). Die externe Dimension bezog sich lange auf ein befürchtetes Überschwappen islamistischer Gewalt aus Afghanistan, bevor ab 2013 mit dem IS der Schauplatz Syrien/Irak in den Vordergrund trat. Mittlerweile hat der IS in seinem Kerngebiet erheblich an Territorium und Staatlichkeit eingebüßt, und die Auswanderung von »foreign fighters« dorthin geht seit 2016 zurück. Damit wird in der islamistischen Außenwelt Zentralasiens wieder Afghanistan mit seiner nach wie vor prekären Sicherheitslage zur ersten Adresse, zumal dort auch der IS militärisch Position bezogen hat. Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass der IS auch nach seiner Verdrängung aus Syrien und dem Irak ein ernstzunehmender Terrorismus-Generator bleibt. Zudem stellt sich die Frage, wie viele der »foreign fighters« in ihre Heimatländer zurückkehren werden.

Islamistische Rekrutierung durch Netzwerke wie den IS ist aber nur eine von mehreren Herausforderungen für die Stabilität Zentralasiens. In Kirgistan hatte das größte Gewaltereignis des Jahrzehnts nicht mit religiöser Radikalisierung zu tun, sondern mit dem inter-ethnischen Antagonismus zwischen kirgisischer Mehrheitsbevölkerung und usbekischer Minderheit im Süden des Landes – 2010 forderte dieser Konflikt Hunderte Todesopfer. Zwar beschworen die Sicherheitseliten Zentralasiens lange die Gefahr, dass aus Afghanistan islamischer Radikalismus überschwappe und die eigene Region »talibanisiert« werde. Doch der weitaus konkretere und nachweisbare Spill-over-Effekt ist der Drogentransfer aus Afghanistan, der durch Korruption in den Grenzschutz- und Sicherheitsorganen der Transitstaaten begünstigt wird. Andere Risiken für die regionale Stabilität ergeben sich aus Wasser- und Grenzkonflikten zwischen den Staaten, insbesondere zwischen Usbekistan und seinen Nachbarn Tadschikistan und Kirgistan. Der neue usbekische Präsident Mirsijojew stellt deshalb

30 Zitiert in Uran Botobekov, »Kyrgyzstan's Self-Defeating Conflict with Moderate Islam«, in: *The Diplomat*, 22.6.2016.

31 Tucker, »Public and State Responses« [wie Fn. 7], S. 110.

32 Friedrich Schmidt, »Sieger brauchen tiefe Taschen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.10.2017.

verbesserte Nachbarschaftsbeziehungen und regionale Zusammenarbeit ins Zentrum seiner Außenpolitik. Dabei bezieht er in die zwischenstaatliche Kooperation auch religionspolitische Elemente ein, etwa gemeinsame Bildungszentren.

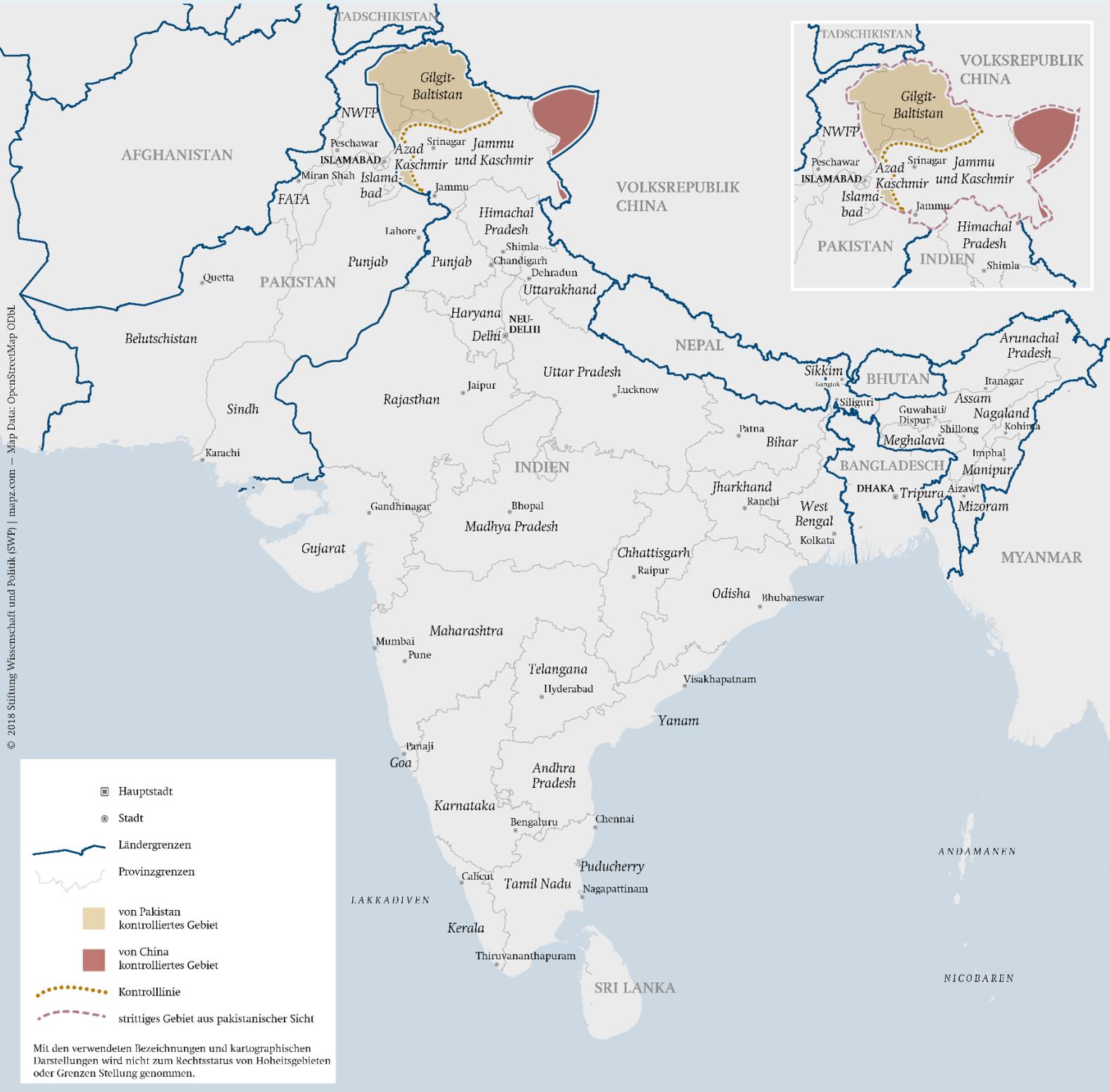
Das sowjetische Erbe der Säkularisierung hat Muslime gegen Extremismus eher resistent gemacht.

Zentralasien-Experten aus westlichen, russischen und regionalen Forschungsinstitutionen warnen vor übertriebenen, politisch instrumentalisierten Darstellungen islamistischer Radikalisierung. Der nach-sowjetische Prozess »islamischer Wiedergeburt« in der Region dürfe nicht allein auf die kleine Minderheit radikaler oder extremistischer Gruppen bezogen werden. Es sei deutlicher zu unterscheiden zwischen gläubigen Muslimen, politisch argumentierenden, aber nicht gewaltorientierten religiösen Kräften und islamistischen Gewaltakteuren. Anthropologische Feldforschung in Zentralasien weist darauf hin, dass die Bedeutung der Religion nach 1991 zwar erheblich gewachsen ist, aber die aus sowjetischer Zeit ererbte Säkularisierung die muslimische Bevölkerung relativ resistent dagegen gemacht hat, sich durch extremistische Gruppen mobilisieren zu lassen.³³

Gleichwohl sollten jene Aufrufe unterstützt werden, die den Kampf gegen religiösen Extremismus mit verbesserter theologischer Bildung untermauern wollen. Selbst in einem Land wie Kirgistan, in dem religiöse Bildungseinrichtungen gefördert wurden (und nicht abgebaut wie in Tadschikistan), gilt nur eine Minderheit der Imame als ausreichend qualifiziert. Hier und in anderen Regionen des GUS-Raumes mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung geht es darum, dass religiöse Autoritäten auftreten können, die nicht mehr als Vertreter eines »Islam von Gnaden des KGB« gelten – ein Stigma, das der offiziellen Geistlichkeit aufgrund ihrer strikten Unterstellung unter staatliche Kontrolle bis heute anhaftet.

33 Dazu Edward Lemon, »Islam, the State, and Security in Post-Soviet Central Asia«, *EurasiaNet.org*, 2.11.2017.

Südasiens (Ausschnitt: Kaschmir aus Sicht Pakistans)



© 2018 Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) | mapz.com - Map Data: OpenStreetMap ODbL

Christian Wagner

Der »Islamische Staat« in Südasiens

Die Region Südasiens¹ ist für den IS von großem Interesse, denn hier lebt rund ein Drittel der Muslime weltweit. Pakistan und Bangladesch zählen mit etwa 200 bzw. 160 Millionen Menschen nach Indonesien zu den größten muslimischen Staaten überhaupt. In Indien sind 14 Prozent der Bevölkerung Muslime – mehr als 170 Millionen Menschen. Bei den rund 350 000 Einwohnern der Malediven handelt es sich gemäß Verfassung zu 100 Prozent um Muslime. Des Weiteren gibt es muslimische Minderheiten in Nepal und Sri Lanka. Die Bedeutung dieses Raumes für den IS zeigte sich auch darin, dass Anführer Abu Bakr al-Baghdadi Anfang 2015 verkündete, sein Kalifat auf das Gebiet der IS-Provinz Khorasan ausdehnen zu wollen, die Pakistan, Iran, Afghanistan und Teile Zentralasiens umfasst.

Zugleich zählt Südasiens seit vielen Jahren zu den wichtigsten Krisenregionen weltweit. Das Konfliktspektrum beinhaltet dabei sicherheitspolitische Herausforderungen traditioneller wie auch neuer Art. Zu den klassischen Problemfeldern zählen Territorialdispute wie jener um die Zugehörigkeit Kaschmirs, der seit 70 Jahren die indisch-pakistanischen Beziehungen prägt, ebenso der Streit um die Durand-Linie, die von der afghanischen Regierung nicht als Grenze zu Pakistan anerkannt wird. Der indisch-pakistanische Konflikt wird durch die nukleare Aufrüstung beider Länder weiter verschärft; damit geht die Gefahr einer atomaren Eskalation im Krisenfall einher. Zu den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen gehören in Südasiens neben den Folgen des Klimawandels vor allem die Aktivitäten unterschiedlicher nichtstaatlicher Gewaltakteure. In einer Reihe regionaler Staaten agieren religiös-extremistische, ethnonationalistische und linksradikale Aufstandsbewegungen. Der Kaschmir-Konflikt verbindet alte und

neue sicherheitspolitische Probleme, steht er doch im Zentrum der Agitation militanter islamistischer Gruppen in Pakistan.

Angesichts des militärischen Niedergangs des IS im Nahen Osten stellt sich die Frage, ob und inwieweit die Organisation in den muslimischen Gesellschaften Südasiens Fuß fassen konnte und hier womöglich neue Schwerpunkte ausbilden wird. Allerdings verfügt der IS nur über eine schwache Basis in der Region. Nach einer Schätzung gab es bis Dezember 2015 aus ganz Südasiens nur 600 bis 700 IS-Anhänger, die in Syrien und dem Irak kämpften.² Zum Vergleich: Allein Frankreich stellte eine vierstellige Zahl an IS-Kämpfern im Nahen Osten. Dem IS ist es somit nicht gelungen, sich als wichtiger Akteur im religiös-extremistischen Konfliktspektrum Südasiens zu etablieren. Allerdings hat er durch den umfangreichen Einsatz von sozialen Medien ein Radikalisierungspotential erlangt, das wohl bedrohlicher ist als seine reale Fähigkeit, Anschläge zu verüben.

Pakistan

Das Auftreten des IS in Pakistan

Im Herbst 2014 gab es erste Anzeichen, dass der IS versuchte, in Pakistan Fuß zu fassen. IS-Anhänger, die ihre Stützpunkte im Osten Afghanistans hatten, verteilten lokalsprachliche Schriften in der pakistanischen Grenzstadt Peschawar und in benachbarten afghanischen Flüchtlingslagern.³ Zudem tauchten

² Ajai Sahni, »Countering Daesh Extremism in South Asia«, in: Beatrice Gorawantschy/Rohan Gunaratna/Megha Sarmah/Patrick Rueppel (Hg.), *Countering Daesh Extremism*, Singapur: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2016, S. 30.

³ Zahir Shah Sherazi, »Islamic State Footprints Surface in Parts of Bannu«, in: *Dawn*, 14.11.2014, <www.dawn.com/news/1144256/islamic-state-footprints-surface-in-parts-of-bannu> (eingesehen am 22.2.2018).

¹ Südasiens umfasst die acht Mitgliedstaaten der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC). Dies sind Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka.

IS-Graffiti in verschiedenen pakistanischen Städten auf, darunter Karatschi, Lahore, Rawalpindi und Quetta.

Der IS rekrutierte seine Anhänger aus unterschiedlichen Schichten in Pakistan. Den weitaus größten Teil bilden – erstens – Anhänger der pakistanischen Taliban, der Tehrik-e-Taliban Pakistan (TTP), die seit 2007 dafür kämpfen, einen Talibanstaat in Pakistan zu schaffen. Die dazugehörigen Gruppen haben ihre Rückzugsgebiete vor allem in den Stammesgebieten, den Federally Administered Tribal Areas (FATA), sowie jenseits der Grenze in Afghanistan. Die TTP rekrutiert sich wiederum aus verschiedenen Stämmen in der Region und ist sehr heterogen. Ideologische, politische, religiöse und persönliche Rivalitäten haben bereits in der Vergangenheit wiederholt zu Konflikten innerhalb der TTP und zu Abspaltungen geführt.

Der IS konnte auch in Pakistans Mittelschicht Anhänger rekrutieren – vor allem über soziale Medien.

Eine der ersten TTP-Fraktionen, die sich zum IS bekannten, war Jamaatul Ahrar (JuA). Die Gruppe lehnte, wie der IS, Grenzen zwischen islamischen Ländern ab und verkündete, die Scharia nicht nur in Afghanistan und Pakistan, sondern weltweit durchsetzen zu wollen. Allerdings erkannte JuA den IS-Anführer al-Baghdadi nicht als Kalifen an, sondern folgte weiter dem Führer der Taliban, Mullah Omar.⁴ Im Oktober 2014 erklärte eine Reihe lokaler TTP-Führer aus verschiedenen Stammesregionen, darunter der damalige Sprecher der Gruppe, öffentlich ihre Gefolgschaft zum IS. In Videobotschaften erkannten sie auch die Führung durch al-Baghdadi als IS-Kalifen an.⁵ Vor allem die militärischen Erfolge des IS und die zahlreichen Auftritte al-Baghdadis veranlassten Talibankämpfer zum Übertritt, zumal ihr bisheriger Anführer, Mullah Omar, seit 13 Jahren

nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten war.⁶ Tatsächlich starb Mullah Omar bereits 2013 in Pakistan an Tuberkulose, doch wurde sein Tod erst im Sommer 2015 offiziell bestätigt.⁷

Zweitens gelang es dem IS, Anhänger in der pakistanischen Mittelschicht zu rekrutieren. Dies geschah vor allem über soziale Medien. Eine Reihe von IS-Anhängern wurde verhaftet, die aus wohlhabenden Familien stammten. Viele von ihnen waren zuvor anderen radikalen Organisationen gefolgt, wie Jamaat-ud Dawa (JuD), die als ziviles Aushängeschild der militanten Lashkar-e-Toiba (LeT) gilt, oder sonstigen salafistischen Gruppierungen.⁸ Der IS schaffte es, Anhänger auch unter Studenten an pakistanischen Universitäten zu rekrutieren.⁹ Verschiedene Studien belegen eine Radikalisierung höherer Bildungsschichten des Landes, nicht nur für Anliegen des IS, sondern auch für die von Gruppen wie LeT. Eine Untersuchung des Counterterrorism Department in der pakistanischen Provinz Sindh ergab, dass von 500 »Hardcore«-Milantanten 64 einen Master- und 70 einen Bachelorabschluss hatten.¹⁰ Im Falle der LeT ließ sich zeigen, dass ihre Mitglieder einen deutlich höheren Bildungs-

⁴ Shamim Shahid, »Spillover Effect: ISIS Making Inroads into Pakistan, Afghanistan«, in: *The Express Tribune*, 3.9.2014, <<http://tribune.com.pk/story/757186/spillover-effect-isis-making-inroads-into-pakistan-afghanistan>> (eingesehen am 22.2.2018).

⁵ Tahir Khan, »TTP Spokesperson, Five Other Leaders Declare Allegiance to Islamic State«, in: *The Express Tribune*, 14.10.2014, <<https://tribune.com.pk/story/775152/ttp-spokesperson-five-other-leaders-declare-allegiance-to-islamic-state/>> (eingesehen am 22.2.2018).

⁶ Abdul Basit, »Al Qaeda and the Afghan Taliban's IS Predicament«, in: *The Express Tribune*, 12.5.2015, <<http://tribune.com.pk/story/884582/al-qaeda-and-the-afghan-talibans-is-predicament/>> (eingesehen am 22.2.2018).

⁷ »Taliban-Führer Mullah Omar ist offenbar tot«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.7.2015, <www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afghanistan-verkuendet-tod-von-taliban-fuehrer-mullah-omar-13725154.html> (eingesehen am 22.2.2018).

⁸ Muhammad Amir Rana, »The Task Ahead«, in: *Dawn*, 3.1.2016, <<http://www.dawn.com/news/1230345/the-task-ahead>> (eingesehen am 22.2.2018).

⁹ Imtiaz Ali/Rashid Sheikh, »IS-trained Med Student Was Radicalised by Man on Social Media: University VC«, in: *Dawn*, 18.4.2017, <<https://www.dawn.com/news/1327549/is-trained-med-student-was-radicalised-by-man-on-social-media-university-vc>> (eingesehen am 18.4.2017); Umair Muhammadzai, »Da'ish Recruits US-returned IT Grad from Peshawar«, in: *The Express Tribune*, 14.11.2017, <<https://tribune.com.pk/story/1505846/daish-recruits-us-returned-grad-peshawar>> (eingesehen am 22.2.2018).

¹⁰ Huma Yusuf, »How Pakistan's Identity Crisis Gives Rise to Female Radicalisation: Dawn Columnist«, in: *The Straits Times*, 24.4.2017.

stand haben als der Durchschnitt der pakistanischen Bevölkerung.¹¹

Die Form der Radikalisierung von IS-Sympathisanten aus der Mittelschicht bereitet den pakistanischen Sicherheitsbehörden große Sorge. Wenn sich etwa LeT-Anhänger extremistischen Ideen zuwenden, wird dies oft von ihren Familien mitgetragen und gefördert. Bei IS-Anhängern hingegen scheint ein solches Phänomen deutlich seltener zu sein. Problematisch für die Sicherheitsbehörden ist hier vielmehr eine Selbstradikalisierung durch soziale Medien, die unabhängig von Familien stattfinden kann und gegen die es kaum Möglichkeiten der Prävention gibt.¹²

Unklar bleibt, inwieweit es dem IS gelungen ist, sich dauerhaft als eigenständige Kraft im Konfliktspektrum des Landes zu etablieren. So gibt es keine gesicherten Angaben zur Zahl seiner Anhänger in Pakistan. Doch vermutlich stellt kein Land in Südasien mehr IS-Kämpfer. Allein dem IS in Afghanistan sollen sich 1200 Pakistanis angeschlossen haben. In Pakistan selbst wurden in verschiedenen Landesteilen bislang etwa 150 Personen als IS-Anhänger verhaftet.¹³ Muhammed Amir Rana, einer der führenden Sicherheitsexperten des Landes, schätzte 2016, dass rund 700 Pakistanis nach Syrien gereist waren und sich dort dem IS angeschlossen hatten.¹⁴ Neuen Mitgliedern soll die Organisation 500 US-Dollar pro Monat gezahlt haben, was ihre Attraktivität wohl beträchtlich erhöhte.¹⁵

Die Ideologie des IS fällt in Pakistan auf fruchtbaren Boden; zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit bietet sie vor allem im Spektrum militanter anti-schiitischer Gruppen. Neben dem Kampf gegen den Westen gibt es in Pakistan eine bis zu den 1980er Jahren zurückreichende Tradition sektiererischer Gewalt zwischen sunnitischen und

schiitischen Gruppen. 2014 reiste eine IS-Delegation in die pakistanische Provinz Belutschistan – mit dem Ziel, die verschiedenen militanten Gruppen dort zu einen.¹⁶ Daraus ergab sich eine Kooperation zwischen dem IS und Jundullah, einer lokalen taliban-nahen Gruppe, die für Anschläge auf Schiiten und andere religiöse Minderheiten verantwortlich war.¹⁷ Darüber hinaus trat der IS auch in Kontakt zu militanten Gruppen wie Lashkar-e-Jhangvi (LeJ) und Lashkar-e-Toiba (LeT) in der Provinz Punjab; aus ihren Reihen konnte er eine Reihe von Kämpfern gewinnen.¹⁸ Die LeJ war eine der stärksten militanten Gruppen sunnitischer Ausrichtung. Seit Jahren verübte sie Attentate auf Schiiten und deren Einrichtungen in Pakistan. Wie eng die Verbindung zwischen LeJ und IS wurde, zeigte sich unter anderem in der Gründung der Lashkar-e-Jhangvi Al Almi (LeJA), die in Belutschistan als »Gesicht des IS« gilt.¹⁹

Es kam zu mehreren Terror-Angriffen in Pakistan, für die der IS und lokale militante Gruppen die Verantwortung übernahmen. Der erste große Anschlag fand im Mai 2015 in Karatschi statt. Bei einem Überfall auf einen Bus mit Anhängern der Ismaeliten, einer schiitischen Glaubensrichtung, wurden 43 Menschen getötet. Jundullah, die mit dem IS zusammenarbeitete, bekannte sich dazu.²⁰ Für einen Anschlag auf eine Polizeiakademie, bei dem im Oktober 2016 in der Nähe von Quetta 61 Menschen starben, reklamierte zwar der IS die Verantwortung; doch gehen Sicherheitsexperten davon aus, dass die Aktion wohl von der LeJ durchgeführt wurde.²¹ Im Juni 2017

11 Christine C. Fair, »Insights from a Database of Lashkar-e-Taiba and Hizb-ul-Mujahideen Militants«, in: *Journal of Strategic Studies*, 37 (2014) 2, S. 279f.

12 Muhammad Amir Rana, »The Threat Is Still There«, in: *Dawn*, 22.11.2015, <<http://www.dawn.com/news/1221368/the-threat-is-still-there>> (eingesehen am 22.2.2018).

13 Khuram Iqbal, »Evolving Wave of Terrorism and Emergence of Daesh in Pakistan«, in: Gorawantschy u.a. (Hg.) *Countering Daesh Extremism* [wie Fn. 2], S. 64.

14 »Islamic State Unable to Make Inroads in Pakistan«, in: *The Express Tribune*, 15.6.2016, <<http://tribune.com.pk/story/1123263/islamic-state-unable-make-inroads-pakistan/>> (eingesehen am 22.2.2018).

15 Iqbal, »Evolving Wave of Terrorism« [wie Fn. 13], S. 68.

16 *Pakistan Security Report 2014*, Islamabad: Pakistan Institute for Peace Studies (PIPS), 2015, S. 45; Iqbal, »Evolving Wave of Terrorism« [wie Fn. 13], S. 67.

17 Musa Khan Jalalzai, »IS, Afghanistan and Pakistan«, in: *The Daily Times*, 15.12.2014, <www.dailytimes.com.pk/opinion/16-Dec-2014/is-afghanistan-and-pakistan/> (eingesehen am 22.2.2018).

18 Iqbal, »Evolving Wave of Terrorism« [wie Fn. 13], S. 65.

19 Shezad Baloch, »Tell-tale Signs of IS Presence in Balochistan«, in: *The Express Tribune*, 23.6.2017, <<https://tribune.com.pk/story/1442354/tell-tale-signs-presence-balochistan/>> (eingesehen am 22.2.2018).

20 Imtiaz Ali, »43 Killed in Attack on Bus Carrying Ismailis in Karachi«, in: *Dawn*, 14.5.2015, <<https://www.dawn.com/news/1181698>> (eingesehen am 22.2.2018).

21 Salman Masood, »Pakistan Reels after Attack on Police Training College Leaves 61 Dead«, in: *The New York Times*, 25.10.2016, <<https://www.nytimes.com/2016/10/26/world/>

bekannte sich der IS zur Ermordung von zwei chinesischen Lehrern, die in Belutschistan entführt worden waren.²² Zugleich hatte der IS mit den wechselnden Loyalitäten der Talibangruppen zu kämpfen. So übernahm die JuA zwar die Verantwortung für einen Selbstmordanschlag in Quetta am 8. August 2016, tat dies jedoch wieder als »Tehreek-e-Taliban Pakistan Jamaat-ur-Ahrar«, nicht im Namen des IS.²³

Reaktionen in Pakistan

Der pakistanische Staat befindet sich seit Jahrzehnten in einem andauernden Kampf gegen verschiedene Formen politischer Gewalt. Nach offizieller Darstellung leidet weltweit kein anderes Land stärker unter Terrorismus; bislang forderte er in Pakistan über 50 000 Menschenleben. Allerdings hat die Mehrzahl der Konflikte hier vorwiegend interne Ursachen. Das gilt für die Aufstandsbewegung in Belutschistan, die wechselseitigen Angriffe zwischen sunnitischen und schiitischen Militanten (sectarian violence) oder die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in Karatschi.

Ein ähnliches Muster zeigt sich auch im Fall der TTP. Die pakistanischen Sicherheitskräfte unterstützten seit den 1990er Jahren die Taliban in Afghanistan, um sich dort strategische Tiefe für kommende Konflikte mit Indien zu sichern. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und der internationalen Militärintervention in Afghanistan fanden die Taliban ihre Rückzugsorte zunächst in den pakistanischen Stammesgebieten.

Die Unterstützung Pakistans für die USA und der westliche Einmarsch in Afghanistan führten nach 2001 dazu, dass ein Teil der Taliban sich gegen die pakistanische Armee wandte und einen Talibanstaat in Pakistan zu errichten suchte. Auf pakistanischer Seite unterschied man fortan zwischen »guten« und

»schlechten« Taliban. Zu den guten Taliban, die weiter von den pakistanischen Sicherheitskräften unterstützt wurden, zählte unter anderem das Haqqani-Netzwerk, das für eine Reihe von Angriffen auf westliche Einrichtungen in Afghanistan verantwortlich ist. Zu den schlechten Taliban gehörten jene Gruppen im Stammesgebiet, die seit 2002/2003 gegen die Armee kämpften und sich Ende 2007 zur TTP zusammenschlossen.

Die militärischen Auseinandersetzungen haben sich vor allem seit 2011 deutlich intensiviert. Nach Angaben des pakistanischen Innenministeriums wurden dabei von 2001 bis November 2013 insgesamt 48 994 Personen getötet. Darunter fielen 17 642 Opfer allein in die drei Jahre von 2011 bis 2013. Vor dem Hintergrund der rasant zunehmenden Gewalt verabschiedete die Regierung in Islamabad im Frühjahr 2014 eine National Internal Security Policy (NISP), um den Kampf gegen den Terrorismus zwischen den insgesamt 33 nationalen Sicherheitsbehörden besser abzustimmen.²⁴

Die Koordination soll durch die National Counter Terrorism Authority (NACTA) erfolgen. Neben einer besseren Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden beinhaltet die NISP auch ein Deradikalisierungsprogramm. Zugleich unternahm die Regierung einen weiteren Anlauf, um Koranschulen zu registrieren und deren Lehrinhalte zu kontrollieren. Im Sommer 2014 startete die Armee eine großangelegte Militäroperation in den Stammesgebieten. Sie richtete sich nach Angaben der Streitkräfte gegen alle militanten Gruppen, also auch gegen das Haqqani-Netzwerk.

Am 16. Dezember 2014 wurden bei einem Anschlag auf die Armeeschule in Peshawar insgesamt 141 Menschen getötet, darunter 131 Kinder. Als Reaktion darauf verabschiedete die Regierung am 25. Dezember einen zwanzig Punkte umfassenden National Action Plan (NAP) für den Kampf gegen Terrorismus.²⁵ Eine weitere Folge des Anschlags war, dass im Januar 2015 vom Parlament der 21. Verfassungszusatz angenommen wurde. Er gestattet den

asia/quetta-attack-isis-pakistan.html?_r=0> (eingesehen am 22.2.2018).

22 »Islamic State Claims it Killed Two Chinese Teachers Kidnapped in Quetta«, in: *The Express Tribune*, 9.6.2017, <<https://tribune.com.pk/story/1431110/islamic-state-claims-killed-two-chinese-teachers-kidnapped-quetta/>> (eingesehen am 22.2.2018).

23 »Islamic State Faces Uphill »Branding War« in Afghanistan, Pakistan«, in: *The Express Tribune*, 15.8.2015, <<http://tribune.com.pk/story/1162725/islamic-state-faces-uphill-branding-war-afghanistan-pakistan/>> (eingesehen am 22.2.2018).

24 Farooq Awan, »Surgical Strikes, Peace Talks to Go Side by Side«, in: *The Daily Times*, 26.2.2014, <<http://www.dailytimes.com.pk/islamabad/26-Feb-2014/surgical-strikes-peace-talks-to-go-side-by-side>> (eingesehen am 26.2.2014).

25 Abdul Manan, »Fight against Terrorism: Defining Moment«, in: *The Express Tribune*, 25.12.2014, <<https://tribune.com.pk/story/811947/fight-against-terrorism-defining-moment/>> (eingesehen am 22.2.2018).

Streitkräften, gesonderte Militärgerichte außerhalb der regulären Gerichtsbarkeit zu schaffen. Dahinter stand die Absicht, in Anti-Terror-Verfahren schneller Urteile zu fällen und den zivilen Justizapparat zu entlasten. Allerdings gingen der Entscheidung kontroverse Debatten im Parlament voraus. Das Militär hatte Pakistan seit der Staatsgründung 1947 die meiste Zeit regiert. Mit der Parlamentswahl 2013 gab es zum ersten Mal einen regulären Übergang zwischen zwei gewählten Regierungen. Viele Abgeordnete kritisierten, dass die Macht des Militärs nun abermals ausgeweitet werde, wenn ihm Kompetenzen in der Rechtsprechung abgetreten würden. Bis Dezember 2016 verurteilten die neuen Militärgerichte 144 Personen; dabei verhängten sie in 140 Fällen die Todesstrafe.²⁶ Im Frühjahr 2017 wurde die Militärgerichtsbarkeit vom Parlament verlängert.

In der pakistanischen Bevölkerung haben islamistische Parteien nur geringen Rückhalt.

Im Kampf gegen die islamistische Radikalisierung gibt es durchaus Erfolge. Der wichtigste ist vermutlich, dass die Unterscheidung zwischen »guten« und »schlechten« Taliban spätestens seit dem Anschlag von Peschawar 2014 sehr viel kritischer gesehen wird als noch vor einigen Jahren. Zudem hat die Militäroffensive in den Stammesgebieten bewirkt, dass die Zahl der Anschläge seit 2014 deutlich gesunken ist und die Sicherheitslage besser wurde. Im Frühjahr 2017 gab die Regierung ihren Plan bekannt, die Stammesgebiete in die Provinz Khyber-Pakhtunkhwa (KP) zu integrieren. Politische Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung in diesen Landesteilen sollen verbessert werden, damit sich die militärischen Erfolge dort verstetigen lassen. Allerdings gibt es noch eine Reihe von Problemen. Dazu gehört etwa, dass verbotene Gruppen sich immer wieder neu formieren, die Reform der Koranschulen nur schleppend vorankommt und die Finanzströme militanter Gruppen bislang nicht effektiv eingedämmt werden können.²⁷

²⁶ International Commission of Jurists (ICJ), *Military Injustice in Pakistan. Questions and Answers*, Dezember 2016, S. 2, <<https://www.icj.org/wp-content/uploads/2016/12/Pakistan-military-courts-QA-Advocacy-2016-ENG.pdf>> (eingesehen am 22.2.2018).

²⁷ Ismail Khan, »National Inaction Plan? How Selective Interest and Short-term Fixes Plague Pakistan's Anti-terror

Angesichts dieses umfangreichen Konfliktspektrums und der teils seit Jahrzehnten andauernden Auseinandersetzung mit militanten Gruppen verwundert es nicht, dass Islamabad dem IS zunächst keine große Priorität beimaß. Am 29. Mai 2015 erklärte das Außenministerium, der IS sei in Pakistan nicht präsent.²⁸ Allerdings erging kurz darauf, am 15. Juli, das offizielle Verbot des IS durch die Regierung.²⁹

Pakistan wurde 1947 zwar auf religiöser Basis gegründet, doch haben islamistische Parteien nur geringen Rückhalt in der Bevölkerung. Bei Wahlen liegt ihr Stimmenanteil bei 5 bis 6 Prozent. Noch immer ist ein Volksislam weit verbreitet, der sich unter anderem in der Verehrung von Sufis äußert. Diese und andere moderate Muslime sind in den letzten Jahren aber verstärkt zum Anschlagziel militant-islamistischer Gruppen geworden. Einzelne religiöse Parteien wie die Jamiat Ulema-i-Islam-Samiul Haq (JUIF-S) gelten als geistige Ziehväter der Taliban, doch werden deren extremistische Islam-Interpretationen von der Mehrheit der pakistanischen Bevölkerung abgelehnt.

Für die Ideologie des IS existiert in Pakistan ebenfalls keine Massenbasis. Allerdings gibt es immer wieder Geistliche, die offen mit ihm sympathisieren. Dazu gehört unter anderem Maulana Abdul Aziz, der die rote Moschee in Islamabad leitet. Im Sommer 2007 lieferten sich militante Islamisten, die sich in dieser Moschee verschanzt hatten, tagelange Feuergefechte mit Sicherheitskräften. Bei der Erstürmung gelang Aziz in Frauenkleidern zunächst die Flucht, bevor er verhaftet wurde. 2009 kam er auf Kaution frei; seitdem steht er wieder der roten Moschee vor. Mittlerweile sympathisiert er offen mit den Ideen des

Fight«, in: *Dawn*, 2.9.2016, <www.dawn.com/news/1281559/national-inaction-plan-how-selective-interest-and-short-term-fixes-plague-pakistans-anti-terror-fight> (eingesehen am 22.2.2018); Khurram Husain, »Terror Financing«, in: *Dawn*, 27.4.2017, <<https://www.dawn.com/news/1329393/terror-financing>> (eingesehen am 22.2.2018).

²⁸ Ijaz Kakakhel, »No Islamic State Footprints Found in Pakistan, Says FO«, in: *The Daily Times*, 29.5.2015, <<http://www.dailytimes.com.pk/national/29-May-2015/no-islamic-state-footprintsfound-in-pakistan-says-fo>> (eingesehen am 29.5.2015).

²⁹ Maryam Usman, »Da'ish Outlawed Despite Doubts over Its Existence«, in: *The Express Tribune*, 21.12.2015, <<http://tribune.com.pk/story/1013556/inconsistent-policy-daish-outlawed-despite-doubts-over-its-existence/>> (eingesehen 22.2.2018).

IS. Einige der Studentinnen seiner Moschee sollen einen Treueschwur auf den IS abgelegt haben.³⁰

Die seit vielen Jahren zu beobachtende Islamisierung des öffentlichen Raumes wird begleitet von einer zunehmenden Konkurrenz zwischen verschiedenen muslimischen Strömungen – wie den Deobandis, Barelvis oder Ahle-e-Hadith (Salafisten). In Reaktion auf das Erscheinen des IS hat der Pakistan Ulema Council diesen bereits im Oktober 2014 als »unislamisch« gebrandmarkt.³¹ Die Medienauftritte verhafteter oder übergelaufener IS-Sympathisanten bzw. TTP-/IS-Kommandeure haben in Pakistan eine kontroverse Diskussion darüber ausgelöst, ob solche Einstellungen überhaupt eine breite Öffentlichkeit erhalten sollten.³² Dabei werben radikale islamistische Gruppen sehr offensiv für ihre Anliegen. LeT- und JuD-Anführer Hafeez Saeed, der auf der Sanktionsliste der Vereinten Nationen steht und als Drahtzieher des Anschlags in Mumbai 2008 gilt, hat eine eigene Partei gegründet, die bei der diesjährigen Parlamentswahl antreten will. Für Aufsehen sorgte kürzlich die bis dahin weitgehend unbekannt Gruppe Tehreek-i-Labaik Ya Rasool Allah (TLYR), die zu den Barelvis zählt. Über Wochen hinweg blockierte sie im November 2017 die Hauptstadt Islamabad. Der Vorfall zeigte, dass religiöse Akteure nicht unbedingt über ein demokratisches Mandat verfügen müssen, um ihre Forderungen durchzusetzen – entscheidend ist vielmehr ein großes Mobilisierungspotential.³³

Das Auftreten des IS sorgte in Pakistan auch für Kontroversen zwischen den militanten Gruppen, denn Teile der Taliban hatten sich bereits al-Qaida

im Indischen Subkontinent (AQIS) angeschlossen.³⁴ Die Spitze von al-Qaida fürchtete, der IS könnte ihr den Führungsanspruch im Kampf gegen den Westen streitig machen. Sie erklärte den IS daher für illegitim, bot ihm aber dennoch an, im Ringen mit dem gemeinsamen Feind zusammenzuarbeiten.³⁵ Als eine Bewegung gegen den Islam gilt der IS wiederum bei Vertretern der salafistischen LeT – die ebenfalls eine militante Ideologie propagiert, bei den VN als Terrororganisation gelistet ist, zahlreiche ausländische Terroristen ausgebildet hat und mit Unterstützung des pakistanischen Militärs eine Reihe von Anschlügen in Indien verübte.³⁶ Dem IS ist es auch nicht gelungen, das Misstrauen innerhalb seiner eigenen Reihen zu beseitigen. Mitglieder aus Afghanistan und Pakistan sollen sich wechselseitig beschuldigt haben, amerikanische bzw. pakistanische Agenten zu sein.³⁷

So spricht viel dafür, dass der IS nur wenig Anklang und Unterstützung in Pakistan findet. Es gibt in dem Land zahlreiche militante Gruppen, die schon lange existierten, bevor der IS entstand, und die ähnliche Ziele wie er verfolgen. Der IS kann ihnen wenig bieten, da etwa eine logistische Hilfe aufgrund der Distanz nach Syrien nicht möglich ist. Tatsächlich hat der IS die militante Szene in Pakistan, die sich um Taliban und al-Qaida gruppiert, gespalten und damit eher geschwächt als gestärkt. Obwohl sich Teile der TTP zum IS bekannten, wies sie dessen Führungsanspruch zurück; stattdessen folgte sie weiter ihrem Emir Mullah Omar. Zudem ist die Idee, ein Kalifat zu errichten und die Scharia einzuführen, keine Erfindung des IS. Sie wird in Pakistan seit vielen Jahren von Gruppen wie Tanzeem-e-Islami propagiert. Der IS hat es bislang auch nicht geschafft, charismatische Führer in Pakistan zu gewinnen, die neue Kämpfer rekrutieren könnten. Darüber hinaus haben auslän-

30 Qadeer Tanoli/Arsalan Altaf, »Khilafat Is Coming: Islamic State Flag Put Up on Islamabad's Main Thoroughfare«, in: *The Express Tribune*, 24.11.2017, <<https://tribune.com.pk/story/1515109/khilafat-coming-islamic-state-flag-put-islamabads-main-thoroughfare>> (eingesehen am 22.2.2018).

31 »IS is Anti-Islamic: Ulema Council«, in: *Dawn*, 2.10.2014, <<http://www.dawn.com/news/1135717/is-is-anti-islamic-ulema-council>> (eingesehen am 22.2.2018).

32 »From Militants to Talking Heads?«, in: *Daily Times*, 10.5.2017, <<http://dailytimes.com.pk/editorial/10-May-17/from-militants-to-talking-heads>> (eingesehen am 22.2.2018).

33 »List of Demands Put Forward by TLY and Accepted by Govt for Ending the Faizabad Protest«, in: *Dawn*, 28.11.2017, <<https://www.dawn.com/news/1373197/list-of-demands-put-forward-by-tly-and-accepted-by-govt-for-ending-the-faizabad-protest>> (eingesehen am 22.2.2018).

34 »TTP Faction Hails New Al Qaeda Branch«, in: *The Express Tribune*, 6.9.2014, <<https://tribune.com.pk/story/758570/ttp-faction-hails-new-al-qaeda-branch/>> (eingesehen am 22.2.2018).

35 »Al Qaeda Chief Calls Islamic State Illegitimate, but Suggests Cooperation to Fight the West«, in: *The Express Tribune*, 9.9.2015, <<http://tribune.com.pk/story/953938/al-qaeda-chief-again-calls-islamic-state-illegitimate-but-suggests-cooperation-to-fight-the-west/>> (eingesehen am 22.2.2018).

36 Abid Hussain/Umer Farooq/Ghulam Dastageer/Sher Ali Khan, »Islamic Republic versus Islamic State«, in: *Herald*, 21.3.2015, <<http://herald.dawn.com/news/1153362/>> (eingesehen am 22.2.2018).

37 Iqbal, »Evolving Wave of Terrorism« [wie Fn. 13], S. 69.

dische Kämpfer des IS keinen Anreiz, in Pakistan aktiv zu werden.³⁸

Auswirkungen auf die nationale und regionale Stabilität

Aus der Präsenz des IS in Pakistan ergeben sich kaum Auswirkungen auf die ohnehin prekäre Stabilität des Landes. Im Gesamtkontext des militanten Spektrums ist der IS zwar eine neue Bedrohung, doch bildet er, ungeachtet einer Reihe von Anschlägen, nicht die größte innenpolitische Gefahr. Neu ist allerdings, dass mit dem IS das Problem der Selbstradikalisierung durch soziale Medien in den Fokus der öffentlichen Diskussionen rückte. Hier zeigt sich ein Unterschied gegenüber den bisherigen, meist geduldeten Formen einer »organisierten« Radikalisierung, wie sie etwa in der Agitation islamistischer Parteien, in extremistischen Koranschulen oder im öffentlichen Auftreten von Gruppen wie der LeT zum Ausdruck kommt.

Auch für die regionale Stabilität ergeben sich kaum Rückwirkungen durch den IS. Zwar beansprucht er mit der von ihm ausgerufenen Provinz Khorasan, nationale Grenzen zu überwinden. Zugleich operiert er vor allem von Afghanistan aus. Doch ist dieses grenzüberschreitende Moment ebenfalls nicht neu. Zahllose militante Gruppen haben das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet schon als Rückzugsraum genutzt. Wie erwähnt, wurden sie dabei zum Teil sogar vom pakistanischen Militär unterstützt, das versuchte, durch Einflussnahme in diesem Gebiet eine strategische Tiefe gegenüber Indien zu gewinnen.

Die afghanische Regierung weigert sich seit Pakistans Unabhängigkeit 1947, die Durand-Line als Gren-

ze zum Nachbarstaat anzuerkennen.³⁹ Daraus resultiert ein sehr asymmetrisches Grenzregime, denn es gibt auf pakistanischer Seite deutlich mehr Wachposten als auf afghanischer. Diese Konstellation verschafft allen transnationalen militanten Gruppen – ob al-Qaida, afghanische Taliban oder IS – ein hohes Maß an Bewegungsfreiheit und erleichtert es ihnen, grenzüberschreitende Terrornetzwerke aufzubauen.

Indien

Das Auftreten des IS in Indien

Indien rückte erstmals im Sommer 2014 in den Fokus des IS. Dessen Anführer al-Baghdadi erklärte in einer Ansprache zum Ramadan einer Reihe von Staaten, in denen Muslime unterdrückt würden, den Krieg – darunter Indien.⁴⁰ Bis Herbst 2017 wurden in dem Land insgesamt 167 Personen im Zusammenhang mit IS-Aktivitäten verhaftet oder verhört. Die National Investigation Agency (NIA), die nach dem Anschlag von Mumbai Ende 2008 als zentrale Stelle zur Verfolgung terroristischer Straftaten geschaffen worden war, erhob im selben Zeitraum Anklage gegen 98 Personen.⁴¹

Dies sind sehr geringe Zahlen, wenn man bedenkt, dass in Indien – laut Zensus von 2011 – rund 170 Millionen Muslime leben; sie bilden mit einem Anteil von etwa 14 Prozent die größte religiöse Minderheit des Landes.⁴² Allerdings kamen drei Viertel der verdächtigen Personen aus nur fünf Bundesstaaten. Diese gehören, mit Ausnahme von Uttar Pradesh, zu den wohlhabenden Regionen des Landes – nämlich

38 Umair Arif, »What Can the IS Offer Pakistani Militants?«, in: *The Express Tribune*, 28.3.2016, <<http://tribune.com.pk/story/1073889/can-offer-pakistani-militants/>> (eingesehen am 22.2.2018); »Islamic State Unable to Make Inroads in Pakistan«, in: *The Express Tribune*, 15.6.2015, <<http://tribune.com.pk/story/1123263/islamic-state-unable-make-inroads-pakistan/>> (eingesehen am 22.2.2018); Naveed Ahmad, »Why Islamic State Has Been Unable to Enter Pakistan?«, in: *The Express Tribune*, 16.6.2016, <<http://tribune.com.pk/story/1124047/islamic-state-unable-enter-pakistan/>> (eingesehen am 22.2.2018); Imtiaz Ali, »IS May Exploit Sectarian Hatred, Extremist Outfits, Says CTD Study«, in: *Dawn*, 27.2.2017, <<https://www.dawn.com/news/1317158/is-may-exploit-sectarian-hatred-extremist-outfits-says-ctd-study>> (eingesehen am 22.2.2018).

39 Amina Khan/Christian Wagner, »The Changing Character of the Durand Line«, in: *Internationales Asienforum*, 44 (2013) 1/2, S. 71–84.

40 Praveen Swami, »India among Jihad Targets of ISIS«, in: *The Hindu*, 2.7.2014, <www.thehindu.com/news/international/world/india-among-jihad-targets-of-isis/article6167595.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

41 Nijeesh N., »Daesh: Diminishing Challenge«, in: *South Asia Intelligence Review*, 16 (2017) 18.

42 Rukmini S./Vijaita Singh, »Muslim Population Growth Slows«, in: *The Hindu*, 13.2.2017, <www.thehindu.com/news/national/Muslim-population-growth-slows/article10336665.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

Tamil Nadu, Karnataka, Maharashtra und Kerala.⁴³ Neben den verhafteten IS-Anhängern sollen sich weitere 88 indische Staatsbürger der Organisation in Syrien, Irak und Afghanistan angeschlossen haben. Von diesen sollen 25 im Kampf gefallen sein. Auffällig ist zudem, dass viele IS-Anhänger bzw. -Sympathisanten aus Südindien stammen. So sollen von den 25 getöteten Kämpfern 21 aus dem südlichen Landesteil kommen, davon 12 aus dem Bundesstaat Kerala. Mitglieder der dortigen Popular Front of India (PFI) haben den IS in sozialen Medien unterstützt und versucht, nach Syrien auszureisen.⁴⁴ Als ein Grund dafür gilt, dass es in den Golfstaaten zahlreiche keralische Gastarbeiter gibt, die dort mit der radikalen Ideologie des IS in Kontakt gekommen sind.⁴⁵ Indische IS-Kämpfer sollen auch bei amerikanischen Drohnenangriffen in Afghanistan getötet worden sein. In Indien selbst gab es bis Herbst 2017 allerdings nur einen Anschlag, der dem IS zugerechnet wurde. Im März 2017 kam es im Bundesstaat Madhya Pradesh zu einer Explosion in einem Zug, bei der zehn Personen verletzt wurden. Anschließend wurde eine Reihe von Personen verhaftet, die man dem IS zuordnete.⁴⁶

Den indischen Sicherheitsbehörden bereitete das Aufkommen des IS einiges Kopfzerbrechen. Erstens zeigen bisherige Festnahmen, dass die IS-Anhänger

eher aus dem gehobenen Bildungsmilieu der muslimischen Gemeinschaft kommen,⁴⁷ obwohl Indiens Muslime im Durchschnitt ein schlechteres sozio-ökonomisches Entwicklungsniveau aufweisen als die Hindus. Das erklärt vermutlich auch, warum die Radikalisierung in vielen Fällen offenbar über soziale Medien erfolgte. Diese Form der Selbstradikalisierung entzieht sich, wie erwähnt, nicht nur der Kontrolle staatlicher Behörden, sondern erfolgt auch außerhalb traditioneller Institutionen wie Familie oder lokaler religiöser Organisationen.⁴⁸

Die Radikalisierung von IS-Anhängern erfolgt oftmals außerhalb traditioneller Institutionen.

Zweitens gibt es in Indien durchaus einige Konflikte, in die Muslime direkt involviert sind. Das gilt zum einen für die Auseinandersetzung um Kaschmir, die seit Jahrzehnten schwelt. Selbst wenn in dieser Region die Unterstützung militanter Gruppen durch Pakistan entfiel, bliebe wohl noch immer ein hohes Potential an lokaler Unzufriedenheit, das der IS für sich nutzen kann. Dies betrifft vor allem die jüngere Bevölkerung, der es an sozio-ökonomischen Perspektiven fehlt.⁴⁹ Islamistische Propaganda betreiben hier Gruppen wie die von Pakistan aus operierende LeT. Daneben haben al-Qaida und der IS angekündigt, ihre Aktionen auf Kaschmir auszudehnen.⁵⁰ In der Region

43 »The IS Challenge«, in: *The Hindu*, 28.2.2017, <www.thehindu.com/opinion/editorial/the-is-challenge/article17378478.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

44 Shashank Shekhar/Arvind Ojha, »Popular Front of India Member Exposed as »ISIS Sympathiser« on Facebook After Failing to Reach Syria Three Times and Posting Al-Qaeda Poetry«, in: *Daily Mail*, 1.11.2017, <www.dailymail.co.uk/indiahome/indianews/article-5040351/Popular-India-member-exposed-ISIS-sympathiser.html> (eingesehen am 22.2.2018).

45 Nijeesh N., »Daesh: Diminishing Challenge« [wie Fn. 41]; Dhruva Jaishankar/Sara Perlangeli, »Assessing the Islamic State Threat to India: It Is a Serious But Manageable Challenge«, in: *Times of India*, 6.5.2017, <<http://blogs.timesofindia.indiatimes.com/toi-edit-page/assessing-the-islamic-state-threat-to-india-it-is-a-serious-but-manageable-challenge/>> (eingesehen am 22.2.2018); Kallol Bhattacharjee, »12 to 15 Indians Fought Alongside IS Against Iraqi Forces: Envoy«, in: *The Hindu*, 19.7.2017, <www.thehindu.com/news/national/12-to-15-indians-fought-alongside-is-against-iraqi-forces-envoy/article19307322.ece> (eingesehen am 22.2.2018); Vijaita Singh, »Indian IS Recruiter Armar's Death not yet Verified«, in: *The Hindu*, 22.8.2017, <www.thehindu.com/news/national/armars-death-not-yet-verified/article19541071.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

46 Nijeesh N., »Daesh: Diminishing Challenge« [wie Fn. 41].

47 Rajiv Kalkod, »I'm a Soldier, I Have No Regrets, Says ISIS Twitter Handler Mehdi Masroor Biswas«, in: *The Economic Times*, 19.12.2014, <<http://economictimes.indiatimes.com/news/politics-and-nation/im-a-soldier-i-have-no-regrets-says-isis-twitter-handler-mehdi-masroor-biswas/articleshow/45571460.cms>> (eingesehen am 22.2.2018); Marri Ramu, »11 Hyderabad Youths Picked Up for IS Links«, in: *The Hindu*, 29.6.2016, <www.thehindu.com/news/cities/Hyderabad/hyderabad-youths-picked-by-city-police-ria-for-links-with-islamic-state/article8787455.ece> (eingesehen am 22.2.2018); Rukmini Callimachi, »Not »Lone Wolves« After All«, in: *The New York Times*, 5.2.2017.

48 Vijaita Singh, »Centre Plans Anti-terror Cyber-push«, in: *The Hindu*, 11.4.2016, <www.thehindu.com/news/national/centre-plans-antiterror-cyberpush/article8459082.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

49 Vijaita Singh, »Radicalisation a Real Threat, Says Intel Official«, in: *The Hindu*, 27.4.2016, <www.thehindu.com/news/national/radicalisation-a-real-threat-says-intel-official/article8525146.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

50 Abdul Hammed Khan, *Changed Security Situation in Jammu and Kashmir. The Road Ahead*, New Delhi: Institute for Defence

sind auch schon Slogans und Symbole des IS aufgetaucht, doch räumten 2015 selbst Vertreter der indischen Sicherheitsbehörden ein, dass damit wohl eher die staatlichen Stellen irritiert werden sollten.⁵¹ Bei seinem Versuch, Einfluss in Kaschmir zu gewinnen, wandte sich der IS allerdings sowohl gegen Pakistan und militante Gruppen, die von dort unterstützt wurden, als auch gegen lokale militante Gruppen und Vertreter gemäßiger Organisationen, die gegen Indien kämpfen. Im Dezember 2017 ereignete sich in Kaschmir ein Anschlag, der einem Sympathisanten des IS zugerechnet wurde.⁵²

Drittens gibt es in Indien einen zunehmend radikalen Hindu-Nationalismus, wie er von militanten Gruppen im Dunstkreis der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP) gepflegt wird. Damit geht die Gefahr einher, dass es zu einer Gegenreaktion und damit einer Radikalisierung auf Seiten der Muslime kommt, die vom IS genutzt werden kann.

Schließlich besteht das Risiko, dass durch den IS erstmals eine Radikalisierung unter Muslimen einsetzen könnte, die thematisch von Pakistan unabhängig ist. Ein Großteil des militanten muslimischen Extremismus in Indien, sei es in Kaschmir durch die LeT oder in Form von Gruppen wie der Student Islamic Movement India (SIMI) oder den Indian Mujahideen (IM), hat seinen ideologischen Ursprung in Pakistan.⁵³ Ein Drittel der verhafteten IS-Anhänger zeigte Sympathien für diese Gruppierungen.⁵⁴ Bislang fanden innenpolitische Dauerthemen wie Kaschmir

außerhalb des Bundesstaates nur wenig Resonanz bei Muslimen. Zudem rühmte sich Indien stets damit, dass indische Muslime sich nicht internationalen Terrorgruppen wie al-Qaida angeschlossen hätten.

Im Unterschied zu den von Pakistan aus operierenden Terrorgruppen propagiert der IS eher Ideen wie die Errichtung eines Kalifats und die Durchsetzung der Scharia. Zugleich verfolgt er eine klare anti-schiitische Linie. Er findet damit Anklang vor allem unter Angehörigen der höheren Bildungsschichten von Indiens Muslimen. Daraus ergibt sich potentiell ein grundsätzlich neues Bedrohungsszenario, das durch innovative Rekrutierungswege über soziale Medien noch verschärft wird.

Reaktionen in Indien

Die indische Regierung steht, wie ihr pakistanischer Counterpart, seit Jahrzehnten einem komplexen innenpolitischen Konfliktspektrum gegenüber. Im Falle Kaschmirs führte der Streit über die Ausgestaltung der internen Autonomie immer wieder zu Krisen im bilateralen Verhältnis zu Pakistan, weil von dort aus militante islamistische Gruppen unterstützt wurden. Ansonsten reicht die Bandbreite an Konflikten von den zahllosen Aufstandsbewegungen im Nordosten Indiens bis hin zu Anschlägen maoistischer Gruppen in Zentralindien.

Der indische Staat hat mit wechselndem Erfolg eine Vielzahl von Instrumenten entwickelt, um die verschiedenen Konfliktherde zu bekämpfen. Zu den bislang gewählten Strategien zählt die Suche nach politischen Lösungen ebenso wie die Verabschiedung des umstrittenen Armed Forces Special Powers Act (AFSPA) oder der Einsatz von Spezialkräften. Kontrovers wird darüber diskutiert, ob es in Indien eine einheitliche Counterinsurgency Strategy (COIN) gibt oder nicht. Probleme bereiten die Abgrenzung von Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Sicherheitskräften (Polizei, Armee, paramilitärische Einheiten), deren oftmals fehlende bzw. unzureichende Koordination sowie die zum Teil mangelhafte Ausbildung und Ausrüstung.⁵⁵

⁵⁵ Bibhu Prasad Routray, »India: Fleeting Attachment to the Counterinsurgency Grand Strategy«, in: *Small Wars & Insurgencies*, 28 (2017) 1, S. 57–80.

Studies and Analyses, 2017, S. 49; Riyaz Wani, »How Al-Qaeda Came to Kashmir«, in: *The Diplomat*, 20.12.2017, <<https://thediplomat.com/2017/12/how-al-qaeda-came-to-kashmir/>> (eingesehen 22.2.2018).

⁵¹ »India and the IS«, in: *The Hindu*, 24.6.2015, <www.thehindu.com/opinion/editorial/indias-strategy-to-tackle-islamic-state-spread/article7457170.ece> (eingesehen am 22.2.2018); International Institute for Strategic Studies (IISS), *Armed Conflict Survey*, 2016, S. 225; Abdul Hammed Khan, »Changed Security Situation in Jammu and Kashmir« [wie Fn. 50], S. 49.

⁵² Amira Jadoon, *An Idea or a Threat? Islamic State Jammu & Kashmir*, *Combating Terrorism Center*, 9.2.2018, <<https://ctc.usma.edu/idea-threat-islamic-state-jammu-kashmir>> (eingesehen 22.2.2018).

⁵³ Riddhi K. Shah, »The Al-Qaeda and the Lashkar-e-Toiba: A Case of Growing Ideological Homogeneity?«, in: *India Quarterly*, 70 (2014) 2, S. 93.

⁵⁴ Jaishankar/Perlangeli, »Assessing the Islamic State Threat to India« [wie Fn. 45].

Indiens erste Reaktion auf den IS bestand darin, dass die Gruppe im Februar 2015 verboten wurde.⁵⁶ Viele Sicherheitsexperten im Land sahen eine Gefahr der Radikalisierung und sprachen sich dafür aus, die Online-Überwachung sozialer Netzwerke zu verstärken. Die indische Regierung initiierte darüber hinaus ein Programm zur Deradikalisierung inhaftierter IS-Anhänger. Im November 2016 waren 65 Personen in diesem Programm.⁵⁷

In Indien unterzeichneten mehr als tausend muslimische Geistliche eine Fatwa gegen den IS.

Allerdings findet die Ideologie des IS kaum Zuspruch unter Indiens Muslimen. Einer der wichtigsten Gründe dafür sind die synkretistischen Traditionen des indischen Islam.⁵⁸ Zudem haben sich muslimische Gelehrte des Landes klar gegen den IS positioniert. Im September 2015 unterzeichneten über 1000 muslimische Geistliche eine Fatwa gegen die Gruppe.⁵⁹ Nachdem sich im Bundesstaat Kerala 21 Personen dem IS angeschlossen hatten, verurteilten ihn lokale muslimische Organisationen.⁶⁰ Die Anhänger des IS erweitern zwar das Konfliktspektrum in Indien, doch bislang ist die Bedrohung für die Sicherheitsbehörden beherrschbar.⁶¹

Allerdings hat die Organisation eine enorme öffentliche Aufmerksamkeit im Land erfahren, auch wenn es nur wenige Anschläge durch den IS gab und der Kreis seiner Unterstützer vergleichsweise klein

56 »India Bans Islamic State Terror Group«, in: *The Hindu*, 27.2.2015, <<http://www.thehindu.com/news/national/india-bans-islamic-state-terror-group/article6937495.ece>> (eingesehen am 22.2.2018).

57 Josy Joseph, »IS Unlikely to Become Strong in India: Experts«, in: *The Hindu*, 15.11.2016, <www.thehindu.com/news/national/is-unlikely-to-become-strong-in-india-experts/article7880884.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

58 »India and the IS« [wie Fn. 51].

59 »Indische Geistliche verurteilen den IS«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 9.9.2015, <<http://www.nzz.ch/international/asien-und-pazifik/indische-geistliche-verurteilen-den-is-1.18610217>> (eingesehen am 22.2.2015).

60 G. Anand, »Probe into IS Ties Extends to Sri Lanka«, in: *The Hindu*, 11.7.2016, <www.thehindu.com/news/national/probe-into-is-ties-extends-to-sri-lanka/article8831827.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

61 Jaishankar/Perlangeli, »Assessing the Islamic State Threat to India« [wie Fn. 45].

blieb. Wie eine Umfrage ergab, meinten 66 Prozent der Inder im Frühjahr 2017, dass der IS eine große Bedrohung für ihr Land darstelle. Weniger Sorgen bereiteten den Menschen der Klimawandel (47 Prozent) und die Bedrohung durch China (44 Prozent).⁶²

Auswirkungen auf die nationale und regionale Stabilität

Der IS stellt vermutlich auf absehbare Zeit keine unmittelbare Bedrohung für die nationale Stabilität Indiens dar. Wesentlich gravierender für das Land sind bestehende innenpolitische Konfliktherde wie Kaschmir und der Nordosten oder die anhaltende Militanz maoistischer Gruppen. Es gab zwar bis zum Frühjahr 2017 eine Reihe von Verhaftungen, deren Zahl sich im unteren dreistelligen Bereich bewegte, aber nur einen Anschlag, der dem IS zugerechnet wurde. Aufgrund der Vielzahl militanter Gruppen bleibt seine Attraktivität sehr begrenzt. Die potentielle Radikalisierung durch soziale Medien stellt für die Sicherheitsbehörden das größte Problem dar.

Eine weitere Herausforderung – wenn auch keine neue – ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen militanten Gruppen. Die Maoisten in Nepal haben während des dortigen Bürgerkriegs (1996 – 2006) mit maoistischen Gruppen in Indien zusammengearbeitet. Verschiedene Aufstandsbewegungen im Nordosten Indiens verfügen über Lager und Rückzugsgebiete in Bhutan, Bangladesch und Myanmar. Militante islamistische Gruppen aus Indien haben durch Kontakte zu religiösen Parteien in Bangladesch dort wiederholt Schutz und Unterstützung erhalten. Der IS scheint über eine Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen in Bangladesch die Möglichkeit zu nutzen, seine Netzwerke von dort in den angrenzenden indischen Bundesstaat Westbengalen hinein auszudehnen.⁶³

Allerdings hat Indien in den letzten Jahren seine Sicherheitskooperation mit einer Reihe von Nachbarstaaten, darunter auch Bangladesch, deutlich ausge-

62 Bruce Stokes/Dorothy Manevich/Hanyu Chwe, *Three Years In, Modi Remains Very Popular*, Pew Research Center 2017, S. 26.

63 »Unemployed Youths Being Roped in by ISIS, JMB in West Bengal Border districts«, in: *The Economic Times*, 11.7.2016, <<http://economictimes.indiatimes.com/news/politics-and-nation/unemployed-youths-being-roped-in-by-isisjmb-in-west-bengal-border-districts/articleshow/53151460.cms>> (eingesehen am 22.2.2018).

baut.⁶⁴ Die Lager militanter Gruppen in Bangladesch haben vor allem während der Regierungszeit der Bangladesh Nationalist Party (BNP), die mit islamischen Parteien koalierte, immer wieder die Beziehungen zu Indien belastet. 2008 übernahm die traditionell indien-freundliche Awami-Liga (AL) die Macht in Dhaka. Sie zeigte sich auf Drängen Neu-Delhis bereit, gegen solche Lager vorzugehen. 2009 führten die Sicherheitskräfte beider Staaten ihre erste gemeinsame Anti-Terror-Übung durch. Des Weiteren vereinbarte man eine Reihe von Abkommen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität.⁶⁵ Als Bangladeschs Premierministerin Sheikh Hasina im April 2017 Indien besuchte, wurde ein Memorandum of Understanding (MoU) zur Verteidigungskooperation unterzeichnet.⁶⁶

Bangladesch

Das mehrheitlich muslimische Bangladesch, das frühere Ost-Pakistan, setzte nach seiner Unabhängigkeit 1971 zunächst auf eine säkulare Ausrichtung von Staat und Gesellschaft. Die regierende Awami-Liga (AL) war aber nicht in der Lage, den Wiederaufbau des Landes nach Bürgerkrieg und Naturkatastrophen voranzubringen. Außerdem entwickelte sie zunehmend autokratische Tendenzen. Nach einem Putsch 1975 verstärkten die nachfolgenden Militärregierungen die Islamisierung des Landes. Die aus dem Militär hervorgegangene Bangladesh Nationalist Party (BNP) propagierte einen Bangladeschi-Nationalismus, der die Religion betonte und sich so vom säkular geprägten Bengali-Nationalismus der AL abgrenzte. Außenpolitisch wollten die Militärregierungen damit ihre

Abhängigkeit von Indien verringern; sie öffneten sich in dieser Phase stärker gegenüber dem Westen und den Golfstaaten.

Die ersten militant-islamistischen Gruppen, wie Harkat-ul-Jihad-al Islami Bangladesh (HuJI-B), entstanden Ende der 1980er Jahre im Land. Gegründet wurden sie von Rückkehrern aus dem Afghanistan-Krieg, die dort an der Seite der Mujahedin gegen die Sowjetunion gekämpft hatten.

Nach dem Übergang Bangladeschs zur Demokratie 1991 verstärkte HuJI-B seine Aktivitäten, vor allem in der Regierungszeit der AL unter Premierministerin Sheikh Hasina (1996–2001). 1992 wurde HuJI-B formal gegründet; die Gruppe folgte der Ideologie von al-Qaida und Osama bin Laden. Ihr Ziel war ein islamisches Regime in Bangladesch, das sich an den afghanischen Taliban orientiert. Während ihrer Kriegsteilnahme in Afghanistan waren HuJI-B-Kader in Pakistan ausgebildet worden; sie gewannen so Kontakte zu den militanten Gruppen dort. Zudem unterhielt HuJI-B enge Verbindungen zur Jamaat-i-Islami (JI), der größten und wichtigsten islamischen Partei in Bangladesch, die 1971 gegen die Unabhängigkeit des Landes gekämpft hatte.⁶⁷ HuJI-B ist verantwortlich für eine Reihe von Anschlägen und Attentaten in Bangladesch.⁶⁸

1998 wurde die Jama'atul Mujahideen Bangladesh (JMB) gegründet, die darauf zielte, durch den bewaffneten Kampf ein islamisches Regime im Land zu errichten. Die regierende BNP ging nach ihrem Wahlsieg 2001 unter Premierministerin Khaleda Zia erstmals eine Koalition mit der islamischen JI ein. 2004 trat dann zum ersten Mal die Jagrata Muslim Janata Bangladesh (JMJB) in Erscheinung, die enge Verbindungen zur JMB aufweist. Allerdings orientiert sich die JMJB ideologisch stark an den Taliban. Sie hat ihren regionalen Schwerpunkt im Nordwesten Bangladeschs und kämpft in den ländlichen Regionen vor allem gegen Mitglieder militanter kommunistischer Gruppen.⁶⁹

64 Christian Wagner, *Sicherheitskooperation in Südasien. Bestandsaufnahme, Ursachen, Perspektiven*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2014 (SWP-Studie 2/2014).

65 »Indo-Bangla Military Cooperation Increasing«, in: *The Times of India*, 22.11.2011, <http://articles.timesofindia.indiatimes.com/2011-11-22/pune/30428193_1_military-exercise-bangladesh-army-bangladesh-military-academy> (eingesehen am 22.2.2018); Smruti S. Pattanaik, »Bangladesh Army: Evolution, Structure, Threat Perception, and Its Role«, in: Vishal Chandra (Hg.), *India's Neighbourhood: The Armies of South Asia*, New Delhi: Pentagon Press, 2013, S. 39.

66 Suhasini Haidar, »Teesta Hangs Fire as Sheikh Hasina Arrives«, in: *The Hindu*, 6.4.2017, <www.thehindu.com/news-national/teesta-hangs-fire-as-bangladesh-pm-sheikh-hasina-arrives/article17855609.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

67 Institute for Policy Analysis of Conflict (IPAC), *How Southeast Asian and Bangladeshi Extremism Intersect*, Mai 2017 (IPAC Report, 37), S. 3f.

68 South Asia Terrorist Portal, »Harkat-ul-Jihad-al Islami Bangladesh (HuJI-B)«, <www.satp.org/satporgtp/countries/bangladesh/terroristoutfits/Huj.htm> (eingesehen am 22.2.2018).

69 Shahab Enam Khan, »Bangladesh: The Changing Dynamics of Violent Extremism and the Response of the State«, in: *Small Wars & Insurgencies*, 28 (2017) 1, S. 201.

Internationales Aufsehen erregte eine Anschlagswelle der JMB im August 2005. Innerhalb von einer Stunde ließ die Organisation rund 500 Sprengsätze in 63 der 64 Distrikte des Landes detonieren.⁷⁰ Die Regierung ging danach erstmals verstärkt gegen islamistische Gruppen in Bangladesch vor. 2005 wurden sowohl HuJI-B als auch die JMB verboten, einige ihrer Führer verhaftet und hingerichtet. Diese erste Generation militanter islamistischer Gruppen war damit bis 2009 weitgehend ausgeschaltet.⁷¹

Das Auftreten des IS in Bangladesch

2013 wurden in Bangladesch führende Mitglieder der JI für Verbrechen, die sie während des Befreiungskrieges von 1971 begangen hatten, vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet.⁷² Die Prozesse sorgten für heftige innenpolitische Kontroversen. In der Folge kam es zu einer neuen Welle islamistischer Gewalt im Land. Nachdem Abdul Quader Mollah, der Führer der Jamaat-i-Islami, im Dezember 2013 exekutiert worden war, formierten sich verbotene islamistische Gruppen wie HuJI-B und die JMB von neuem. Zugleich etablierten sich weitere Gruppen im militanten Spektrum des Landes. Das 2013 gegründete Ansarullah Bangla Team (ABT) gilt als regionaler Ableger von al-Qaida in Bangladesch. Während noch 2014 nur eine einzige islamistisch motivierte Gewalttat im Land gezählt wurde, waren es 2015 bereits 25 Vorfälle, 2016 dann 27.⁷³

Al-Qaida hatte im Zuge ihres Zerwürfnisses mit dem IS bereits 2014 einen eigenen Ableger in Süd-asien gegründet, al-Qaida im Indischen Subkontinent (AQIS). Ihm werden in Bangladesch militante Gruppen wie ABT und dessen Nachfolgeorganisation Ansar al-Islam (AAI) zugerechnet.⁷⁴

Im August 2014 erschien auf YouTube ein englischsprachiges Video mit dem Titel »Muslims in Bangladesh Give Bayah to the Caliph Ibrahim (Hafizahulla)«. Dies gilt als erstes Bekenntnis von Bangladeschern zum IS.⁷⁵ Im Januar 2015 wurden erstmals Unterstützer des IS in Bangladesch verhaftet; ihre Ausbildung hatten sie in Pakistan erhalten.⁷⁶ Offiziell trat der IS allerdings nicht vor Herbst 2015 in Erscheinung. Damals veröffentlichte die IS-Publikation Dabiq ein Interview mit Tamim Chowdhury (Kriegsname Abu Ibrahim al-Hanif), dem Führer der Organisation in Bangladesch. Der Titel lautete »The Revival of Jihad in Bengal«. Dem IS gelang es, enge Verbindungen zur lokalen JMB aufzubauen. Damit erhielt er Zugriff auf deren Ressourcen, etwa hinsichtlich Rekrutierung und Ausbildung.⁷⁸

IS und al-Qaida sind Konkurrenten – doch lokale Ableger arbeiten mitunter zusammen.

Seit 2013 haben diese militant-islamistischen Gruppen in Bangladesch eine Reihe von Anschlägen und Attentaten auf Ausländer, liberale Aktivisten sowie religiöse und sexuelle Minderheiten verübt. Mehr als 50 Menschen starben. Al-Qaida und IS zielten dabei auf unterschiedliche Gruppen. Die Attacken von al-Qaida richteten sich vor allem gegen säkulare Aktivisten, während der IS offenbar für die Ermordung von Ausländern verantwortlich war. Zwar konkurrieren die beiden Organisationen miteinander, doch hat sich in Bangladesch gezeigt, dass ihre lokalen Ableger auf operativer Ebene auch zu Kooperation und Koordination fähig sind.⁷⁹

Zudem gelang es dem IS, Anhänger in der bangladeschischen Diaspora zu gewinnen. Im Mai 2016 wurden in Singapur acht Gastarbeiter aus Bangladesch

⁷⁰ South Asia Terrorist Portal, *Jama'atul Mujahideen Bangladesh (JMB)*, <www.satp.org/satporgtp/countries/bangladesh/terroristoutfits/JMB.htm> (eingesehen am 22.2.2018).

⁷¹ Khan, »Bangladesh« [wie Fn. 69], S. 195.

⁷² »Bangladesh Executes Top Jamaat Leader Motiur Rahman over 1971 War Crimes«, in: *Dawn*, 10.5.2016, <<http://www.dawn.com/news/1257512/bangladesh-executes-top-jamaat-leader-motiur-rahman-over-1971-war-crimes>> (eingesehen am 22.2.2018).

⁷³ IPAC, *How Southeast Asian and Bangladeshi Extremism Intersect* [wie Fn. 67], S. 6.

⁷⁴ Iftekharul Bashar, »Bangladesh Needs to Get Serious about Counterterrorism«, in: *East Asia Forum*, 3.3.2016, <<http://www.eastasiaforum.org/2016/03/03/bangladesh-needs-to-get-serious-about-counterterrorism/>> (eingesehen am 22.2.2018).

> (eingesehen am 22.2.2018).

⁷⁵ Iftekharul Bashar, »Daesh Threat in Bangladesh: An Overview«, in: Gorawantschy u.a. (Hg.), *Countering Daesh Extremism* [wie Fn. 2], S. 74.

⁷⁶ »Suspected IS Members Arrested in Bangladesh Claim They Were Trained in Pakistan«, in: *The Express Tribune*, 19.1.2015, <<http://tribune.com.pk/story/824117/bangladesh-police-arrest-four-suspected-islamic-state-members/>> (eingesehen am 22.2.2018).

⁷⁷ Khan, »Bangladesh« [wie Fn. 69], S. 204.

⁷⁸ Bashar, »Daesh Threat in Bangladesh« [wie Fn. 75], S. 77.

⁷⁹ Khan, »Bangladesh« [wie Fn. 69], S. 6.

verhaftet, weil sie den IS unterstützt hatten. Da sie nicht nach Syrien ausreisen konnten, um dort für den IS zu kämpfen, wollten sie nach Bangladesch zurückkehren und mit Anschlägen die Regierung stürzen.⁸⁰

Der international am stärksten beachtete Anschlag ereignete sich am 1. Juli 2016 im Diplomatenviertel von Dhaka. Er galt einem Café, in dem überwiegend Ausländer verkehrten. Unter den 29 Toten befanden sich 18 Personen aus Italien, Japan, den USA und Indien. Zwei Aspekte im Zusammenhang mit dem Attentat waren bemerkenswert. Erstens offenbarten die nachfolgenden Untersuchungen, dass die Angreifer mehrheitlich aus Bangladeschs Mittel- und Oberschicht stammten und zum Teil sogar aus Familien von Mitgliedern der Regierungspartei kamen. Viele hatten Privatschulen besucht oder an ausländischen Universitäten studiert.⁸¹ Der IS rekrutierte seine Mitglieder nicht mehr nur an radikalen Koranschulen, sondern mittels sozialer Medien auch aus der wachsenden städtischen Mittelschicht des Landes. In den ländlichen Gebieten werben IS und JMB zudem um arbeitslose Jugendliche, von denen viele vermutlich ebenfalls einen höheren Schulabschluss haben.⁸² Dies ist eine bedeutende Neuerung, denn militante islamistische Gruppen hatten ihre Anhänger zuvor meist aus den ländlichen Regionen und aus Koranschulen rekrutiert.⁸³

Bemerkenswert war zweitens auch der Streit um die Urheberschaft des Anschlags. Der IS übernahm offiziell die Verantwortung. Bangladeschs Innenminister wies dies jedoch zurück und leugnete sogar die Präsenz des IS im Land. Dabei hatte die Organisation zwischen September 2015 und Juni 2016 bereits

die Verantwortung für 21 Anschläge in Bangladesch übernommen, ohne dass die Regierung widersprochen hätte.⁸⁴ Nach dem Angriff im Diplomatenviertel erklärten die Sicherheitsbehörden, dass Mitglieder der »Neo-JMB« und des ABT den Anschlag im Namen des IS durchgeführt hätten.⁸⁵ Dabei wird JMB dem IS-Lager zugerechnet, ABT hingegen eher al-Qaida – was einmal mehr zeigt, dass beide Organisationen bei Anschlägen zusammenarbeiten können.

Reaktionen in Politik und Gesellschaft

Die Regierung Bangladeschs kämpft seit vielen Jahren mit unterschiedlichen Mitteln gegen die wachsende Militanz im Land. Radikale Gruppen wurden verboten, und immer wieder gibt es Verhaftungen sowie teils großangelegte Razzien. So zogen die Anschläge auf Ausländer und Minderheiten im Juni 2016 eine landesweite Verhaftungswelle nach sich; dabei wurden insgesamt 5325 Personen festgenommen, von denen 85 einen radikal-islamistischen Hintergrund gehabt haben sollen.⁸⁶

Die Regierung hat aber noch weitere Maßnahmen gegen Militanz und Radikalisierung ergriffen. 2009 entstand ein »National Committee on Militancy Resistance and Prevention«, das eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen staatlichen Stellen ermöglichen soll.⁸⁷ Die Anti-Terror-Gesetze wurden verschärft und Regeln zur Eindämmung der Terrorismusfinanzierung erlassen. Zudem erarbeitete die Regierung Vorgaben für Predigten in den Moscheen. 2015 richtete sie einen »Community Support Mechanism« (CSM) ein; finanziert wird er unter anderem aus Mitteln des »Global Fund for Community Engagement

80 »8 Bangladeshis Held in Singapore for IS Related Terror Plots«, in: *The Hindu*, 3.5.2016, <www.thehindu.com/news/international/8-bangladeshis-held-in-singapore-for-isrelated-terror-plots/article8551764.ece> (eingesehen am 22.2.2018); Joyeeta Bhattacharjee, »Bangladesh: Diaspora and Threat of Radicalism«, <<http://www.orfonline.org/research/south-asia-weekly-volume-ix-issue-19/>> (eingesehen am 22.2.2018).

81 »Bangladesh Politician »Stunned« by Son's Role in Attack«, in: *The Express Tribune*, 5.7.2016, <<http://tribune.com.pk/story/1136710/bangladesh-politician-stunned-sons-role-attack/>> (eingesehen am 22.2.2018); IPAC, *How Southeast Asian and Bangladeshi Extremism Intersect* [wie Fn. 67], S. 7f.

82 »Unemployed Youths Being Roped In by ISIS, JMB in West Bengal Border Districts« [wie Fn. 63].

83 Iftekharul Bashar, »Countering Violent Extremism in Bangladesh«, in: *Counter Terrorist Trends and Analyses*, 9 (2017) 6, S. 18.

84 »Islamic State Claims Third Attack in Week on Bangladesh Minorities«, in: *The Hindu*, 11.6.2016, <<http://www.thehindu.com/news/international/islamic-state-claims-third-attack-in-week-on-bangladesh-minorities/article8717837.ece>> (eingesehen am 22.2.2018).

85 »Haroon Habib, 2 Banned Groups Behind Dhaka Attacks«, in: *The Hindu*, 5.6.2016, <www.thehindu.com/news/international/2-banned-groups-behind-dhaka-attacks/article8808480.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

86 »Bangladesh Arrests over 5,000 in Crackdown on Extremists«, in: *The Hindu*, 12.6.2016, <www.thehindu.com/news/international/bangladesh-arrests-over-5000-in-crackdown-on-extremists/article8721003.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

87 Bashar, »Countering Violent Extremism in Bangladesh« [wie Fn. 83], S. 18.

and Resilience« (GCERF), einer privat-öffentlichen Einrichtung gegen Extremismus. Mit dem CSM unterstützt die Regierung lokale Imame und religiöse Gelehrte in deren Kampf gegen radikale Ideen.⁸⁸ Anfang 2017 ließ sie wegen extremistischer Aktivitäten 21 Bildungseinrichtungen überwachen, 18 davon in der Hauptstadt Dhaka.⁸⁹ Eine besondere Herausforderung ist die Kontrolle des Internets bzw. der sozialen Medien. Mit 22 Millionen Usern ist Dhaka im weltweiten Vergleich die zweitgrößte Region von Facebook-Nutzern.⁹⁰

Religiöse Führer in Bangladesch haben sich wiederholt gegen islamistischen Terrorismus ausgesprochen. Im Juni 2016 verständigten sich verschiedene muslimische Organisationen auf eine gemeinsame Fatwa gegen Selbstmordattentate und alle Formen von Gewalt, die im Namen der Religion verübt wird. Das Dokument wurde von mehr als 100 000 Muftis, Alims und Ulemas unterzeichnet.⁹¹

Auswirkungen auf die nationale und regionale Stabilität

Das Aufkommen des IS hat in Bangladesch zwar für zusätzliche Anschläge gesorgt und so eine Verschlechterung der Sicherheitslage bewirkt. Die nationale Stabilität dürfte dadurch aber nicht gefährdet sein. Zugleich besteht die neue Herausforderung, dass der IS seine Anhängerschaft über soziale Medien verstärkt unter den gebildeten Schichten des Landes rekrutieren kann, ebenso in der Diaspora. Zudem haben lokale Gruppen wie Neo-JMB und ABT/AAI durch Zusammenarbeit mit den transnationalen Organisationen IS und al-Qaida an Schlagkraft gewonnen.

Die grenzüberschreitende Kooperation militanter Akteure ist für Bangladesch und seine Nachbarn kein neuartiges Phänomen. Viele militante Gruppen aus dem Nordosten Indiens hatten und haben Lager und Rückzugsgebiete in Bangladesch. Zusammenschlüsse wie HuJI-B pflegten bereits in den 1980er Jahren Kontakte zu militanten Gruppen unter den Rohingya in

Myanmar. Die Regierung in Dhaka hat ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Indien in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet. Eine Kooperation mit der Regierung Myanmars in Hinblick auf die Rohingya gestaltet sich allerdings deutlich schwieriger.

Der Umgang mit militanten Islamisten stellt in Bangladesch eine besondere innenpolitische Herausforderung dar. Denn die Frage nach der Rolle des Islam in Staat und Gesellschaft ist eng verknüpft mit der parteipolitischen Polarisierung zwischen der AL auf der einen und BNP sowie JI auf der anderen Seite. Damit verbinden sich zentrale Symbole wie der Freiheitskampf von 1971, die Frage nach damaligen Kriegsverbrechen und die Diskussion über Bangladeschs nationale Identität. Die erste Verfassung sah das mehrheitlich muslimische Land noch als säkular. Erst unter den Militärregimen nach 1975 erhielt der Islam eine stärkere Rolle in Staat und Gesellschaft.

Die Gratwanderung zwischen einer gesellschaftlich akzeptierten Islamisierung und der Abgrenzung gegenüber extremistischen, militanten Islam-Interpretationen bleibt für Bangladesch die zentrale innenpolitische Herausforderung. Unterdessen hat Saudi-Arabien angekündigt, das Land beim Bau von mehr als 500 neuen Moscheen zu unterstützen – mindestens eine in jeder Stadt. Abzuwarten bleibt, ob dies ein Beitrag zur Lösung oder zur weiteren Verschärfung von Bangladeschs Problemen sein wird.⁹²

Resümee

Es mag dem IS zwar gelungen sein, in Südasien Fuß zu fassen, doch ist er im Kontext der jeweiligen nationalen Konfliktspektren meist ein eher schwacher Akteur. Seine Ideologie wirkt unter militanten islamistischen Gruppen der Region nur wenig attraktiv. Die überwiegende Mehrzahl der wenigen IS-Anhänger besteht aus Überläufern anderer militanter Gruppen, vor allem der pakistanischen TTP. Des Weiteren konnte der IS unter gut gebildeten, aber unzufriedenen Mittelschichten neue Anhänger rekrutieren. Dabei sind die Zahlen, gemessen anhand der Verhaftungen, aber deutlich kleiner als in Westeuropa. Es

⁸⁸ Khan, »Bangladesh« [wie Fn. 69], S. 210f.

⁸⁹ Bashar, »Countering Violent Extremism in Bangladesh« [wie Fn. 83], S. 18.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ »Terrorism Is ›haram‹: 1 Lakh Bangladeshi Clerics Say in Fatwa«, in: *The Hindu*, 19.6.2016, <www.thehindu.com/news/international/terrorism-is-haram-1-lakh-bangladeshi-clerics-say-in-fatwa/article8748609.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

⁹² »Bangladesh to Have Saudi-Financed Mosques«, in: *The Hindu*, 26.4.2017, <www.thehindu.com/news/international/bangladesh-to-have-saudi-financed-mosques/article18226310.ece> (eingesehen am 22.2.2018).

ist deshalb auch nicht davon auszugehen, dass sich Südasien dauerhaft zu einer neuen Basis des IS nach dessen Niedergang im Nahen Osten entwickeln wird.

Für die geringe ideologische Attraktivität des IS in Südasien gibt es verschiedene Gründe. Erstens wird der Islam in der Region noch immer von synkretistischen Traditionen geprägt, also Verknüpfungen mit anderen Religionen. Ein Beispiel ist die große Bedeutung von Sufis, die auch immer wieder ins Visier militanter Islamisten geraten. Zweitens fehlt dem IS im Kontext konkurrierender Gruppen eine eigenständige Programmatik, etwa bei Themen wie Kaschmir. Seine globale Agenda findet vergleichsweise wenig Anhänger in der Region. Internationale Themen extremistischer Gruppen wie der Kampf gegen die USA, den Westen oder Israel erzeugten schon früher kaum ideologischen Widerhall unter Muslimen in Südasien. Drittens gibt es eine gewaltsame Rivalität mit anderen islamistischen Akteuren. Schließlich erfährt der IS in der Region, anders als militante Gruppen wie die LeT in Pakistan oder HuJI-B in Bangladesch, keine Unterstützung durch staatliche Stellen oder Parteien; er muss sich vielmehr oft lokale Partner für seine Aktivitäten suchen.

Diese Aspekte sollten die betroffenen Regierungen aber nicht dazu verleiten, die Bedrohung durch den IS leichtfertig abzutun. Militante Gruppen wie TTP oder LeJ waren anfangs ebenfalls keine große Gefahr, haben sich dann aber etwa in Pakistan als selbstgezüchtetes »Frankenstein-Monster« erwiesen. Ein qualitativ neues Moment sind Rekrutierungsmechanismen, die über soziale Medien laufen und bislang unbekanntere Formen der (Selbst-)Radikalisierung ermöglichen. Dies erfordert eine Diskussion über das Verhältnis zwischen moderaten und extremistischen Positionen. Eine solche Debatte steht aber in allen drei Staaten erst am Anfang.

Afghanistan und Pakistan



Nicole Birtsch

Der »Islamische Staat« in Afghanistan

Seit 2014 sind Gruppen, die sich dem »Islamischen Staat« zuordnen, in Afghanistan aktiv. Im Januar 2015 rief der IS die Provinz Khorasan als regionalen Ableger für Afghanistan und Pakistan aus. Mittlerweile unterscheiden die afghanische Regierung, die Unterstümmision der Vereinten Nationen UNAMA und die Nato zwischen einer Präsenz des ISKP (Islamischer Staat Khorasan-Provinz)¹ im Osten und selbstproklamierten IS-affilierten Gruppen im Norden des Landes. Die Angaben zur Zahl der IS-Anhänger in Afghanistan variieren; aktuelle Schätzungen gehen von etwa 1500 aus.²

Der territoriale Einfluss des ISKP beschränkte sich Ende 2017 im Wesentlichen auf Gebiete in den Provinzen Nangarhar und Jowzjan. Weder hat der ISKP es geschafft, sich in der Fläche auszubreiten oder eine kohärente Führung zu etablieren, noch vermochte er Unterstützung der Bevölkerung zu erzeugen. Seine Ideologie ist nicht lokal verwurzelt und konkurriert mit jener anderer jihadistischer Gruppen wie der Taliban. Von Letzteren wurde und wird der ISKP in vielen Provinzen bekämpft. Nichtsdestotrotz kann er sich lokale Streitigkeiten und Missstände sowie Friktionen unter den Taliban zunutze machen, um militante Gruppen für sich zu vereinnahmen und Unterstützer zu rekrutieren. Zur Finanzierung und Mobilisierung kann der ISKP auf salafistische Netzwerke in Afghanistan und Pakistan zurückgreifen. Er verfügt über Kontaktnetze und Verbindungen, die es ihm ermöglichen, gerade in der Hauptstadt Kabul medienwirksame Aktionen durchzuführen. Bekannt hat er sich unter anderem zu mehreren Angriffen auf

schiitische Moscheen in Kabul und Herat, zu einem Überfall auf das Kabuler Militärkrankenhaus im März 2017 und zu dem Anschlag auf ein schiitisches Kulturzentrum in der Stadt, der im Dezember 2017 mehr als 40 Menschenleben forderte.³

Der Zusammenbruch des IS-Kalifats in Syrien und dem Irak wird sich vermutlich auch auf die Stärke und den weiteren Bestand der regionalen Organisation ISKP in Afghanistan auswirken. Ob sich nun wie befürchtet zentralasiatische und arabische IS-Kämpfer vermehrt nach Afghanistan und Pakistan zurückziehen, bleibt abzuwarten. Was aber voraussichtlich vom IS in der Region bleiben wird, sind gestärkte salafistische Netzwerke in Afghanistan und Pakistan, die Ideologie eines Jihadi-Salafismus und die Vertiefung der konfessionellen Kluft zwischen Sunniten und Schiiten.

Aufkommen des IS in Afghanistan

Im Juni 2014 hatte Abu Bakr al-Baghdadi sein Kalifat ausgerufen und die von ihm geführte Gruppierung von ISIL (Islamischer Staat im Irak und in der Levante) in IS umbenannt. Anschließend veröffentlichte die Organisation eine Karte, auf der dargestellt war, in welche Regionen man in den kommenden fünf Jahren expandieren wollte. Sie zeigte Afghanistan und Pakistan als Teil der sogenannten Provinz (wilayah) Khorasan, die zugleich auch Teile des Iran, Zentralasiens und Chinas umfasste. Im selben Jahr kommunizierte der IS mit militanten Gruppen Südasiens. Er wollte herausfinden, welche Unterstützung er von dort erwarten konnte, um seinen Einfluss auf die Region auszubreiten. Offenbar war der IS fähig und bereit, Gelder für den Aufbau eines Netzwerks in

1 Während sich die Abkürzung ISKP auf die regionale Organisation Islamic State Khorasan Province bezieht, wird die Abkürzung IS verwendet, wenn generell vom Islamischen Staat die Rede ist. Regierung und Medien Afghanistans bezeichnen den IS mit dem arabischen Akronym Daesh.

2 Michael M. Phillips, »A Fight in Afghanistan That America Is Winning – In Achin, the U.S. and Its Afghan Allies Have Driven Away Islamic State«, in: *The Wall Street Journal*, 11.12.2017.

3 »41 Killed In Deadly Kabul Suicide Bombing«, *Tolo News*, 28.12.2017, <www.tolonews.com/afghanistan/explosion-reported-kabul-city-0> (eingesehen am 9.2.2018).

Südasiens zur Verfügung zu stellen.⁴ Er startete eine Informationskampagne und verbreitete unter anderem Materialien in paschtunischen Gebieten Afghanistans und Pakistans. Strategisch waren die beiden Länder für den IS interessant, weil er dort auf militante Netzwerke, sichere Rückzugsgebiete im gemeinsamen Grenzgebiet und eine lange Tradition der Unterstützung jihadistischer Gruppen zurückgreifen konnte.

Unzufriedene Talibankommandeure ließen sich für den IS mobilisieren.

Im Januar 2015 rief der »Islamische Staat« in Afghanistan das Wilayat Khorasan aus. Zum Emir ernannt wurde Hafiz Saeed Khan Orakzai, ein ehemaliger Kommandeur der pakistanischen Taliban. Abdul Rauf Khadim, ein Überläufer der afghanischen Taliban, der als Häftling im US-Gefangenenlager Guantánamo Salafist geworden war, wurde zweiter Emir. Der ISKP konnte auf Saeeds und Khadims Netzwerke zurückgreifen, um Kämpfer in Ost- und Südafghanistan zu rekrutieren. Innerhalb weniger Wochen tauchte die Gruppe in mehreren Provinzen auf, darunter Helmand, Kabul, Farah, Logar und Nangarhar. Dem ISKP gelang es, unzufriedene Talibankommandeure zu mobilisieren, die sich eine bessere Position und mehr Ressourcen erhofften, ebenso Mitglieder anderer militanter Gruppen wie der in Afghanistan und Pakistan aktiven Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU). Letztere hatte bereits im Oktober 2014 ihre Unterstützung für den IS erklärt.⁵ Im Sommer 2015 schwor sie al-Baghdadi den Treueeid, nachdem der Tod von Talibanführer Mullah Omar bekannt geworden war.⁶

Der schnelle Erfolg des IS in Syrien und Irak, verbunden mit der Gründung eines Kalifats, zog auch Extremisten aus Afghanistan und seinem regionalen Umfeld an, die sich einer in ihren Augen erfolgreichen, überregional agierenden Jihadisten-Gruppe anschließen wollten. Außerdem profitierte der ISKP von einer schwachen lokalen Regierungsführung, so etwa in Nangarhar. Im Frühling und Sommer 2015 expandierte er vor allem in dieser Provinz, dann weitete er seinen Einfluss auf die nördlichen, ebenfalls an Pakistan grenzenden Provinzen Kunar und Nuristan aus. Die afghanische Regierung und ihre Sicherheitskräfte waren in den meisten Distrikten um die Spin-Ghar-Bergkette südlich und östlich Jalalabads, der Provinzhauptstadt Nangarhars, nicht präsent. Auch die Taliban hatten dieses Gebiet nur teilweise unter Kontrolle, da dort unterschiedliche Gruppen operierten und das Stammesgefüge zerbrochen war.⁷ Begünstigt wurde der Erfolg des ISKP in Nangarhar auch durch die geographische Nähe zu den Stammesgebieten Pakistans, aus denen die obersten pakistanischen Führer des ISKP stammten, sowie durch die Präsenz von Salafismus-Anhängern in der Region.⁸ In den Provinzen Kunar und Nuristan geht das Aufkommen des Salafismus teilweise bis auf die 1960er Jahre zurück. Er beeinflusste dort die Lehrpläne in Moscheen und Koranschulen (Madrassa).⁹ Hinzu kommt, dass einige Madrassa in Afghanistan und Pakistan einen gewaltbereiten Jihadismus propagieren, der Schüler und Absolventen möglicherweise dazu bewegte, sich dem ISKP anzuschließen.

Schätzungen zufolge kontrollierte der ISKP im Frühling 2015 Gebiete mit insgesamt bis zu 500 000 Einwohnern, mit Schwerpunkt in den Provinzen Nan-

⁴ Seth G. Jones u.a., *Rolling Back the Islamic State*, Santa Monica: Rand Corporation, 2017, S. 158. Die Autoren nennen ein mögliches Volumen von mehreren Hunderttausend Dollar. <https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR1900/RR1912/RAND_RR1912.pdf> (eingesehen am 9.2.2018).

⁵ Damon Mehl, »The Islamic Movement of Uzbekistan Opens a Door to the Islamic State«, in: *Combating Terrorism Center at West Point*, 8 (2015) 6, <<https://ctc.usma.edu/posts/the-islamic-movement-of-uzbekistan-opens-a-door-to-the-islamic-state>> (eingesehen am 9.2.2018).

⁶ Edward Lemon, »IMU Pledges Allegiance to Islamic State«, *EurasiaNet.org*, 1.8.2015, <www.eurasianet.org/node/74471> (eingesehen am 9.2.2018).

⁷ Borhan Osman, »Descent into Chaos: Why Did Nangarhar Turn into an IS Hub?«, *Afghanistan Analysts Network*, 27.11.2016, <<https://www.afghanistan-analysts.org/descent-into-chaos-why-did-nangarhar-turn-into-an-is-hub/>> (eingesehen am 9.2.2018).

⁸ »IS in Afghanistan: How Successful Has the Group Been?«, *BBC*, 25.2.2017, <www.bbc.com/news/world-asia-39031000> (eingesehen am 9.2.2018).

⁹ Katja Mielke/Nick Miszak, *Making Sense of Daesh in Afghanistan: A Social Movement Perspective*, Bonn: Bonn International Center for Conversion (BICC), 14.7.2017 (BICC Working Paper, 6/2017), S. 7, <https://www.bicc.de/uploads/tx_bicc_tools/BICC_Working_Paper_6_2017.pdf> (eingesehen am 9.2.2018).

garhar und Farah.¹⁰ Am stärksten war die Gruppe zwischen August und Dezember 2015, als sie geschätzt bis zu 4000 Kämpfer umfasste.¹¹ Dabei handelte es sich hauptsächlich um Pakistani, Afghanen und Zentralasiaten, wie von afghanischen Sicherheitsbeamten sowie Einwohnern aus Gebieten unter ISKP-Einfluss berichtet wurde.

An der Spitze des ISKP stehen vor allem ehemalige Kommandeure der pakistanischen Talibangruppierung Tehrik-e-Taliban Pakistan (TTP). Nach Schätzungen der US-Streitkräfte und afghanischer Sicherheitsbeamter sollen auch 70 bis 80 Prozent der Kämpfer aus dieser militanten Gruppe stammen. Einige von ihnen kamen wohl schon 2014 nach Afghanistan, nachdem die pakistanische Regierung eine Militäroffensive in den Stammesgebieten Nord-Wasiristans unternommen hatte. Die mittlere Führungsebene des ISKP besteht im Wesentlichen aus ehemaligen afghanischen Taliban; an der Basis kämpfen auch ausländische Jihadisten, die meist aus Zentralasien stammen.¹² Es gibt eine lose Verbindung zur Mutterorganisation in Syrien und dem Irak; im Vordergrund stehen dabei aber eher Fragen von Finanzierung und professioneller Medienarbeit als operative Vorgaben. Name, Symbole und mediale Formate des IS werden als Branding genutzt. Talibangruppen, die zum ISKP überwechselten, tauschten etwa ihre weiße Fahne gegen die schwarze des IS.¹³

In Nangarhar wurde der ISKP von lokalen Salafisten-Netzwerken unterstützt. Anfänglich trat er nicht gewalttätig auf; durch den Kauf von Lebensmitteln regte er eher die lokale Wirtschaft an, statt wie die Taliban Steuern von der Bevölkerung einzutreiben. Ab Mitte 2015 aber setzte der ISKP zunehmend auf Gewalt. Er ließ Stammesälteste und Mullahs ermorden, Schreine (Orte der Heiligenverehrung) zerstören und den Opiumanbau verbieten. Dies führte zu direk-

ten Auseinandersetzungen des ISKP mit den Taliban wie auch den Stammesgemeinschaften.¹⁴ Trotzdem konnte er sich im Grenzgebiet der Provinz festsetzen. In den von ihm dauerhaft kontrollierten Territorien übte er Formen lokaler Regierungstätigkeit aus – wie Rechtsprechung, Besteuerung, Bildung (etwa durch Einführung eines eigenen islamischen Curriculums) oder Einsetzung loyaler salafistischer Mullahs.¹⁵

Propaganda, Rekrutierung und Finanzierung

Die Propaganda des ISKP umfasst verschiedene Themenbereiche. Er ruft zum Jihad auf und beschwört die religiöse Verpflichtung, ein Kalifat zu errichten. Darüber hinaus stellt sich der ISKP als einzige legitime Jihadi-Kraft in der Region dar; er versucht ein neues, den lokalen Gegebenheiten angepasstes Narrativ des Jihads zu schaffen. Dafür werden beispielsweise Hauptwerke des Salafi-Jihadismus in die Sprachen Paschtu und Dari übersetzt.

Die Rekrutierungswege des ISKP umfassen persönliche Kontakte wie auch soziale Medien (Facebook- und Twitter-Accounts), ebenso den Radiosender »Voice of the Caliphate« in Nangarhar. Diese Mittel zielen auf verschiedene Kategorien potentieller Rekruten, von denen viele bereits jihadistischen Gruppen angehören oder radikalen Strömungen nahestehen. Darunter fallen junge Männer, die sich von jihadistischer Abenteuerromantik und dem Narrativ eines Kampfes um das Kalifat angesprochen fühlen. Das gilt etwa für junge Afghanen, deren Väter oder Großväter einst auf Seiten der Mujahedin gegen die kommunistische Regierung und die sowjetischen Truppen im Land kämpften. Geworben wird ebenso um inhaftierte Taliban oder Angehörige lokaler Jihadistengruppen, die im ISKP eine radikalere Alternative sehen. Denn verglichen mit den Taliban wendet er sich stärker gegen die Einflussnahme des pakistanischen Geheimdienstes in Afghanistan, und anders als die Taliban mit ihrem nationalen Ansatz propagiert er einen globalen Jihad bis hin zur Neuordnung der islamischen Welt. Eine weitere Zielgruppe sind Jihadisten aus Zentralasien, denen der ISKP ideologisch ebenfalls eine attraktivere Perspektive bietet als die

¹⁰ Jones u.a., *Rolling Back the Islamic State* [wie Fn. 4], S. 161. Bis Winter 2016/17 soll der Kontrollbereich des IS Khorasan auf ein Gebiet mit etwa 64 000 Einwohnern geschrumpft sein.

¹¹ Casey Garret Johnson, *The Rise and Stall of the Islamic State in Afghanistan*, Washington, D.C.: United States Institute of Peace (USIP), November 2016 (USIP Special Report 395), S. 2, <<https://www.usip.org/sites/default/files/SR395-The-Rise-and-Stall-of-the-Islamic-State-in-Afghanistan.pdf>> (eingesehen am 9.2.2018).

¹² »IS in Afghanistan« [wie Fn. 8].

¹³ Johnson, *The Rise and Stall of the Islamic State in Afghanistan* [wie Fn. 11], S. 9.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Mielke/Miszak, *Making Sense of Daesh in Afghanistan* [wie Fn. 9], S. 20.

Taliban mit ihrem begrenzten Fokus.¹⁶ Dieser Unterschied dürfte insbesondere dann zum Tragen kommen, sollte sich in Afghanistan eine politische Lösung zwischen Regierung und Taliban abzeichnen, an der ausländische Kämpfer nicht teilhaben würden.

Im Jahr 2016 sollen dem ISKP nach Schätzungen rund 270 Millionen Dollar zur Verfügung gestanden haben. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus privaten Spenden, Geldern aus den Golfstaaten, Zahlungen vom IS in Syrien und Irak sowie lokalen Steuereinnahmen. Eine Rolle bei der Mobilisierung von Ressourcen spielen salafistische Gelehrte, Religionsschulen, Moscheen und Wohltätigkeitsorganisationen in Afghanistan und Pakistan.¹⁷ Viele salafistische Schulen und Moscheen wurden nach 2001 mit finanzieller Unterstützung aus den Golfstaaten gegründet.¹⁸ Sie tragen dazu bei, dass sich die Gewichte in der religiösen Landschaft verschieben, auch wenn der gewaltbereite Jihadi-Salafismus nur einen geringen Teil an der Ausbreitung des Salafismus ausmacht.

IS-affilierte Gruppen im Norden Afghanistans

Im Norden Afghanistans operieren Gruppen, die sich selbst dem IS zuordnen, von denen aber nicht verlässlich bekannt ist, inwiefern sie tatsächlich formale Verbindungen zu ISKP oder IS unterhalten. Die afghanische Regierung spricht hier von etwa 600 Kämpfern. Berichten zufolge sollen darunter neben ehemaligen Taliban auch Usbeken, Tadschiken, Tschetschenen und Uiguren sein; einige haben demnach ihre

Familien dabei.¹⁹ Diese Kämpfer werden in Verbindung gebracht mit den militanten Bewegungen East Turkestan Islamic Movement (ETIM) und der bereits erwähnten Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU). Dass der Tod von Mullah Omar so lange verschwiegen wurde, hatte nicht nur einige Talibanmitglieder zur Abwendung von der neuen Führung veranlasst, sondern auch internationale Kämpfer, die sich betrogen fühlten.

Diese internationalen Kämpfer sind zusammen mit lokalen militanten Gruppen aktiv, meist ehemaligen Taliban, deren Unterstützung und lokalen Kenntnisse sie benötigen. Die Ex-Taliban sind häufig für die Durchführung von Operationen verantwortlich, können aber ihrerseits auf Kenntnisse, Ressourcen und grenzüberschreitende Netzwerke der internationalen Kämpfer zurückgreifen.²⁰ Zwischen beiden Seiten kommt es so zu pragmatischen Allianzen.

In der Provinz Jowzjan, die an Turkmenistan grenzt, kontrollieren IS-affilierte Gruppen nach Angaben von Einwohnern die Distrikte Darzab und Qush Tepa (September 2017), beide mit einem hohen usbekischen Bevölkerungsanteil. Zum Aufkommen und Erstarken solcher Gruppen hat das Zusammenspiel verschiedener Faktoren geführt: interne Konflikte bei den Taliban, ein Zustrom zentralasiatischer Kämpfer, die mit ihren Familien vor der Militäroffensive in Pakistan nach Afghanistan geflohen sind, Drohungen und Gewalt gegen Zivilisten und eine schwache Regierung.²¹ Viele Familien haben sich in die Provinzhauptstadt Scheberghan geflüchtet. Sie berichten von Erpressungen, Schulschließungen und Kämpfen zwischen IS-affilierten Gruppen und den Taliban.²²

Die Distrikte Darzab und Qush Tepa in Jowzjan standen unter Kontrolle von Qari Hekmat, dem ehemaligen Taliban-Schattengouverneur Darzabs, bevor er am 5. April 2018 durch einen Luftschlag getötet wurde. Er war 2015 nach internen Konflikten

16 Borhan Osman, »ISKP's Battle for Minds: What Are Its Main Messages and Who Do They Attack?«, *Afghanistan Analyst Network*, Dezember 2016, <<https://www.afghanistan-analysts.org/iskps-battle-for-minds-what-are-their-main-messages-and-who-do-they-attract/>> (eingesehen am 9.2.2018).

17 Avinash Paliwal, »Afghanistan, Wilayat Khorasan and the Dilemma of Fighting the »Bigger Evil««, *The Wire*, 3.2.2017, <<https://thewire.in/113076/rashomon-effect-regional-powers-and-the-wilayat-khorasan-in-a-post-truth-era/>> (eingesehen am 9.2.2018). Der Autor bezieht sich auf Schätzungen von Antonio Giustozzi, der seit vielen Jahren in und über Afghanistan forscht. Der Betrag aus den Golfstaaten ist nicht weiter nach Geben aufgeschlüsselt.

18 Mielke/Miszak, *Making Sense of Daesh in Afghanistan* [wie Fn. 9], S. 6.

19 Hintergrundgespräch der Autorin mit einem Berater des Nationalen Sicherheitsrates in Afghanistan, November 2017.

20 Wie Fn. 19.

21 Abubakar Siddique, »Resilient IS Cell Tightens Hold Over Northern Afghan Province«, *Gandhara*, 16.11.2017, <<https://gandhara.rferl.org/a/afghanistan-islamic-state-jawzjan/28856188.html>> (eingesehen am 9.2.2018).

22 Mustafa Sarwar/Alem Rahmanyar/Mohammad Moqim Nahib, »Civilians Recount IS Atrocities in Northern Enclave«, *Gandhara*, 28.12.2017, <<https://gandhara.rferl.org/a/afghanistan-is-atrocities/28943556.html>> (eingesehen am 9.2.2018).

über seine Dominanz und über Besteuerungsfragen von den Taliban abgesetzt worden. Danach hatte er sich zusammen mit seinen Kämpfern zu einem Teil des IS erklärt. Er benutzte dessen Insignien, etwa Briefkopf und Logo. Über seine Verbindung zum regionalen ISKP und zum zentralen IS-Kalifat ist aber wenig bekannt. Dass er IS-Zeichen verwendete, beweist nicht unbedingt seine Zugehörigkeit zu der Organisation. Ein solches Vorgehen kann auch dazu dienen, der eigenen Macht einen Rahmen zu geben; so gelingt es leichter, den Herrschaftsanspruch der Taliban herauszufordern und die Bevölkerung einzuschüchtern. Seit 2016 vermerkt das VN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) einen Anstieg des Schlafmohn-Anbaus in Afghanistan, darunter auch in der Provinz Jowzjan. Dort vergrößerte sich die entsprechend genutzte Fläche von unter 100 Hektar in den Jahren 2008–2015 auf 409 Hektar im Jahr 2016 und 3237 Hektar 2017. Davon lagen 1495 Hektar (46 Prozent) in Darzab und Qush Tepa.²³ Die Kontrolle über diese beiden Distrikte half Qari Hekmat, Gelder zu generieren und sie unabhängig zu verwalten.

Sein Tod hat erst einmal nicht bewirkt, dass die von ihm durchgesetzte Vorherrschaft geschwächt worden wäre. Bisher vermochten weder Regierung noch Taliban, die Kontrolle über den Distrikt zurückzugewinnen. Mit Maulawi Habib Rahman wurde offenbar unangefochten ein Nachfolger für Qari Hekmat ernannt. Rahman stammt aus der Provinz Balkh und ist damit nicht lokal verwurzelt; 2016 hatte er sich der Gruppe um Qari Hekmat angeschlossen. Seine Führungsqualitäten wird er noch unter Beweis stellen müssen.²⁴

23 United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), *Afghanistan Opium Survey 2017. Cultivation and Production*, Kabul/Wien, November 2017, S. 68, <www.unodc.org/documents/crop-monitoring/Afghanistan/Afghan_opium_survey_2017_cult_prod_web.pdf> (eingesehen am 9.2.2018).

24 Obaid Ali, »Still under the IS's Black Flag: Qari Hekmat's ISKP Island in Jawzjan after his Death by Drone«, *Afghanistan Analysts Network*, 15.5.2018, <<https://www.afghanistan-analysts.org/still-under-the-iss-black-flag-qari-hekmats-iskp-island-in-jawzjan-after-his-death-by-drone/>> (eingesehen am 7.6.2018).

Auswirkungen des IS in Afghanistan

Das Aufkommen des IS in Afghanistan ist verbunden mit einer langfristigen Transformation der religiösen, kulturellen und politischen Landschaft in der Grenzregion zu Pakistan. Seine Anhänger lassen sich aus verschiedenen Motiven mobilisieren, ideologischen ebenso wie opportunistischen. Das Spektrum der IS-Gefolgschaft reicht von militanten Salafisten, die vor Erscheinen des IS unter dem Schirm des Islamischen Emirats der Taliban gekämpft haben, bis zu Taliban-Kommandeuren, die nach dem Tod Mullah Omars im IS neue Chancen für sich sahen. Wo und wie das Phänomen IS jeweils aufgekommen ist, hing vom größeren Kontext und von lokalen Dynamiken ab.²⁵ In einigen Gegenden Afghanistans waren IS-Gruppen nur kurzzeitig präsent, in anderen – wie Nangarhar – konnte sich der ISKP zeitweise konsolidieren. In wieder anderen Gebieten war und ist nicht eindeutig, ob sich dort IS-Gruppen aufhielten oder aufhalten.

Reaktion der Taliban auf den IS

Während al-Qaida die Taliban bei Mittelbeschaffung und Training unterstützt, ihre lokale Vorherrschaft aber nicht in Frage stellt, beansprucht der ISKP religiöse Autorität in Afghanistan; damit steht er in Konkurrenz zu den Taliban. Der IS hat al-Qaida und die Taliban denn auch scharf kritisiert. So warf er ihnen vor, dass sie ihren Anhängern den Glauben an die Einheit Gottes (Tawhid) nur unzulänglich lehrten und die Stammesgesetze bei ihnen gegenüber der Scharia eine zu große Rolle spielten. Ebenso verurteilte der IS die enge Kooperation der Taliban mit dem pakistanischen Geheimdienst, ihren mangelnden Kampf gegen die Schiiten und ihre Bereitschaft, Grenzen anzuerkennen, statt ein länderübergreifendes Kalifat anzustreben.²⁶ Darüber hinaus beschuldigte der IS Mullah Omar, eine verfälschte Version des Islam zu praktizieren. Die religiöse Ideologie der Taliban ist – anders als jene des IS – geprägt von der sunnitischen Hanafi-Schule und dem puristischen Deobandismus, wie er auf dem indischen Subkontinent gelehrt wird. Viele Taliban sind zudem in der paschtunischen Stammesgesellschaft verwurzelt und durch Familientraditionen dem Sufismus verbunden.

25 Mielke/Miszak, *Making Sense of Daesh in Afghanistan* [wie Fn. 9], S. 5.

26 Jones u.a., *Rolling Back the Islamic State* [wie Fn. 4], S. 155.

Im Juni 2015 wandte sich Mullah Mansour, damals Mitglied der Führungsschura der Taliban und späterer Nachfolger Mullah Omars, mit einem offenen Brief an IS-Chef al-Baghdadi. Darin schrieb er, der Kampf in Afghanistan müsse unter einem gemeinsamen Banner und nur einer Führung stattfinden – und zwar jener der Taliban.²⁷ Der ISKP stellt für die Taliban eine Konkurrenz um Ressourcen und Vorherrschaft dar, weil er kaltgestellte oder unzufriedene Taliban-Kommandeure mobilisiert, seinen Kämpfern anscheinend einen höheren Sold zahlt und aktiv Propaganda betreibt. Die Taliban laufen so Gefahr, ihre religiös-ideologische Dominanz und die Monopolstellung auf dem jihadistischen Kampffeld zu verlieren. Sie haben allerdings schnell reagiert und abtrünnige Talibankommandeure, die mit dem IS sympathisierten, erfolgreich bekämpft, unter anderem in den Provinzen Zabul, Ghazni, Farah, Helmand und Logar. So wurde verhindert, dass sich dort IS-Zellen etablieren. Zum Kampf gegen den ISKP haben die Taliban auch Kämpfer der 2015 gegründeten Spezialkräfte-Einheit »Red Units« eingesetzt, die mehrere Hundert, wenn nicht bis zu 1000 Kämpfer umfassen soll. Die Fähigkeiten dieser Einheit sind zwar nicht mit denen westlicher Spezialkräfte zu vergleichen, aber ihre Mitglieder sind besser ausgebildet und ausgerüstet als andere Talibankämpfer.²⁸

Zunahme sektiererischer Gewalt

Der ISKP lehnt den Sufismus ab und betrachtet Schiiten als Ungläubige. Ein von ihm verkündetes Ziel lautet, den Polytheismus auszumerzen, wie er in Afghanistan in Schreinen zur Heiligenverehrung praktiziert wird. Im November 2017 veröffentlichte UNAMA einen Sonderbericht über Angriffe auf Glaubensstätten, religiöse Führer und Gläubige in Afghanistan. Darin werden 51 Vorfälle im Zeitraum von Januar 2016 bis September 2017 dokumentiert. Bei Angriffen auf Moscheen und bei gezielten Tötungen oder Entführungen religiöser Führer und Gelehrter

27 Abubakar Siddique, »Taliban Warns IS Militants Against Opening a New Front in Afghanistan«, *Gandhara*, 16.6.2015, <<https://gandhara.rferl.org/a/afghanistan-taliban-islamic-state/27075631.html>> (eingesehen am 9.2.2018).

28 Frud Bezhan, »Explainer: Taliban ›Special Forces Unit‹ Bursts into Spotlight with Deadly Attacks«, *Radio Free Europe*, 4.12.2017, <<https://www.rferl.org/a/afghanistan-taliban-special-forces-emerge-deadly-attacks/28896629.html>> (eingesehen am 9.2.2018).

wurden 850 Zivilisten getötet oder verletzt. Insgesamt ist die Zahl der Opfer in dieser Phase fast doppelt so hoch wie im gesamten vorangegangenen Berichtszeitraum 2009–2015. Ein großer Teil der Angriffe richtet sich gegen die schiitische Minderheit in Afghanistan.²⁹ Für den Zeitraum Januar bis September 2017 verzeichnet UNAMA 278 zivile Opfer durch Angriffe auf schiitische Moscheen und Einrichtungen.³⁰ Für die meisten Angriffe, vor allem auf Moscheen in Kabul und Herat, hat der ISKP die Verantwortung übernommen. Dagegen distanzieren sich die Taliban explizit von Attacken auf die schiitische Bevölkerung. Die Minderheit fühlt sich angesichts der Bedrohung durch den ISKP nicht ausreichend von der afghanischen Regierung unterstützt und wirft ihr vor, sich nicht für die Sicherheit der Schiiten einzusetzen.

Zu dem Anschlag auf ein schiitisches Kulturzentrum in Kabul am 28. Dezember 2017 bekannten sich sowohl der IS über seine Nachrichtenagentur Amaq als auch der ISKP. Sie begründeten die Tat damit, dass die Einrichtung vom Iran unterstützt werde und dort Kämpfer für die iranische Fatemiyoun-Division rekrutiert würden.³¹ Die Aussage bezieht sich darauf, dass afghanische Flüchtlinge im Iran und junge Schiiten in Afghanistan angeworben werden, um mit den iranischen Revolutionsgarden im syrischen Bürgerkrieg auf Seiten der Assad-Regierung zu kämpfen.³² Die rekrutierten Jugendlichen und jungen

29 United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA), »Protection of Civilians in Armed Conflict: Attacks Against Places of Worship, Religious Leaders and Worshipers«, 7.11.2017, <https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/unama_report_on_attacks_against_places_of_worship_7nov2017_0.pdf> (eingesehen am 9.2.2018).

30 UNAMA, »Quarterly Report on the Protection of Civilians in Armed Conflict: 1 January to 30 September 2017«, 12.10.2017, S. 3, <https://unama.unmissions.org/sites/default/files/unama_protection_of_civilians_in_armed_conflict_quarterly_report_1_january_to_30_september_2017_-_english.pdf> (eingesehen am 9.2.2018).

31 Thomas Joscelyn, »Islamic State's Khorasan ›Province‹ Claims Responsibility for Attack on Cultural Center in Kabul«, in: *Long War Journal*, 28.12.2017, <<https://www.longwarjournal.org/archives/2017/12/islamic-states-khorasan-province-claims-responsibility-for-attack-on-cultural-center-in-kabul.php>> (eingesehen am 9.2.2018).

32 Human Rights Watch, »Iran: Afghan Children Recruited to Fight in Syria. Protection Gaps Increase Children's Vulnerability«, 1.10.2017, <<https://www.hrw.org/news/2017/10/01/iran-afghan-children-recruited-fight-syria>> (eingesehen am 9.2.2018).

Männer erhalten finanziellen Lohn für ihren Einsatz. Für den Fall, dass sie getötet oder verletzt werden oder in Gefangenschaft geraten, wird ihren Familien als Ausgleich die iranische Staatsbürgerschaft in Aussicht gestellt. In der Regel werden die jungen Afghanen nach kurzer Ausbildung jeweils für drei Monate an der Front eingesetzt. Es gibt dazu kaum belastbare Zahlen, aber Berichten zufolge überleben viele von ihnen spätestens den zweiten Einsatz-Turnus nicht.³³

Auswirkungen auf die nationale und regionale Stabilität

Die Präsenz des IS wird von afghanischen und internationalen Politikern wie Sicherheitsexperten unterschiedlich eingeschätzt. Manche beurteilen das Phänomen als eher unbedeutend, andere sehen darin eine regionale Sicherheitsbedrohung. Die aktuellen Zahlen über den ISKP und selbsterklärte IS-affilierte Kämpfer in Afghanistan variieren und werden von unterschiedlichen Akteuren je nach Interessenlage instrumentalisiert. Während die afghanische Regierung die Präsenz und Relevanz des IS auf gesamtstaatlicher Ebene eher heruntergespielt hat, betonten lokale Autoritäten immer wieder die vom IS ausgehende Gefahr, auch um politische Aufmerksamkeit für die Situation vor Ort und damit Zuweisungen von Sicherheitsressourcen zu erreichen. Der Oberkommandierende der US- und Nato-Streitkräfte in Afghanistan, General John W. Nicholson, ging Ende November 2017 von etwa 1500 IS-Kämpfern im Land aus.

Laut UNAMA sind die Zahlen ziviler Opfer des Konflikts weiterhin auf hohem Niveau. Demnach gab es 3438 Tote und 7015 Verletzte im Zeitraum von Januar bis Dezember 2017. Für 65 Prozent der Opfer sind Anti-Regierungs-Gruppen verantwortlich. Davon macht UNAMA die Taliban für 1574 Tote und den ISKP für 399 Tote verantwortlich. Die verbleibenden 330 getöteten Opfer werden nichtidentifizierten Regierungsgegnern einschließlich selbstproklamierten IS-Gruppen zugeordnet.³⁴

33 Hintergrundgespräch der Autorin mit einem politischen Analysten in Kabul, November 2017.

34 UNAMA, »Afghanistan. Protection of Civilians in Armed Conflict. Annual Report«, S. 4f, <https://unama.unmissions.org/sites/default/files/afghanistan_protection_of_civilians_annual_report_2017_final_6_march.pdf> (eingesehen am 11.6.2018).

Unverändert hoch scheint die Fähigkeit des ISKP, Anschläge in Kabul zu verüben, auch wenn er womöglich nicht in jedem Fall zu Recht die Verantwortung für entsprechende Taten übernimmt. Die von ihm reklamierten Angriffe zielen im Wesentlichen auf weiche Ziele wie Moscheen oder Fernsehsender. 2017 hat der ISKP möglicherweise mehr Zivilisten in der Hauptstadt getötet als die Taliban. Mit deren militärischer Kampfkraft und Schlagfähigkeit kann er sich insgesamt jedoch keineswegs messen.

Seit dem Aufkommen des IS in Afghanistan sind die USA entschieden gegen dessen Führung im Land vorgegangen. Nur wenige Wochen nach Proklamation des Wilayat Khorasan wurde der zweite Emir, Khadim, im Februar 2015 durch einen US-Luftangriff getötet. Der erste Emir, Hafiz Saeed, starb im Sommer 2016 bei einem Drohnenangriff. Sein Nachfolger, Sheikh Abdul Hasib, kam im Mai 2017 ums Leben – dessen Nachfolger wiederum, Abu Saeed, im Juli des Jahres.³⁵ Seit 2015 gerät die Bevölkerung im Osten Afghanistans, dem Kerngebiet des ISKP, zwischen die Fronten eines verlustreichen Dreifachkampfes. Taliban und ISKP bekriegen einander um Territorium und Vorherrschaft; beide wiederum sind Ziel von Anti-Terror-Aktionen, die gemeinsam von afghanischen Sicherheitskräften und US-Militär durchgeführt werden. Und überdies kämpfen lokale regierungsnahe Milizen gegen den ISKP.

2017 haben amerikanische Luftangriffe gegen IS-Ziele in Afghanistan deutlich zugenommen.

Auf Anforderung von Verteidigungsminister Ashton Carter hat die Obama-Administration im Januar 2016 die Einsatzbefugnisse der amerikanischen Streitkräfte so erweitert, dass sie auch IS-Ziele bekämpfen können. Am 13. April 2017 – bereits unter Präsident Donald Trump – haben die USA öffentlichkeitswirksam eine GBU-43-Bombe (»Mother of all Bombs«) auf ein vom ISKP in Nangarhar genutztes Tunnelsystem abgeworfen. Nach Berichten der afghanischen Regierung sollen dabei über 80

35 Borhan Osman, »Another ISKP Leader ›Dead‹: Where Is the Group Headed After Losing So Many Emirs?, *Afghan Analysts Network*, 23.7.2017, S. 1, <<https://www.afghanistan-analysts.org/another-iskp-leader-dead-where-is-the-group-headed-after-losing-so-many-amirs/>> (eingesehen am 9.2.2018).

ISKP-Mitglieder getötet worden sein. Als Präsident Trump am 21. August 2017 in einer Rede die neue Strategie Washingtons für Afghanistan und Südasien vorstellte, rückte er den Kampf gegen Terrorismus in den Vordergrund und verkündete als Ziel, den IS zu vernichten. Im selben Jahr nahmen die amerikanischen Luftangriffe signifikant zu. Laut General Nicholson wurden seit März 2017 rund 1400 Bodenoperationen und Luftschläge in Afghanistan durchgeführt; dabei sollen Stellungen und Einrichtungen zerstört und über 1600 Mitglieder des ISKP ausgeschaltet worden sein. Nicholson kündigte in einer Pressekonferenz am 28. November 2017 an, man werde künftig auch IS-affilierte Kämpfer in den nordafghanischen, an Turkmenistan grenzenden Provinzen Faryab und Jowzjan bekämpfen.³⁶

Das Aufkommen des IS in Afghanistan und Pakistan hat die Region insgesamt alarmiert. Daher forderten neben den beiden Ländern selbst auch Iran, Indien, Russland und China eine regionsübergreifende Zusammenarbeit im Kampf gegen die Organisation. Über die konkrete Umsetzung, etwa den Informationsaustausch der Geheimdienste und Kooperationen zur Sicherung der Grenzen, ist allerdings wenig bekannt. Russland und China fürchten, dass der IS nach Zentralasien überschwappt oder islamistische Bewegungen wie IBU und ETIM gestärkt werden. Der Iran wiederum fühlt sich durch den salafistischen Jihadismus und den damit verbundenen Kampf gegen Schiiten bedroht. Wie Russland zugegeben hat, unterhält es Kontakte zu Talibanmitgliedern, um Informationen über den IS in Afghanistan auszutauschen. Dagegen bestreitet Moskau, die Taliban finanziell und mit Waffenlieferungen zu unterstützen.³⁷ Russland nennt nach wie vor hohe Zahlen von IS-Kämpfern in Afghanistan. Der russische Sondergesandte für das Land, Zamir Kabulov, bemerkte im Dezember 2017, Moskau sei besorgt über die wachsende Präsenz von IS-Kämpfern in den nordafghanischen Provinzen an der Grenze zu Turkmeni-

stan und Tadschikistan. Man erwarte, dass deren Zahl durch Kämpfer, die aus Syrien und dem Irak fliehen, noch steigen werde.³⁸ Seit dem Aufkommen des IS in Afghanistan hat Russland zum einen den zentralasiatischen Staaten eine verstärkte Militärkooperation angeboten. Zum anderen forderte Moskau die afghanische Regierung und damit auch Washington auf, nicht nur im Osten des Landes gegen den ISKP vorzugehen, sondern ebenso im Norden gegen IS-affilierte Gruppen.³⁹

Im Zuge ihres Anti-Terror-Kampfes suchen die USA zu verhindern, dass IS-Kämpfer aus Syrien und dem Irak Afghanistan als Rückzugsort nutzen und sich dort womöglich neu formieren. Afghanische Sicherheitsbeamte wie auch General Nicholson vermerkten im November 2017, es gebe bisher keine Evidenz dafür, dass nach Zerschlagung des IS-Kalifats vermehrt Kämpfer aus Nahost nach Afghanistan gelangt seien.⁴⁰ Möglicherweise bemühen sich die afghanische Regierung und der US-General, die Gefahr in der Öffentlichkeit herunterzuspielen. Andere Akteure wiederum warnen, dass Kämpfer aus Syrien und dem Irak nach Afghanistan zögen und versuchten, im Norden des Landes einen Stützpunkt zu errichten. Entsprechend äußerten sich der russische Sondergesandte Kabulov und der Ende 2017 abberufene Gouverneur der Provinz Balkh, Atta Mohammad Noor.⁴¹ Denkbar ist, dass sie das Narrativ von der IS-Bedrohung instrumentalisieren, um politische Aufmerksamkeit zu gewinnen und Sicherheitsressourcen zu generieren. Offizielle, belastbare Zahlen zu etwaigen IS-Kämpfern aus Syrien und Irak sind nicht bekannt. Einzelnen Berichten zufolge scheinen derzeit vor allem zentralasiatische und chinesische IS-Kämpfer aus Syrien nach Afghanistan zu gelangen.⁴² Laut

36 »Department of Defense Press Briefing by General Nicholson via Teleconference from Kabul«, *rs.nato.int*, 28.11.2017, <<https://www.rs.nato.int/news-center/transcripts/defense-press-briefing-by-general-nicholso.aspx>> (eingesehen am 9.2.2018).

37 Sune Engel Rasmussen, »Russia Accused of Supplying Taliban as Power Shifts Create Strange Bedfellows«, in: *The Guardian*, 22.10.2017, <<https://www.theguardian.com/world/2017/oct/22/russia-supplying-taliban-afghanistan>> (eingesehen am 9.2.2018).

38 Ayaz Gul, »Russia Says about 10,000 IS Militants Now in Afghanistan«, *Voice of America*, 23.12.2017, <<https://www.voanews.com/a/russia-afghanistan-islamic-state/4176497.html>> (eingesehen am 9.2.2018).

39 Hintergrundgespräch mit Hanif Atmar, National Security Council, Kabul, November 2017.

40 Wie Fn. 39.

41 »Noor Warns of Daesh Movements in North«, *Tolo*, 1.1.2018, <www.tolonews.com/afghanistan/noor-warns-daesh-movements-north> (eingesehen am 9.2.2018).

42 Christine-Felice Röhrs/Jan Kuhlmann, »Neue Terror-Heimat: Afghanistan als Zuflucht für IS-Kämpfer«, in: *Tiroler Tageszeitung* (online), 14.12.2017, <www.tt.com/politik/13786078-91/neue-terror-heimat-afghanistan-als-zuflucht-fur-is-kampfer.csp> (eingesehen am 9.2.2018).

Medienberichten sollen am 2. Januar 2018 in Darzab 26 IS-Kämpfer bei einem Treffen getötet worden sein, darunter vier Franzosen und drei Usbeken.⁴³

Für Afghanistan als Rückzugsort spricht auf der einen Seite, dass dort Strukturen des IS zwar geschwächt, aber noch präsent sind. Es gibt regionale salafistische Netzwerke und militante Gruppen vor Ort, die etwa Trainingscamps organisieren können. Auf der anderen Seite ist Afghanistan relativ schwer zu erreichen, und es gibt dort wiederum kaum Rückzugsorte, an denen sich der IS ungehindert, ohne Wissen und Unterstützung der Taliban ausbreiten könnte.⁴⁴ Solange die Taliban keine strategische Partnerschaft anstreben, müssen die IS-Kämpfer mit ihnen als unerbittlichen Gegnern rechnen, die keine Konkurrenz dulden. Zusätzlich zu den Taliban üben die USA zusammen mit den afghanischen Sicherheitskräften einen hohen Verfolgungsdruck auf IS-Kämpfer aus. Möglicherweise ist es auch für abtrünnige Taliban nicht mehr attraktiv, Allianzen mit dem IS einzugehen, weil dessen Ressourcen nach dem Ende des Kalifats schwinden. Andererseits könnten private Spender aus den Golfstaaten weiter daran interessiert sein, den Salafismus, auch jenen militanter Ausrichtung, in Afghanistan zu stärken.

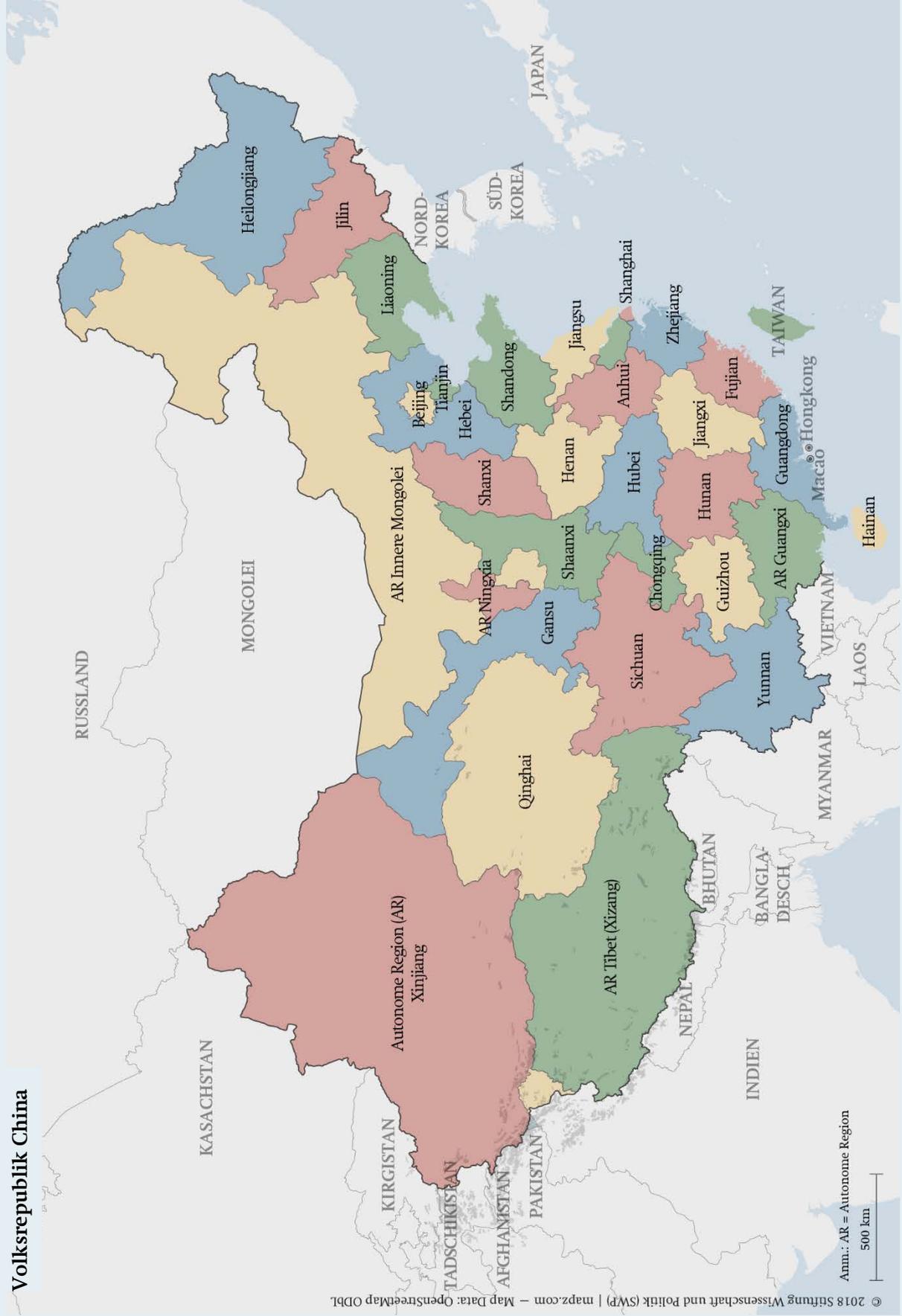
Insgesamt hat der IS sich weder in der Fläche Afghanistans ausbreiten noch bedeutende Unterstützung in der Bevölkerung generieren können. Aber er kann auf terroristische Netzwerke zurückgreifen, um Anschläge und komplexe Angriffe in Kabul auszuüben. Die Taliban hingegen haben ihre Vormachtstellung im Kampf gegen den IS bestätigt, und die von ihnen kontrollierten Teile Afghanistans werden weiterhin Aktions- und Rückzugsort extremistischer Gruppen bleiben. Der Jihadi-Salafismus wiederum hat einen neuen Rahmen für extremistische Akteure in Afghanistan geschaffen. Wie er die religiöse und jihadistische Landschaft dort mittel- bis langfristig verändern wird, ist dabei noch offen.

43 »French, Uzbek Daesh Militants Killed in Jawzjan Air Operation«, *Tolo*, 2.1.2018, <<https://www.tolonews.com/index.php/afghanistan/french-uzbek-daesh-militants-killed-jawzjan-air-operation>> (eingesehen am 9.2.2018).

44 Röhrs/Kuhlmann, »Neue Terror-Heimat« [wie Fn. 42].

Karte 4

Volkrepublik China



© 2018 Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) | mapz.com – Map Data: OpenStreetMap ODbL
Anm.: AR = Autonomous Region
500 km

Gudrun Wacker

China und der Kampf gegen die »drei üblen Kräfte«

Einleitung

In China leben nach dem letzten offiziellen Zensus von 2010 etwa 23 Millionen Muslime.¹ Sie sind ganz überwiegend Sunniten und gehören insgesamt zehn Bevölkerungsgruppen an (»nationalen Minderheiten« im chinesischen Sprachgebrauch). Die größte muslimische Ethnie sind die turkstämmigen Uighuren, die mehrheitlich in der Autonomen Region Xinjiang-Uighur im Nordwesten Chinas leben; die zweitgrößte ist die Hui-Minderheit, »sinisierte« Muslime, die über China verteilt leben, in Xinjiang aber ebenfalls stark vertreten sind. Außerdem gibt es in dieser Region kleinere Gruppen von Kasachen, Kirgisen, Usbeken und Tadschiken. Sie sind Angehörige der Titularnationen der an Xinjiang grenzenden zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan, die nach Auflösung der Sowjetunion unabhängig wurden. Umgekehrt wird die Zahl der Uighuren in den zentralasiatischen Republiken auf 300 000 geschätzt.² Außerdem gibt es, bedingt durch verschiedene Abwanderungsbewegungen, größere Gruppen von Exil-Uighuren in der Türkei, Deutschland und den USA.

Die Region Xinjiang, insbesondere die Oasenkultur südlich des Tianshan-Gebirgszuges, war historisch, kulturell und religiös eigentlich ein Teil Zentralasiens. Das chinesische Kaiserreich eignete sich die traditionelle Pufferregion erst im 18. Jahrhundert offiziell an und machte sie als »Neue Front/Grenze« (wörtliche Übersetzung von Xinjiang) zu einer eigenen Provinz. Auch nach Gründung der Volksrepublik

China 1949 lebten dort zunächst nur sehr wenige Han-Chinesen, geschätzt knapp 7 Prozent. Erst während der Kulturrevolution (1966 – 1976) und dann durch die Wirtschaftsreformen nach 1979, mit denen die Mobilität der Bevölkerung stieg, erhöhte sich der Anteil von Han-Chinesen in Xinjiang deutlich. 2008 lag er Schätzungen zufolge bei 40 Prozent.³ Laut Zensus von 2010 stellen die Uighuren mit 45 Prozent in »ihrer« Autonomen Region noch knapp die Mehrheit, gegenüber 40 Prozent Han-Chinesen. Seit dem 19. Jahrhundert hat es verschiedene – erfolglose – Aufstandsbewegungen gegeben, die ein von China unabhängiges »(Ost-) Turkistan« zum Ziel hatten, zuletzt in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts.

Der Islam wird in der Volksrepublik China als Religion toleriert, solange er sich – aus offizieller Sicht – nicht politisiert. Nach Ende der Kulturrevolution erlebte er, wie andere Religionen im Land, einen Aufschwung. Moscheen und Imame benötigen aber eine offizielle Genehmigung; sie unterliegen strenger Kontrolle und Überwachung. Zu Protesten und Demonstrationen von Muslimen gegen die Behörden kam es vermehrt in den 1990er Jahren. Auslöser waren meist Verbote der Glaubensausübung, etwa an islamischen Feiertagen. Es wurden auch Anschläge auf islamische Würdenträger verübt, die als Verräter und Kollaborateure der Han-dominierten Behörden gesehen wurden. Die politische Führung der Region und die Zentralregierung in Beijing nahmen solche Aktionen als separatistisch motiviert wahr; sie galten auch als inspiriert durch die noch frische Unabhängigkeit der ehemals sowjetischen Nachbarrepubliken in Zentralasien.

1 Colin Mackerras, »Muslim Minorities in China«, in: *The Wiley Blackwell Encyclopedia of Race, Ethnicity, and Nationalism*, First Edition, Chicester 2016.

2 Siehe Uran Botobekov, »Al-Qaeda, the Turkestan Islamic Party, and the Bishkek Chinese Embassy Bombing«, in: *The Diplomat*, 29.9.2016.

3 Zia Ur Rehman, »ETIM's Presence in Pakistan and China's Growing Pressure«, in: *Norwegian Peacebuilding Resource Centre (NOREF) Report*, August 2014, S. 1.

Wenn im Falle Chinas von muslimischem Extremismus oder militant-islamistischen Gruppen die Rede ist, geht es fast ausschließlich um Angehörige der uighurischen Minderheit in Xinjiang. Im offiziellen Sprachgebrauch ist von den »drei üblen Kräften« die Rede – Separatismus, Terrorismus und religiöser Extremismus, wobei diese Phänomene nicht klar voneinander abgegrenzt werden. Insofern behandelt Beijing antichinesische Aktivitäten in Xinjiang unter dem Oberthema von Chinas territorialer Integrität, dem ebenso die Unabhängigkeitsbestrebungen in Tibet und Taiwan zugeordnet werden.

Erscheinungsformen: Anschläge in China, uighurische Kämpfer im Ausland

Seit den 90er Jahren kam es in Xinjiang verschiedentlich zu Anschlägen, die sich im Wesentlichen gegen die chinesischen (Sicherheits-) Behörden richteten. Von offizieller Seite antwortete man darauf mit einer ersten Kampagne unter dem Motto »Hart durchgreifen«, d.h. verstärkten Kontrollen, Razzien und Strafmaßnahmen.⁴ Nach den Terrorangriffen in den USA vom 11. September 2001 stellte die chinesische Regierung eine Liste von Anschlägen im eigenen Land zusammen, und eine bis dahin unbekannte Gruppierung namens ETIM (East Turkestan Islamic Movement) wurde von den USA und den Vereinten Nationen auf die Liste terroristischer Vereinigungen gesetzt. Wie verlässlich die Berichte über die Organisation sind, ist jedoch schwer zu beurteilen. ETIM soll Verbindungen über Zentralasien und Pakistan nach Afghanistan und auch nach Tschetschenien unterhalten haben. Nach dem 11. September wurden in Afghanistan auch eine Reihe Uighuren verhaftet und in das US-Gefangenenlager Guantánamo gebracht.⁵ Uighurische Kämpfer sollen in der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) sowie unter den Taliban in

Afghanistan und Pakistan operiert haben, bevor sie sich 2006 als Turkistan Islamic Party (TIP) neu formierten. Sie stehen al-Qaida nahe.⁶ In öffentlichen Erklärungen unterstützen sich TIP und al-Qaida gegenseitig.

In China selbst kam es im Juli 2009 zu massiven Ausschreitungen gegen Han-Chinesen in Xinjiangs Hauptstadt Urumqi. Auslöser war ein Video, das aus der südlichen Provinz Guangdong stammte. Es zeigte, wie einige uighurische Arbeiter von han-chinesischen Kollegen verfolgt und zusammengeschlagen wurden, weil man sie zu Unrecht der Vergewaltigung einer Han-Chinesin bezichtigte. Diese Auseinandersetzungen hatten zwar keinen terroristischen Hintergrund, demonstrierten aber, wie volatil die Lage in Xinjiang war. Sie läuteten eine neue Phase der Überwachung und Kontrolle in der Region ein. Offenbar stieg in der Folge aber auch die Zahl (illegaler) Ausreisen von Uighuren über Nachbarländer.

Bereits im Vorfeld der Olympischen Spiele von Beijing 2008 war es in verschiedenen chinesischen Städten zu Anschlägen auf Busse gekommen. In den Folgejahren ereignete sich eine ganze Serie von Gewaltakten, bei denen die Täter entweder mit Autos in eine Menschenmenge fuhren oder an belebten Plätzen mit Messern und Macheten wahllos Leute angriffen. Solche Vorfälle gab es im Oktober 2013 auf dem Tian'anmen-Platz in Beijing, im März 2014 auf dem Bahnhof von Kunming (Provinz Yunnan) sowie im Mai 2014 und März 2015 auf dem Bahnhof von Guangzhou (Guangdong). Zum einen zeigte sich hier eine deutliche geographische Verschiebung und Ausdehnung des Anschlagsgeschehens, zum anderen aber auch eine neue Qualität der Aktionen. Nicht mehr chinesische Behörden oder Sicherheitskräfte waren das vorrangige Ziel, sondern die Zivilbevölkerung.

Auch in Xinjiang selbst ereigneten sich ähnliche Anschläge, so 2011 im südlich gelegenen Kaschgar sowie im April und Mai 2014 am Bahnhof bzw. auf einem Markt von Urumqi.⁷ Im Februar 2017 kam es zu einer Messerattacke mit mehreren Toten in der

⁴ Chien-peng Chung, »China's »War on Terror«: September 11 and Uighur Separatism«, in: *Foreign Affairs*, 1.7.2002, führt einen offiziellen chinesischen Regierungsbericht an, nach dem Uighuren zwischen 1990 und 2001 für 200 Anschläge mit 162 Toten und mehr als 440 Verletzten verantwortlich waren. Eine »Hart durchgreifen«-Kampagne gab es in China auch landesweit, in Xinjiang aber richtete sie sich speziell gegen Aufrührer.

⁵ Siehe Martin I. Wayne, »Inside China's War on Terrorism«, in: *Journal of Contemporary China*, 18 (2009) 59, S. 249–261 (251f).

⁶ Siehe Jacob Zenn, »China's Counter-Terrorism Calculus«, in: *China Brief*, 16 (16.1.2016) 2, <<https://jamestown.org/program/chinas-counter-terrorism-calculus>> (eingesehen am 30.11.2017).

⁷ Siehe Shannon Tiezzi, »China's Minister for Public Security Outlines Anti-Terrorism Agenda«, in: *The Diplomat*, 19.12.2015.

Stadt Hotan.⁸ Insgesamt wurden zwischen September 2009 und Januar 2017 aus Xinjiang 33 Anschläge gemeldet, die höchste Zahl davon mit 14 im Jahr 2014.⁹ Nicht nur geographisch, sondern auch bei der Motivation für die Anschläge scheint eine Verschiebung stattgefunden zu haben. Weniger wichtig wurden ethno-nationalistische und separatistische Beweggründe, die auf mehr Autonomie und kulturell-religiöse Freiheit für Xinjiang zielen; in den Vordergrund traten stattdessen religiöse Motive. Dieser Wandel wurde auch angeregt durch eine Identifikation der Täter mit dem globalen Jihad, sowohl in der Rhetorik als auch in den Strategien.¹⁰

2014 benannte der IS China als Angriffsziel für terroristische Aktionen.

Nicht nachzuweisen ist, ob es direkte Verbindungen zwischen den verschiedenen Anschlägen in China und den außerhalb des Landes operierenden uighurischen Gruppen bzw. der TIP gibt. Vertreter der TIP bekannten sich im Ausland über Videobotschaften teilweise zu diesen Taten oder priesen sie als Jihad.¹¹ Es ist allerdings mehr als fraglich, ob die TIP die Aktionen selbst geplant hat. Wahrscheinlicher ist, dass dahinter einzelne Zellen in China stecken, deren Taten die TIP nur bejubelt hat.¹²

Die TIP hatte sich Berichten zufolge 2006 neu und als Teil des Al-Qaida-Netzwerks formiert, mit Basis in den Stammesgebieten Pakistans. Sie war zunächst in Zentral- und Südasiens aktiv und beteiligt sich seit

2013 auch am Krieg in Syrien.¹³ Wegen des Anti-Terror-Kampfes in Afghanistan und Pakistan wichen uighurische Gruppen und Einzelpersonen nach Syrien und in den Irak aus, wo sie sich überwiegend der al-Qaida nahestehenden Al-Nusra-Front angeschlossen haben sollen, eine kleine Zahl von ihnen aber auch dem IS.¹⁴ Schätzungen zur Zahl uighurischer Kämpfer in Pakistan/Afghanistan und Syrien/Irak sowie zu ihren Kapazitäten lassen sich praktisch nicht verifizieren. Im Jahr 2012 schrieb etwa die *Global Times* von 300 chinesischen Staatsangehörigen, die für den IS kämpften; bis 2016 soll sich die Zahl verdreifacht haben oder sogar auf mehrere Tausend gestiegen sein.¹⁵ Thailand, Laos, Kambodscha und Vietnam sind die südostasiatischen Festlandsstaaten, über die Uighuren offenbar versuchen, China zu verlassen.¹⁶ Ihr Ziel ist, entweder in die Türkei und dann weiter nach Syrien bzw. in den Irak zu reisen – oder aber, wenn dies nicht möglich ist, nach Malaysia oder Indonesien zu kommen. Ein entsprechendes Bild ergibt sich aus den gemeldeten Zahlen der von Sicherheitskräften der jeweiligen Länder verhafteten oder bei Anti-Terror-Aktionen umgekommenen Uighuren.¹⁷ Berichtet wurde auch, dass türkische Staatsangehörige oder sogar Konsulate der Türkei in China und Südostasien gefälschte Pässe des Landes an Uighuren verkauft bzw. für sie ausgestellt haben.¹⁸

8 Siehe »Eight Killed in Xinjiang Knife Attack: Police Shoot Three Attackers«, in: *South China Morning Post*, 15.2.2017.

9 Siehe »Beyond the Borders. China Seeks to Counter Militancy in Central Asia«, in: *Jane's Intelligence Review*, Januar 2017, S. 28f.

10 Siehe Adrien Morin, »Is China's Counterterrorism Policy in Xinjiang Working?«, in: *The Diplomat*, 23.2.2017.

11 Siehe Raffaello Pantucci/Edward Schwarck, »Transition in Afghanistan: Filling the Security Vacuum – The Expansion of Uighur Extremism?«, in: *CIDOB Policy Research Project*, Mai 2014, S. 11f, <[https://www.cidob.org/en/publications/publication_series/stap_rp/policy_research_papers/transition_in_afghanistan_filling_the_security_vacuum_the_expansion_of_uighur_extremism/\(language\)/eng-US](https://www.cidob.org/en/publications/publication_series/stap_rp/policy_research_papers/transition_in_afghanistan_filling_the_security_vacuum_the_expansion_of_uighur_extremism/(language)/eng-US)> (eingesehen am 10.1.2018).

12 Siehe Zenn, »China's Counter-Terrorism Calculus« [wie Fn. 6].

13 Siehe Catherine Putz, »Brits Blacklist East Turkestan Islamic Movement«, in: *The Diplomat*, 28.7.2016; Zenn, »China's Counter-Terrorism Calculus« [wie Fn. 6].

14 Siehe Siegfried O. Wolf, *From China to Turkey: The Uighurs in a Position of a New Asia's Rising Force in the Global Jihad*, Brüssel: South Asia Democratic Forum (SADF), 12.1.2016 (SADF Focus, 27), S. 6, <http://sadf.eu/new/wp-content/uploads/2017/01/FOCUS-27.SOW_.pdf> (eingesehen am 10.1.2018).

15 Zahlen aufgeführt in ebd., S. 7f.

16 Die Ausreise über Zentralasien oder direkt nach Pakistan dürfte aufgrund der gestiegenen Sicherheitsvorkehrungen in Xinjiang schwieriger geworden sein.

17 Siehe ausführlicher zu den belegten Fällen in Südostasien: Zachary Abuza, »The Uighurs and China's Regional Counter-Terrorism Efforts«, in: *Terrorism Monitor*, 15 (2017) 16, <<https://jamestown.org/program/the-uighurs-and-chinas-regional-counter-terrorism-efforts>> (eingesehen am 29.11.2017).

18 Siehe Zhang Yan, »Turkey to Help Foiling Suspects from Xinjiang«, in: *China Daily*, 15.1.2015, <<https://jamestown.org/program/uyghur-militants-in-syria-the-turkish-connection>> (eingesehen am 10.1.2018). Zur Rolle der Türkei in der Uighuren-Frage siehe Michael Clarke, »Uyghur Militants in

Jedoch handelt es sich bei den ausreisenden Uighuren durchaus nicht immer um Kämpfer, die sich jihadistischen Gruppen anschließen wollen. Viele verlassen Xinjiang aufgrund der angespannten Lage dort, um in anderen Ländern Asyl zu suchen.¹⁹ Sie nutzen allerdings für ihre Flucht dieselben Netzwerke von Menschenschmugglern.

Vom IS wurde China erstmals 2014 als Angriffsziel für terroristische Aktionen benannt, mit der Begründung, dort würden Muslime unterdrückt und zu Unrecht inhaftiert.²⁰ Al-Qaida war Anfang der 2000er Jahre zunächst noch zurückhaltend mit Kritik am chinesischen Staat, begann aber schon 2006 damit, China bzw. chinesische Bürger im Ausland zum Ziel zu erklären.²¹ Die Organisation veröffentlichte kurz nach dem Aufruf des IS einen Bericht, der die Lage in Xinjiang anprangerte, und eine Reihe von Botschaften, die zum Kampf gegen China aufriefen.²² Im November 2015 meldete der IS in Syrien, er habe einen chinesischen Staatsbürger hingerichtet.²³

Bei einer ganzen Reihe terroristischer Anschläge im Ausland kamen auch chinesische Staatsbürger ums Leben, so etwa in Mali im November 2015; mitunter richteten sich die Angriffe gezielt gegen

Chinesen.²⁴ Anschläge im Ausland, für die Uighuren (mit)verantwortlich gemacht wurden, gab es unter anderem in Bangkok im August 2015 sowie in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek, wo im August 2016 die chinesische Botschaft attackiert wurde.²⁵

Bislang liegen keine Berichte vor, die darauf hindeuten, dass sich uighurische Mitglieder oder Unterstützer des IS bzw. Nahost-Rückkehrer in China oder Zentral- bzw. Südasien aufhalten.²⁶ Innerhalb Chinas ist der IS bislang hauptsächlich in zwei Bereichen relevant. Erstens spielt er als Teil der globalen terroristischen Bedrohung eine Rolle im offiziellen Sicherheitsdiskurs; zweitens übernahmen Gruppen, die in China aktiv sind, ihre Vorgehensweise und jihadistische Rhetorik von transnationalen Netzwerken wie IS und al-Qaida.

Reaktion des Staates und der Gesellschaft

Bereits ab den 90er Jahren reagierten chinesische Behörden mit einer Doppelstrategie auf Proteste, Unruhen und Anschläge. Zum einen setzten sie auf ein striktes Durchgreifen (»strike hard«), d.h. verstärkte Überwachung, Kontrolle und Strafverfolgung gegenüber als illegal eingestuften Aktivitäten. Zum anderen versuchte man aber auch, durch massive Investitionen, vor allem in die Infrastruktur, die wirtschaftliche Entwicklung in der Region Xinjiang (wie auch in Tibet) anzukurbeln. Solche Bemühungen wurden Ende der 90er Jahre unter der Überschrift »Go West« bzw. »Große Erschließung des Westens« an der gesamten westlichen Peripherie Chinas vorangetrieben. Sie haben aber nicht unbedingt zur Stabilisierung der Lage beigetragen, wie die obige Aufstellung von Anschlägen zeigt. Vielmehr zogen sie ver-

Syria: The Turkish Connection«, in: *Terrorism Monitor*, 14 (4.2.2016) 3, <<https://jamestown.org/program/uyghur-militants-in-syria-the-turkish-connection>> (eingesehen am 4.12.2017).

19 Siehe Nodirbek Soliev, »Uyghur Militancy in and Beyond Southeast Asia: An Assessment«, in: *Counter Terrorist Trends and Analyses*, 9 (2017) 2, S. 4–20 (16f), <<https://www.rsis.edu.sg/wp-content/uploads/2017/02/CTTA-February-2017.pdf>> (eingesehen am 10.1.2018).

20 Siehe Mathieu Duchâtel, *Terror Overseas: Understanding China's Evolving Counter-terror Strategy*, London: European Council on Foreign Relations (ECFR), Oktober 2016 (ECFR Policy Brief, 193), S. 4, <www.ecfr.eu/page/-/ECFR_193_-_TERROR_OVERSEAS_UNDERSTANDING_CHINAS_EVOLVING_COUNTER_TERROR_STRATEGY.pdf> (eingesehen am 30.11.2017). Laut einem Artikel von März 2017 produzierte der IS insgesamt drei Propagandavideos mit uighurischen Kämpfern und eine Audiobotschaft in chinesischer Sprache, siehe Nodirbek Soliev, »How Serious Is the Islamic State Threat to China?«, in: *The Diplomat*, 14.3.2017.

21 Siehe Duchâtel, *Terror Overseas* [wie Fn. 20], S. 4.

22 Siehe Zachary Keck, »Al-Qaeda Declares War on China, Too«, in: *The Diplomat*, 22.10.2014.

23 Siehe Duchâtel, *Terror Overseas* [wie Fn. 20], S. 1.

24 Eine Auflistung von Anschlägen auf chinesische Staatsbürger im Ausland findet sich bei Duchâtel, *Terror Overseas* [wie Fn. 20], S. 3.

25 Siehe Thomas Fuller/Edward Wong, »Thailand Blames Uighur Militants for Bombing at Bangkok Shrine«, in: *The New York Times*, 15.9.2015, <<https://www.nytimes.com/2015/09/16/world/asia/thailand-suspects-uighurs-in-bomb-attack-at-bangkok-shrine.html>> (eingesehen am 5.12.2017); Ivan Nepochenko, »Suicide Bomber Attacks Chinese Embassy in Kyrgyzstan«, in: *The New York Times*, 30.8.2016, <<https://www.nytimes.com/2016/08/31/world/asia/bishkek-china-embassy-kyrgyzstan.html>> (eingesehen am 5.12.2017).

26 Siehe Soliev, »How Serious Is the Islamic State Threat in China?« [wie Fn. 20].

stärkt Han-Chinesen in die Region. Die Uiguren und andere Minderheiten sahen sich nicht als Hauptnutznießer des wirtschaftlichen Aufschwungs, zumal es ihnen an den nötigen Chinesisch-Kenntnissen und Qualifikationen mangelte, und sie fühlten sich zunehmend marginalisiert. Als Reaktion auf die Anschlagswelle in den Jahren 2013/2014 gab es erneut eine Anti-Terror-Kampagne. Ende 2015 wurde offiziell verlautbart, man habe 181 »gewalttätige Terrorbanden« zerstört.²⁷

In den letzten vier Jahren hat China unter der Führung Xi Jinpings eine ganze Reihe neuer Sicherheitsgesetze auf den Weg gebracht,²⁸ darunter auch erstmals ein Anti-Terror-Gesetz (Dezember 2015, in Kraft getreten am 1. Januar 2016). Diese Maßnahmen wurden aber nicht durch den IS ausgelöst, denn Kämpfer aus China stehen, wie erwähnt, überwiegend al-Qaida nahe. Die Gesetze sind allgemeiner darauf gerichtet, organisatorische Mechanismen beim Kampf gegen Terrorismus und Separatismus festzulegen sowie Koordination und Informationsaustausch zu verbessern.²⁹ Sie sollen Operationen effizienter machen und den Informationsfluss zwischen den relevanten Ministerien und Institutionen verbessern; involviert sind hier vor allem die Ministerien für Staatssicherheit und für Öffentliche Sicherheit, die Volksstaatsanwaltschaft und Gerichtshöfe. Das neue Anti-Terror-Gesetz sieht vor, dass Volksbefreiungsarmee und bewaffnete Volkspolizei unter bestimmten Bedingungen auch Anti-Terror-Einsätze im Ausland durchführen können.³⁰ Neue Einrichtungen sollen den Kampf gegen den Terrorismus unterstützen; dazu gehören eine – dem Staatsrat unterstellte – natio-

nale Leitungsinstitution für Anti-Terror-Arbeit sowie ein staatliches Anti-Terror-Nachrichtenzentrum.³¹ Erstmals wird auch definiert, was man in China offiziell unter Terrorismus versteht.³² Das Gesetz gibt vor, dass alle (auch ausländische) Telekommunikationsunternehmen und Internetdienstprovider die Regierung bei Prävention und Untersuchung terroristischer Aktivitäten unterstützen. Die Berichterstattung über Anschläge und Gegenmaßnahmen der Regierung wird eingeschränkt, und die Bürger sind aufgerufen, sich als Informanten zu betätigen (»Volkskrieg« gegen den Terrorismus).³³ Im Dezember 2015 ernannte China auch den ersten Anti-Terror-Beauftragten; er kam aus den Reihen des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit.³⁴

Xi Jinping rief 2017 dazu auf, eine »große Mauer aus Stahl« um Xinjiang zu errichten

Die Anschläge in Paris und Mali von November 2015 sowie zunehmende propagandistische Aktivitäten jihadistischer Gruppen wie des IS außerhalb Chinas hatten dazu beigetragen, dass Beijing im Dezember des Jahres das bereits seit längerem diskutierte Anti-Terror-Gesetz verabschiedete und weitere

27 Siehe Tiezzi, »China's Minister for Public Security« [wie Fn. 7].

28 2014: Spionageabwehrgesetz; Juni 2015: Nationales Sicherheitsgesetz; Dezember 2015: Anti-Terrorismus-Gesetz; April 2016/Januar 2017: Gesetz für ausländische NGOs; 2016/Juni 2017: Cybersicherheitsgesetz; Mai 2017: Entwurf Nationales Geheimdienstgesetz.

29 Siehe Peter Mattis, »New Law Reshapes Chinese Counterterrorism Policy and Operations«, in: *China Brief*, 16 (2016) 2, <<https://jamestown.org/program/new-law-reshapes-chinese-counterterrorism-policy-and-operations/>> (eingesehen am 4.12.2017).

30 Siehe Duchâtel, *Terror Overseas* [wie Fn. 20], S. 2; Lauren Dickey, »Counterterrorism or Repression? China Takes On Uighur Militants«, *War on the Rocks*, 19.4.2016, <<https://warontherocks.com/2016/04/counterterrorism-or-repression-china-takes-on-uighur-militants/>> (eingesehen am 8.5.2017).

31 Siehe Mattis, »New Law Reshapes Chinese Counterterrorism Policy and Operations« [wie Fn. 29].

32 Artikel 3 des Gesetzes definiert Terrorismus, terroristische Aktivitäten und terroristische Organisationen. Hier heißt es, »Terrorismus bedeutet jedes Vorhaben oder jede Aktivität, die durch Gewalt, Sabotage oder Drohung eine gesellschaftliche Panik hervorruft, die öffentliche Sicherheit unterminiert, persönliche und Eigentumsrechte antastet oder staatliche Behörden und internationale Organisationen bedroht, mit dem Ziel, politische, ideologische oder andere Zwecke zu erreichen«. Übersetzt nach Standing Committee of the National People's Congress, »Counterterrorism Law of the People's Republic of China (Effective)« [Zhonghua Renmin Gongheguo fan-kongbuzhuyi fa], Order No. 36 of the President, 27.12.2017, <<http://en.pkulaw.cn/display.aspx?cgid=261788&lib=law>> (eingesehen am 19.3.2018).

33 Siehe Zunyou Zhou, »China's Comprehensive Counter-Terrorism Law«, in: *The Diplomat*, 23.1.2016; ebenso »All Sections of Society Urged to Help Prevent Radicalization«, in: *Global Times*, 30.3.2017, <www.globaltimes.cn/content/1040343.shtml> (eingesehen am 30.11.2017).

34 Siehe Zhang Yan, »China Names First Counterterrorism Chief«, *China Daily*, 21.12.2015, <www.chinadaily.com.cn/china/2015-12/21/content_22757979.htm> (eingesehen am 17.11.2017).

Maßnahmen ergriff.³⁵ 2016 erfolgte auch ein personeller Wechsel in der Autonomen Region Xinjiang. Chen Quanguo, zuvor Parteisekretär in Tibet, übernahm diesen Posten nun in der Nordwestregion und verstärkte in der Folge die Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen noch einmal erheblich.³⁶ Neben Volksbefreiungsarmee und bewaffneter Volkspolizei sind in Xinjiang auch die sogenannten Produktions- und Konstruktionskorps in die Terrorbekämpfung involviert. Es handelt sich dabei um militärisch-kommerzielle Einheiten, d.h. militärische Einheiten, die Landwirtschaft, Bergbau und Industrieunternehmen betreiben. Sie wurden bereits 1954 gegründet und kontrollieren etwa ein Drittel des Landes in Xinjiang.³⁷

Nachdem es im Dezember 2016 und im Februar 2017 erneut zu Zwischenfällen gekommen war,³⁸ marschierten in mehreren Städten der Region bewaffnete Truppen auf, um Stärke zu demonstrieren.³⁹ Im März wurde dann gemeldet, dass die Regierung Xinjiangs ein weiteres Gesetz zur Bekämpfung von »religiösem Extremismus« (einer der »drei üblen Kräfte«) verabschiedet hatte. Es enthält unter anderem Vorschriften zur Kindererziehung und gegen Verschleierung. Einige der Einschränkungen waren zuvor schon praktiziert worden, erhielten nun aber

eine gesetzliche Grundlage.⁴⁰ Ebenfalls im März rief Xi Jinping beim Nationalen Volkskongress in Beijing dazu auf, eine »große Mauer aus Stahl« um Xinjiang zu errichten – dies auch als Reaktion auf ein neuerliches IS-Propagandavideo, in dem ein Kämpfer in uighurischer Sprache Drohungen gegen China ausgestoßen hatte.⁴¹ Der virtuellen Verbreitung jihadistischer Propaganda haben die chinesischen Behörden gleichermaßen den Kampf angesagt.⁴² Unklar ist, inwieweit die Vorschriften neben den Uiguren auch auf andere ethnische Gruppen muslimischen Glaubens angewendet werden.

Ob all diese und weitere – oft nur auf lokaler Ebene umgesetzte – Maßnahmen tatsächlich dazu führen, Gewalttaten zu verhindern und eine weitere Radikalisierung unter den Uiguren nachhaltig zu unterbinden, bleibt allerdings abzuwarten. Wenn staatlicherseits schon die Ausübung religiöser Bräuche in den Bereich des Illegalen abgedrängt wird, kann auch der gegenteilige Effekt eintreten.

Negative Reaktionen gegenüber Uiguren und dem Islam gab es in der breiteren Gesellschaft Chinas vor allem aufgrund der Auseinandersetzungen in Urumqi 2009, bei denen vorwiegend han-chinesische Tote und Verletzte zu beklagen waren, und wegen der folgenden Anschläge in verschiedenen Teilen des Landes. Die offiziellen Medien berichten im Zusammenhang mit dem Islam hauptsächlich über Anschläge und gewaltsame Auseinandersetzungen, solche im Land selbst oder weltweit. Das Bild der Muslime in China wird dadurch mitgeprägt.⁴³

35 Siehe Cui Jia, »New Anti-Terror Security Guidelines Made Public«, in: *China Daily USA*, 14.12.2015, <http://usa.chinadaily.com.cn/epaper/2015-12/14/content_22709769.htm> (eingesehen am 17.11.2017).

36 Siehe Willy Wo-Lap Lam, »Beijing's New Scorched-Earth Policy Against the Uighurs«, in: *China Brief*, 17 (6.2.2017) 2, <<https://jamestown.org/program/beijings-new-scorched-earth-policy-uighurs/>> (eingesehen am 29.11.2017).

37 Siehe Morin, »Is China's Counterterrorism Policy in Xinjiang Working?« [wie Fn. 10].

38 Siehe »Chinese Kill Four after Xinjiang Attack«, in: *BBC News*, 28.12.2016, <<http://www.bbc.com/news/world-asia-china-38454095>> (eingesehen am 5.12.2017); »Eight Dead after Knife Attack in China's Western Xinjiang Region«, in: *The Telegraph*, 15.2.2017, <www.telegraph.co.uk/news/2017/02/15/eight-dead-knife-attack-chinas-western-xinjiang-region/> (eingesehen am 5.12.2017).

39 Siehe Tom Phillips, »Chinese Troops Stage Show of Force in Xinjiang and Vow to 'Relentlessly Beat' Separatists«, in: *The Guardian*, 20.2.2017, <<https://www.theguardian.com/world/2017/feb/20/chinese-troops-stage-show-of-force-in-xinjiang-and-vow-to-relentlessly-beat-separatists>> (eingesehen am 5.12.2017).

40 Nectar Gan, »Ban on Beards and Veils – China's Xinjiang Passes Law to Curb 'Religious Extremism'«, in: *South China Morning Post*, 30.3.2017.

41 Siehe Tom Phillips, »China: Xi Jinping Wants 'Great Wall of Steel' in Violence-hit Xinjiang«, in: *The Guardian*, 11.3.2017, <<https://www.theguardian.com/world/2017/mar/11/china-xi-jinping-wants-great-wall-of-steel-in-violence-hit-xinjiang>> (eingesehen am 5.12.2017).

42 Siehe z.B. »China Tech Companies Pledge to Tackle Content That Promotes Terrorism«, in: *The Guardian*, 12.4.2016, <<https://www.theguardian.com/world/2016/apr/12/25-china-tech-companies-sign-pledge-anti-terrorism-law>> (eingesehen am 5.12.2017).

43 Siehe z.B. Rose Luqiu/Fan Yang, »Anti-Muslim Sentiment Is on the Rise in China. We Found that the Internet Fuels – and Fights – This«, in: *The Washington Post*, 12.5.2017.

Auswirkungen auf die nationale und regionale Sicherheit

China fällt im Global Terrorism Index zwar nicht in die Spitzenkategorie jener Länder, die am stärksten unter Terrorismus leiden, belegt aber immerhin Rang 23 (hinter Südsudan und Bangladesch).⁴⁴ Auf nationaler Ebene werden Anschläge, die sich in China ereignen, offiziell als Bedrohung für die Stabilität des Landes angesehen, egal ob sie einen terroristischen oder »nur« separatistischen Hintergrund haben. Geht es speziell um Xinjiang, so gelten entsprechende Gewalttaten als Gefahr für Chinas territoriale Integrität. Damit rechtfertigt Beijing, dass Überwachung und Kontrolle verstärkt sowie persönliche Freiheiten eingeschränkt werden. Externe Beobachter fragen indes, ob es die Radikalisierung in der Bevölkerung Xinjians nicht eher vorantreibt, wenn die Behörden hart vorgehen und dabei die Grenze zwischen legitimer Religionsausübung und den »drei üblen Kräften« verwischen.⁴⁵ Was die externe Dimension des Problems anbelangt, so ist schwer einzuschätzen, wie stark aus China stammende Kämpfer zur Destabilisierung der Nachbarstaaten beitragen. Die Zahl von Uiguren, die sich in Südostasien jihadistischen Gruppen oder terroristischen Zellen angeschlossen haben, scheint relativ gering zu sein, und der IS spielt unter diesen Gruppen bislang keine entscheidende Rolle.

Im Kampf gegen Terrorismus verstärkt China die Kooperation mit anderen Staaten.

Die chinesische Regierung bemüht sich bei der Terrorismusbekämpfung schon seit den 1990er Jahren um Kooperation und Informationsaustausch mit anderen Ländern. Den Rahmen dafür bietet in erster Linie die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), die 2001 – kurz vor den Anschlägen vom 11. September – als Nachfolge-Organisation der »Shanghai Five«⁴⁶ gegründet wurde. In zahlrei-

chen SCO-Dokumenten wird die Bekämpfung der »drei üblen Kräfte« als ein zentrales Ziel der Organisation dargestellt. Damit betont man die enge Verbindung zwischen Xinjiang und Zentralasien, aber auch die gemeinsame Bedrohungsvorstellung der beteiligten Staaten. Schon vor dem 11. September war dabei Afghanistan als externe Gefahrenquelle für eine mögliche Destabilisierung der Region identifiziert worden. Die Zusammenarbeit beim Kampf gegen Terrorismus erfolgt auch in Form gemeinsamer Militärübungen. Solche Manöver begannen im Rahmen der SCO bereits 2002; sie sind auch ein fester Bestandteil der militärischen Kooperation zwischen China und Pakistan. In den letzten Jahren kamen bilaterale Übungen mit Indien, Thailand und Indonesien hinzu.⁴⁷ Anfang 2015 meldeten chinesische Medien, das Land werde die Kooperation mit der Türkei in der Terrorismusbekämpfung verstärken.⁴⁸ Im August 2016 kündigten China, Pakistan, Afghanistan und Tadschikistan an, den gemeinsamen militärischen Kampf gegen Terrorismus zu intensivieren.⁴⁹

Auch mit anderen Staaten baut China die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung mittlerweile aus, so etwa mit einigen Ländern Afrikas.⁵⁰ Ein offizielles Papier über Chinas Politik in der arabischen Welt (»Arab Policy Paper«) von Januar 2016 betont die Kooperation mit den arabischen Staaten auf diesem Gebiet.⁵¹

Mit den Nachbarstaaten, die als Transitländer oder als Enddestinationen für potentielle uighurische Kämpfer bekannt geworden sind, hat Beijing seit 2013

me Grenze mit China haben – Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan. Bei Gründung der SCO wurde noch Usbekistan in die Organisation aufgenommen.

⁴⁷ Siehe dazu ausführlich Duchâtel, *Terror Overseas* [wie Fn. 20], S. 8.

⁴⁸ Siehe Zhang Yan, »Turkey to Help Foiling Suspects from Xinjiang« [wie Fn. 18].

⁴⁹ Siehe »Beyond the Borders« [wie Fn. 9], S. 28f; ebenso Duchâtel, *Terror Overseas* [wie Fn. 20], S. 9f.

⁵⁰ Siehe Tiezzi, »China's Minister for Public Security« [wie Fn. 7].

⁵¹ Siehe »Full Text of China's Arab Policy Paper«, *Xinhua*, 13.1.2016, unter Punkt 5.3, <http://news.xinhuanet.com/english/china/2016-01/13/c_135006619.htm> (eingesehen am 30.11.2017); ebenso Andrea Ghiselli, »China's First Overseas Base in Djibouti, An Enabler of its Middle East Policy«, in: *China Brief*, 16 (25.1.2016) 2, <<https://jamestown.org/program/chinas-first-overseas-base-in-djibouti-an-enabler-of-its-middle-east-policy/>> (eingesehen am 19.3.2018).

⁴⁴ Siehe die Auflistung des Institute for Economics & Peace, *Global Terrorism Index 2016*, S. 10, <<http://economicsandpeace.org/wp-content/uploads/2016/11/Global-Terrorism-Index-2016.2.pdf>> (eingesehen am 30.11.2017). Die zugrunde gelegten Zahlen dürften dabei auf chinesischen Meldungen basieren.

⁴⁵ Siehe Soliev, »Uyghur Militancy« [wie Fn. 20] S. 18.

⁴⁶ Die Shanghai Five bestanden aus China, Russland und den drei zentralasiatischen Republiken, die eine gemeinsa-

teilweise Vereinbarungen getroffen, die den Informationsaustausch sowie Auslieferung bzw. Rückführung festgenommener chinesischer Staatsbürger regeln. Dies betrifft etwa Thailand, Malaysia und Indonesien. Im Falle der letzten beiden Staaten, die islamisch geprägt sind, stößt eine solche Zusammenarbeit mit China allerdings auch auf Kritik in der Bevölkerung.⁵² Erschwert werden Rückführungen nach China dadurch, dass die fraglichen Personen häufig mit türkischen Pässen ausgestattet sind. Nicht immer handelt es sich bei den in Südostasien festgenommenen Uighuren um jihadistische Kämpfer; eine ganze Reihe von ihnen wurde wegen Menschen schmuggel angeklagt.⁵³ Chinas Forderung nach Rückführung bezieht sich offenbar generell auf Angehörige der uighurischen Minderheit. Im Juli 2015 beispielsweise lieferte Thailand 109 Uighuren an China aus,⁵⁴ und auch Kambodscha, Malaysia und Indonesien haben Uighuren nach China ausgewiesen.⁵⁵

Zhang Jie, Experte des Instituts für Asien-Pazifik und globale Strategie an der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, vermutet zwar eine hohe Zahl an »extremen Elementen«, die aus China über Südostasien in den Nahen Osten ziehen. Die größere Bedrohung sieht er allerdings bei jenen, die in Südostasien bleiben und dort Anschläge verüben.⁵⁶

Fazit

Bereits vor den Anschlägen vom 11. September 2001 waren Uighuren aus Xinjiang über Pakistan nach Afghanistan gereist, wo sie sich al-Qaida bzw. der Islamischen Bewegung Usbekistans anschlossen. Nach den ethnischen Zusammenstößen in Urumqi 2009

nahm die Zahl derer, die sich aus China absetzten, offenbar zu, wobei es sich meist um Asylsuchende handelte. Die Ausreise erfolgte zunehmend über Südostasien. Potentielle Kämpfer versuchten, von dort über die Türkei nach Syrien oder in den Irak zu kommen. Vor Ort schlossen sie sich überwiegend der al-Qaida nahestehenden Al-Nusra-Fraktion an. Einige traten auch jihadistischen Terrorgruppen in Südostasien bei. Sowohl al-Qaida als auch der IS erklärten China zum Feind und zu einem Angriffsziel des Jihad.

Aus den vorliegenden Berichten ist zu schließen, dass das Phänomen IS im Zusammenhang mit China nur geringe Bedeutung hat – sowohl was Aktivitäten im Land selbst betrifft als auch hinsichtlich Kämpfern, die aus China stammen und in anderen Staaten aktiv sind. Dass sich Uighuren sowohl in Syrien und dem Irak als auch in einigen südostasiatischen Staaten dem Jihad angeschlossen haben, scheint durch Videos und Festnahmen ausreichend belegt, selbst wenn sich die Zahl dieser Akteure nicht verifizieren lässt. Angesichts massiver Überwachungsmaßnahmen und Bewegungseinschränkungen vor allem in Xinjiang ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass uighurische Kämpfer aus dem Ausland nach China zurückzukehren versuchen, um dort den Jihad weiterzuführen. Ob – und gegebenenfalls welche – Verbindungen zwischen den im Ausland operierenden Organisationen und den in Xinjiang und anderen Teilen Chinas aktiven Gruppen bestehen, ist umstritten, weil belastbare Daten fehlen. Jedenfalls hat der chinesische Staat auf die Anschläge im eigenen Land mit verschärfter Überwachung und Kontrolle sowie der Beschneidung individueller Freiheiten reagiert. Wie sehr diese Maßnahmen auf längere Sicht dazu beitragen werden, Anschläge zu verhindern, bleibt abzuwarten. Xinjiang spielt in Chinas Initiative der Neuen Seidenstraße (»Belt and Road Initiative«) eine wichtige Rolle; von hier führt der landseitige Korridor über Zentralasien nach Europa. Schon deshalb sind Stabilität und Sicherheit in der Region ein zentrales Anliegen des chinesischen Staates.

Durch das 2015 verabschiedete Anti-Terror-Gesetz wurde ein rechtlicher Rahmen geschaffen, der innere und äußere Sicherheit miteinander verbindet und erstmals auch den Einsatz chinesischer Sicherheitskräfte im Ausland vorsieht. Im Verhältnis zu anderen Staaten bemüht sich China um Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung. Dies gilt für den Informationsaustausch oder die Auslieferung chinesischer Staatsbürger ebenso wie für gemeinsame Anti-Terror-Übungen. Solche Anstrengungen wird Beijing schon

52 Siehe Abuza, »The Uighurs and China's Regional Counter-Terrorism Efforts« [wie Fn. 17].

53 Ebd.

54 Siehe Siegfried O. Wolf, »It's Not Only about Illegal Migration & International Law: The Uighur Conundrum«, in: *E-International Relations*, 21.7.2015, <www.e-ir.info/2015/07/21/its-not-only-about-illegal-migration-international-law-the-uighur-conundrum/> (eingesehen am 4.12.2017).

55 Siehe Abuza, »The Uighurs and China's Regional Counter-Terrorism Efforts« [wie Fn. 17].

56 Siehe Zhang Jie, »Zhongguo – Dongmeng fan-kong hezuo: tiaozhan yu shenhua lujing« [Anti-Terror-Zusammenarbeit zwischen China und ASEAN: Herausforderungen und Wege zur Vertiefung], in: *Guoji Wenti Yanjiu*, 179 (2017) 3, S. 27–50 (35f).

deshalb weiter verstärken, weil Projekte im Rahmen der Neuen Seidenstraße auch eine ganze Reihe von Ländern betreffen, in denen terroristische Gruppen operieren. Chinas Interesse an Stabilität, ob es wirtschaftlich begründet ist oder den Schutz eigener Bürger im Ausland betrifft, ist so nochmals gestiegen.

Südostasien



Felix Heiduk

Der »Islamische Staat« in Südostasien

Schon kurz nachdem Abu Bakr al-Baghdadi im Sommer 2014 das islamische Kalifat ausgerufen hatte, leisteten ihm Jihadisten in Malaysia, in Indonesien und auf den Philippinen den Treueschwur. Bald kursierten Bilder und Videos auf islamistischen Internet-Portalen, die malaysische und indonesische Jihadisten kämpfend unter IS-Fahne in Syrien und dem Irak zeigten. Laut Sicherheitsbehörden sind dorthin von 2014 bis 2016 Hunderte Kämpfer aus Südostasien ausgereist. Und auch aus der Region selbst tauchten Bilder bewaffneter Gruppen auf, die den Treueschwur auf al-Baghdadi ablegen, IS-Fahnen zur Schau stellen oder Propaganda für die Organisation betreiben. Wiederholt führten IS-affine Gruppen in Südostasien auch Anschläge und militärische Operationen durch, zu denen sich der IS direkt bekannte. Dies gilt etwa für den Angriff auf einen Nachtclub in Kuala Lumpur mit acht Verletzten (Juni 2016), für Selbstmordanschläge auf Polizisten in Jakarta (Mai 2017) und auf drei Kirchen sowie das Polizeihauptquartier in Surabaya (Mai 2018), ebenso für die Einnahme der Stadt Marawi auf der südphilippinischen Insel Mindanao durch Hunderte Jihadisten (Mai 2017). Vor allem die Eroberung Marawis wurde von der IS-Propagandamaschine ausgeschlachtet. Die Stadt konnte erst im Oktober 2017, nach monatelangem Häuserkampf, von Manila als »befreit« deklariert werden. Hunderttausende Menschen wurden aus Marawi und den angrenzenden Gemeinden vertrieben, große Teile der Stadt vollständig zerstört.

Dabei ist das Phänomen IS auch in Südostasien eng verknüpft mit prekärer Staatlichkeit, porösen Grenzen, Marginalisierung bestimmter ethnischer oder religiöser Gruppen und innerstaatlichen Gewaltkonflikten. Zudem operieren vor allem im maritimen Südostasien schon seit Jahrzehnten militant-islamistische Bewegungen. Aus Afghanistan zurückkehrende Jihadisten hatten Ende der 1990er Jahre ein transnationales Netzwerk namens Jemaah Islamiyah (JI) geschaffen. Es steckte unter anderem hinter den Terroranschlägen von Bali 2002 und hatte Verbindungen zu al-Qaida. Ab 2006 wurde die JI durch interne

Streitigkeiten und staatlichen Repressionsdruck deutlich geschwächt. Das Auftauchen des IS in Syrien und dem Irak revitalisierte dann vielerorts die darniederliegenden jihadistischen Gruppen des maritimen Südostasien. Seit 2014 haben vor allem indonesische und philippinische Gruppen ihren eigenen Jihad in den Kontext des IS eingebettet und sich miteinander vernetzt. Die vorliegende Untersuchung legt den Fokus daher auf Indonesien und die Philippinen als »Hotspots« IS-inspirierter Militanz in Südostasien.

IS in Indonesien: Revitalisierung des Jihadismus

Der in großen Teilen Indonesiens praktizierte Islam ist zwar überwiegend tolerant und vielerorts gar mit prä-islamischen Glaubenswelten und Traditionen verschmolzen. Bestrebungen, einen indonesischen Islamstaat zu errichten, gab es dennoch bereits seit den 1940er Jahren, als das Land um seine Unabhängigkeit rang. Eine der zentralen politischen Fragen, mit denen sich die Unabhängigkeitsbewegung auseinandersetzen musste, war denn auch die nach einer islamischen oder säkularen Verfassung. Am Ende setzte sich der Nationalist Sukarno durch, der 1945 Indonesiens erster Präsident wurde. Er durchkreuzte Forderungen, einen Islamstaat (Negara Islam Indonesia) mit der Scharia als Kernstück der Verfassung zu errichten. Stattdessen wurde die bis heute gültige Verfassung verabschiedet, die eine freie Ausübung der sechs offiziell anerkannten Religionen garantiert und diese formal gleichstellt.

Mit der Machtübernahme Suhartos 1965 wurden islamistische Kräfte noch weiter marginalisiert. Zwar bediente sich Suharto islamistischer Milizen, als er 1965/66 die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) liquidieren ließ. Doch unterdrückte er schon bald auch die Islamisten; sie waren potentiell die letzte Opposition in der von ihm errichteten autoritären Ordnung. Der organisierte politische Islam spielte

fortan über Jahrzehnte hinweg keine signifikante Rolle mehr in Indonesien.

Erst das Ende des Suharto-Regimes 1998 öffnete die Bühne Indonesiens wieder für den politischen Islam. In diesem Spektrum wurden zahlreiche Parteien und zivilgesellschaftlichen Verbände neu gegründet. Daneben entstanden diverse militant-islamistische Organisationen. Einige operieren in einer Grauzone zwischen Kooptation und Repression, so etwa die Front der Verteidiger des Islam (FPI, Front Pembela Islam). Sie wurde unter anderem durch Massendemonstrationen gegen den christlichen Gouverneur Jakartas 2016 bekannt und verfügt über Verbindungen bis in konservative Parteien und das Militär. Zudem kam es zur Wiederbelebung bzw. Neugründung militanter jihadistischer Organisationen, die die aus ihrer Sicht »säkulare« staatliche Verfasstheit Indonesiens mit Gewalt bekämpften. An erster Stelle zu nennen ist hier das mehrere Hundert Mitglieder starke JI-Netzwerk, das Verbindungen in weite Teile des maritimen Südostasiens sowie zu al-Qaida unterhielt. Nach Ende der Suharto-Diktatur konsolidierte sich das Netzwerk, und es kam zu Dutzenden von Terrorangriffen. Die JI verübte Anschläge auf »westliche« Ziele wie Nachtclubs (so auf Bali 2002), auf westliche Botschaften und internationale Hotels, später auch verstärkt auf Repräsentanten des indonesischen Staates, vor allem Polizei und Militär. Als Reaktion darauf wurde der staatliche Repressionsapparat massiv ausgebaut und der Druck auf die JI erhöht. Dutzende Mitglieder des Netzwerks wurden bei Polizei-Einsätzen getötet, Hunderte zu Gefängnisstrafen verurteilt. Hinzu kamen interne Divergenzen. Daher gelang es der JI zwischen 2009 und 2016 nicht mehr, größere Anschläge durchzuführen.

Das Auftreten des IS in Indonesien

Seit 2014 hat das Phänomen IS zu einer Revitalisierung des indonesischen Jihadismus geführt. Kurz nach Ausrufung des Kalifats durch al-Baghdadi 2014 leisteten ihm eine Reihe jihadistischer Gruppen aus dem Land den Treueschwur. Zu ihnen gehörten etablierte militante Akteure wie Mujahidin Indonesia Timur (MIT), Jamaah Anshorut Tauhid (JAT) und Ring Banten, aber auch neuere Gruppierungen wie Forum Aktivistis Syariah Islam (FAKSI) und Forum Pendukung Daulah Islamiyah (FPDI). Unter den Eidleistenden war zudem Abu Bakar Bashir, ehemaliges spirituelles Oberhaupt der JI. Nach einem Zerwürfnis mit deren

Führung hatte er seine eigene Organisation JAT gegründet.¹

Die Radikalität des IS führte in Indonesien, ähnlich wie in Syrien, aber auch zur Spaltung jihadistischer Netzwerke und Gruppierungen in Unterstützer und Gegner der Organisation. Umstritten waren vor allem der Alleinvertretungsanspruch des IS und seine Politik, als »Apostaten« gebrandmarkte Muslime zu legitimen Zielen des Jihad zu erklären. Einige bekannte Gruppen wie Jamaah Islamiya und Majelis Mujahidin Indonesia (MMI) verkündeten öffentlich ihre Loyalität zu al-Qaida. Ihre Online-Foren und -Magazine nutzten sie in der Folge, um al-Baghdadi und den IS als irreführend und antimuslimisch zu verurteilen. Teilweise zog sich der Riss zwischen Pro- und Anti-IS-Lager quer durch Familien, wie das Beispiel Abu Bakar Bashir zeigt. Kurz nach seinem Treueschwur auf al-Baghdadi kam es zu einem Exodus von JAT-Mitgliedern, angeführt von zwei seiner Söhne, die eine eigene jihadistische Organisation namens Jamaah Ansharusy Syariah (JAS) gründeten.²

Hunderte Indonesier reisten nach Syrien und in den Irak aus, um dort unter IS-Fahne zu kämpfen.

Nichtsdestotrotz gelang es den Anhängern des IS in Indonesien schnell, Aufmerksamkeit und Unterstützung für das Kalifat zu generieren. Neben öffentlichen Treueschwüren von Führungspersonlichkeiten wie Abu Bakar Bashir kam es vor allem zu umfangreichen Propaganda-Aktionen. Bereits ab März 2014 wurden einige Pro-IS-Demonstrationen abgehalten, darunter auch im Zentrum Jakartas. An verschiedenen Orten des Landes gab es Informationsveranstaltungen in Moscheen, die stets mit Treueschwüren der Anwesenden abgeschlossen wurden. Schätzungen zufolge hatten bis Ende August 2014 mehr als 2000 Indonesier öffentlich den Eid auf al-Baghdadi ab-

¹ Institute for Policy Analysis of Conflict, *The Evolution of ISIS in Indonesia*, Jakarta: IPAC, 24.9.2014, <<http://www.understandingconflict.org/conflict/read/30/The-Evolution-of-ISIS-in-Indonesia>> (eingesehen am 4.1.2018).

² Rendi A. Witular, »Sons, Top Aides Abandon Ba'asyir over ISIL, Form New Jihadist Group«, in: *The Jakarta Post*, 13.8.2014, <www.thejakartapost.com/news/2014/08/13/sons-top-aides-abandon-ba-asyir-over-isil-form-new-jihadist-group.html> (eingesehen am 4.1.2018).

gelegt.³ Solche Aktionen wurden über jihadistische Medienkanäle verbreitet, ebenso wie ins Indonesische übersetzte Pamphlete und Propagandavideos des IS. Vor allem online entfalteten sich rege Propaganda-Aktivitäten, über Diskussionsforen, soziale Medien und die jihadistische Pro-IS-Website Al-Mustaqbal. Weitere Aufmerksamkeit erzeugte ein am 23. Juli 2014 über IS-Kanäle veröffentlichtes Video in indonesischer Sprache. Es zeigt indonesische Jihadisten, die von Syrien aus ihre Landsleute zur Unterstützung des IS und zur Ausreise nach Syrien auffordern.⁴ Weitere Propagandavideos auf Indonesisch wurden in den Folgemonaten über IS-eigene Medienkanäle veröffentlicht. 2016 wurde zudem über den IS-Medienverlag Al-Furat damit begonnen, eine Zeitschrift in malaiischer Sprache herauszugeben (Al-Fatihin), die in allen Ländern des maritimen Südostasiens vertrieben werden sollte.⁵

Diese Aktivitäten wie auch die Propaganda IS-affiner Gruppen im Land selbst verfehlten ihre Wirkung nicht. Schätzungen zufolge reisten in der Folge mehrere Hundert Indonesier nach Syrien und in den Irak aus, um dort unter IS-Fahne zu kämpfen. Der Großteil von ihnen war schon zuvor in jihadistischen Organisationen wie JAT, Ring Banten oder MIT organisiert. Wie die Polizei im Mai 2017 bekanntgab, lag die Zahl der identifizierten Staatsbürger Indonesiens, die in Syrien und Irak für den IS kämpften, bei 510, davon 113 Frauen. Der Umstand, dass viele der ausgereisten Jihadisten ihre Familien mit nach Syrien brachten, lässt auf eine langfristige Bindung zum IS schließen. 84 Indonesier sind laut Polizei in Syrien und Irak bislang gefallen. Zusammen mit mehreren Dutzend aus Malaysia stammenden Kämpfern bildeten Indonesier in Syrien im September 2014 eine eigene IS-Trainingseinheit namens Katibah Nusantara, später umbenannt in Majmu'ah Persiapan al-Arkhabily. In dieser wurden Kämpfer über mehrere

Monaten hinweg militärisch und ideologisch ausgebildet, um anschließend IS-Kampfeinheiten zugeteilt zu werden. Mehr als 400 Indonesier scheiterten beim Versuch, in das vom IS kontrollierte Gebiet zu gelangen; sie wurden entweder an der Ausreise gehindert oder von Transitländern wie Malaysia und der Türkei nach Indonesien abgeschoben. 62 IS-Veteranen mit Verbindungen zu bewaffneten Gruppen glückte laut Polizei bislang die Rückkehr aus Nahost nach Indonesien. Weitere 20 Indonesier sollen auf Mindanao im Süden der Philippinen unter IS-Fahne kämpfen.⁶ 510 Kämpfer aus dem größten muslimischen Land der Welt mögen eine im internationalen Vergleich sehr kleine Zahl darstellen. Doch sind Schätzungen zufolge mehrere Tausend Menschen in Indonesien direkt daran beteiligt, den IS zu unterstützen. Neben der bereits erwähnten Propaganda-Arbeit geht es dabei um die Sammlung und Verteilung von Spendengeldern, die Anwerbung von Rekruten sowie die Organisation der Ausreise von Kämpfern und gegebenenfalls auch deren Familien in das sogenannte Kalifat.⁷

Bis Anfang 2016 hatten die IS-affinen Gruppen in Indonesien vor allem durch Propaganda-Aktivitäten auf sich aufmerksam gemacht. Dies änderte sich im Januar des Jahres, als eine Starbucks-Filiale und eine Polizeistation im Zentrum von Jakarta angegriffen wurden. Der IS bekannte sich zu der Attacke, bei der neben den fünf Tätern auch zwei Zivilisten starben und weitere Personen teils schwer verletzt wurden. Nach bisherigen Erkenntnissen wurde der Anschlag von Bahrin Naim geplant und mitfinanziert, einem der Anführer der Majmu'ah Persiapan al-Arkhabily in Syrien.⁸ Er hatte bereits Ende 2015 in einem Blog-Post die Pariser Attentate vom 13. November als vorbildhaft für künftige Aktionen in Indonesien dargestellt. Der Großteil der in Jakarta verwendeten Waffen wurde illegal von den Philippinen eingeschmuggelt. In der Folge kam es zu einer Reihe von Anschlägen in Indonesien, zu denen sich abermals der IS bekannte. Ziel waren größtenteils Polizeibeamte. So sprengten

³ Institute for Policy Analysis of Conflict, *The Evolution of ISIS in Indonesia* [wie Fn. 1], S. 16.

⁴ Peter Lloyd/Suzanne Dredge, »ISIS Targets Indonesian Muslims in Recruitment Video«, *ABC News*, 28.7.2014, <<http://www.abc.net.au/news/2014-07-28/isis-releases-recruitment-video-target-indonesian-muslims/5629960>> (eingesehen am 4.1.2018).

⁵ »Al Fatihin: A Newspaper for Malay-Speaking IS Militants«, in: *Malaymail Online*, 1107.2016, <<http://www.themalaymailonline.com/malaysia/article/al-fatihin-a-newspaper-for-malay-speaking-is-militants>> (eingesehen am 4.1.2018).

⁶ Jewel Topsfield, »A New School of Thought in Indonesia«, *The Sydney Morning Herald*, 29.7.2017.

⁷ Greg Fealy, *Indonesian and Malaysian Support for the Islamic State*, Washington, D.C.: USAID, 6.1.2016, S. 8.

⁸ »Indonesia Names »Mastermind« of Jakarta Attacks«, *aljazeera.com*, 15.1.2016, <www.aljazeera.com/news/2016/01/indonesia-arrests-isis-suspects-jakarta-attacks-160115032055865.html> (eingesehen am 4.1.2018).

sich im Mai 2017 zwei Selbstmordattentäter an einer Busstation in Jakarta nahe einer Gruppe Polizisten in die Luft und töteten drei von ihnen. Im Juni 2017 wurden bei einem Angriff auf einen Polizei-Checkpoint ein Beamter erstochen und ein weiterer schwer verletzt. Und am 13. Mai 2018 verübte eine sechsköpfige Familie Selbstmordanschläge auf mehrere Kirchen in Surabaya. 13 Menschen starben, über 40 wurden verletzt. Einen Tag später erfolgte ein Selbstmordanschlag auf das Polizeiquartier Surabaya, den ebenfalls eine ganze Familie durchführte. Dabei wurden 10 Menschen verletzt.

IS-affine Gruppen vernetzen sich zunehmend zwischen Indonesien und anderen südostasiatischen Ländern.

Andere von IS-affinen Gruppen geplante Attentate schlugen fehl oder konnten durch die Sicherheitsbehörden vereitelt werden. Bereits im Februar 2015 hatten Anhänger des IS eine Chlorbombe in einem Einkaufszentrum bei Jakarta deponiert; doch sie explodierte nicht. Laut Polizei ähnelte der Sprengsatz in seiner Bauart den vom IS in Syrien hergestellten Bomben. Hinter dem Anschlagversuch wurden daher indonesische IS-Rückkehrer vermutet. Im August 2016 hob die Polizei eine Terrorzelle mit IS-Verbindungen aus, die von Indonesien aus geplant hatte, das berühmte Marina Bay Sands Casino in Singapur mit Raketen anzugreifen. Im August 2017 wurden IS-Unterstützer festgenommen, die einen Chemie-waffen-Anschlag auf den Präsidentenpalast in Jakarta vorbereiteten.

Die Rekrutierung der Attentäter verlief in den meisten der bekannten Fälle über indonesische Gruppen, die eng mit dem IS kooperieren, wie FAKSI, MIT oder JAT. Bei dem üblichen Verfahren tritt ein Anwerbungswilliger zunächst mit einem lokalen IS-Ableger in Kontakt. Solche Gruppen verfügen über Auswahlgremien, die potentielle Rekruten überprüfen und sie bei positivem Ergebnis in die vorhandenen Netzwerke integrieren. Darüber hinaus finden Rekrutierungsaktivitäten auch verstärkt in indonesischen Gefängnissen statt. Dort wird nicht nur IS-Propaganda durch inhaftierte Jihadisten verbreitet; auch sind Fälle bekannt geworden, in denen Häftlinge von IS-affinen Gruppen angeworben wurden.⁹

⁹ Institute for Policy Analysis of Conflict, *Update on Indonesian Pro-ISIS Prisoners and Deradicalisation Efforts*, Jakarta: IPAC,

Für die Ausreise nach Syrien erfolgte auf Grundlage recht allgemeiner Kriterien ebenfalls ein Auswahlprozess. Bei positivem Urteil ging ein Empfehlungsschreiben (tazkiyah) aus Indonesien an bestehende Kontakte in Syrien; meist waren dies indonesische Kämpfer in den Reihen des IS. Dann wurde eine Verbindung zwischen Raqqa und dem ausreisewilligen Rekruten hergestellt. Letzterer wurde, bevor er aufbrach, von den indonesischen IS-Ablegern ideologisch geschult und in der Reiseplanung unterstützt. Die meisten jener Aktivisten, die indonesischen IS-Ablegern beitreten, waren zuvor schon in radikalen Netzwerken tätig.¹⁰ Zwar sind auch Fälle von Online-Radikalisierung bekannt geworden. Doch wenn Ausreisen in Richtung Syrien allein auf Basis von Internet-Kontakten angetreten wurden, endete dies vielfach damit, dass die Sicherheitsbehörden den betreffenden Rekruten verhafteten.¹¹

Neben der Revitalisierung jihadistischer Aktivitäten in Indonesien selbst haben sich mit dem Einzug des IS nach Südostasien auch transnationale Verbindungen ausgeweitet. Zum einen gehen Beobachter davon aus, dass mit Bildung der Katibah Nusantara in Syrien die beteiligten Jihadisten aus Südostasien ihre Kontakte untereinander ausgebaut haben und so entstandene Netzwerke über Rückkehrer auch in die Region selbst transferiert werden. Zum anderen wurden bei Polizeiaktionen in Malaysia und auf den Philippinen während der letzten Monate immer wieder auch indonesische IS-Kämpfer verhaftet oder getötet. Solche Aktivisten waren dabei stets von lokalen jihadistischen Netzwerken mit IS-Verbindungen unterstützt worden, oder sie hatten sich, wie die in

14.12.2016, <www.understandingconflict.org/en/conflict/read/57/Update-on-Indonesian-Pro-ISIS-Prisoners-and-Deradicalisation-Efforts> (eingesehen am 4.1.2018).

¹⁰ Eine Ausnahme bilden einige bekannt gewordene Fälle erfolgreicher Online-Rekrutierung von Frauen. So wurde im Dezember 2016 Dian Yulia Novi festgenommen, die sich als erste weibliche Selbstmordattentäterin Indonesiens vor dem Präsidentenpalast in die Luft sprengen wollte. Ihre Radikalisierung hatte primär über das Internet stattgefunden, während sie in Taiwan als Haushaltshilfe beschäftigt war. Vgl. Charlie Campbell, »ISIS Unveiled: The Story behind Indonesia's First Female Suicide Bomber«, in: *Time Magazine (Online)*, 3.3.2017, <<http://time.com/4689714/indonesia-isis-terrorism-jihad-extremism-dian-yulia-novi-fpi/>> (eingesehen am 4.1.2018).

¹¹ Fealy, *Indonesian and Malaysian Support for the Islamic State* [wie Fn. 7].

Marawi kämpfenden Indonesier, gar lokalen philippinischen Gruppen angeschlossen.¹² Dies spricht dafür, dass sich IS-affine Gruppen zwischen Indonesien und anderen südostasiatischen Ländern stärker vernetzt haben. Die transnationalen Verbindungen reichen dabei von Indonesien bis nach China. Bei Polizeiaktionen gegen die MIT auf der indonesischen Insel Sulawesi wurden mehrmals uighurische Kämpfer aus der chinesischen Region Xinjiang festgenommen bzw. getötet. Nach Polizeiangaben waren die Uiguren mit gefälschten Pässen über Thailand und Malaysia nach Indonesien gereist, um sich dort in Trainingscamps ausbilden zu lassen, die von lokalen IS-Gruppen betrieben wurden.¹³

Reaktionen in Politik und Gesellschaft

Bereits seit 2012 gab es Berichte, dass indonesische Jihadisten in Syrien aktiv seien; dies bezog sich zunächst auf die al-Qaida nahestehende Al-Nusra-Front, ab 2014 dann auch auf den IS. Solche Meldungen riefen in Indonesien zunächst kein größeres Echo hervor. Dort beherrschten in jener Zeit vor allem die hart umkämpften Präsidentschaftswahlen von 2014 die Tagespolitik.¹⁴ Nennenswerte politische oder mediale Aufmerksamkeit blieb auch dann noch aus, als in Raqqa das Kalifat ausgerufen wurde und sich andeutete, dass in Indonesien eine Unterstützerszene entstand.

Das Phänomen IS im Allgemeinen und dessen Verbindungen nach Indonesien im Besonderen gelangten

erst Ende Juli 2014 in den Fokus von Politik und Medien (und damit nach den Präsidentschaftswahlen vom 9. Juli). Auslöser war, dass im Internet das bereits erwähnte indonesisch-sprachige IS-Propagandavideo veröffentlicht wurde; zugleich häuften sich Berichte, dass indonesische Jihadisten nach Syrien ausreisten. Eine erste Reaktion der neugewählten Regierung unter Präsident Joko Widodo (»Jokowi«) bestand darin, Anfang August 2014 ein generelles Verbot des IS in Indonesien zu verkünden. Begründet wurde es damit, dass Ideologie und Ziele des IS unvereinbar seien mit der indonesischen Verfassung, insbesondere der Pancasila-Staatsdoktrin und der »NKRI« (Negara Kesatuan Republic Indonesia, The Unitary State of the Republic of Indonesia).¹⁵ Der IS stifte indonesische Staatsbürger dazu an, die eigene Nation zu verraten, indem er Loyalität zu einer ausländischen Entität bekunde. Das staatliche Framing der IS-Bedrohung basierte insofern weniger auf der spezifischen Islam-Interpretation des IS oder auf der Gewalt, die er gegen »Häretiker« und »Ungläubige« ausübt, sondern in erster Linie auf dem Vorwurf des Hochverrats.¹⁶

Wie die Regierung erklärte, sollten »Versuche der Förderung des IS in Indonesien unterbunden werden.«¹⁷ Dies klang zunächst deutlich und entschieden, erwies sich aber schon bald als bloße politische Absichtserklärung. Denn der zur Verfügung stehende rechtliche Rahmen war und ist schlicht ungenügend, um den IS in Indonesien umfassend zu bekämpfen. Das geltende Anti-Terror-Gesetz von 2003 stellt weder die Mitgliedschaft in einer ausländischen Terrororganisation unter Strafe noch Unterstützung für sie oder den Aufenthalt in Trainingscamps, die von ihr betrieben werden. Auf Basis geltenden Rechts war somit ein generelles Verbot des IS in Indonesien kaum durchsetzbar.

Unterdessen ging die Polizei repressiv gegen im Land operierende Mitglieder militanter Organisatio-

12 Institute for Policy Analysis of Conflict, *Pro-ISIS Groups in Mindanao and Their Links to Indonesia and Malaysia*, Jakarta, 25.10.2016, <http://file.understandingconflict.org/file/2016/10/IPAC_Report_33.pdf> (eingesehen am 10.1.2018); »Malaysia Arrests 4 Alleged ISIS Militants in Perak and Sabah«, in: *The Straits Times*, 16.6.2017 (online), <www.straitstimes.com/asia/se-asia/malaysia-arrests-4-alleged-isis-militants-in-perak-and-sabah> (eingesehen am 10.1.2018); Bilveer Singh, »Southeast Asia Braces for the Post-Islamic State Era«, in: *The Diplomat*, 17.7.2017 (online), <<http://thediplomat.com/2017/07/southeast-asia-braces-for-the-post-islamic-state-era/>> (eingesehen am 10.1.2018).

13 »Indonesian Forces Kill Two Chinese Uighur Fighters«, *aljazeera.com*, 16.3.2016, <www.aljazeera.com/news/2016/03/indonesian-forces-kill-chinese-uighur-fighters-160316073253769.html> (eingesehen am 10.1.2018).

14 Felix Heiduk, *Indonesiens Erneuerung? Chancen und Herausforderungen der Jokowi-Präsidentschaft*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2014 (SWP-Aktuell 55/2014).

15 »Agus Surya Bakti, »ISIS Harus Diperangi Bersama« [ISIS muss gemeinsam bekämpft werden], *detakjakarta.com*, 23.3.2015, <<http://www.detakjakarta.com/berita-1897-agus-surya-bakti-isis-harus-diperangi-bersama.html>> (eingesehen am 10.1.2018).

16 Dominic Berger, »Why Indonesia Banned ISIS«, in: *New Mandala*, 1.10.2014 (online), <www.newmandala.org/why-indonesia-banned-isis/> (eingesehen am 10.1.2018).

17 »Indonesian Government Officially Bans ISIS«, in: *Jakarta Globe*, 5.8.2014 (online), <<http://jakartaglobe.id/news/indonesian-government-officially-bans-isis/>> (eingesehen am 10.1.2018).

nen vor, etwa der MIT. Insbesondere die Anti-Terror-Einheit Densus 88 führte Dutzende Aktionen durch, bei denen gesuchte Terroristen wie auch Terrorverdächtige festgenommen oder getötet wurden. Das bekannteste Opfer war der im Juli 2016 umgekommene Santoso (alias Abu Wardah), Anführer der MIT und damals meistgesuchter Terrorist Indonesiens. Er hatte 2014 al-Baghdadi die Treue geschworen und sich selbst fortan als »Kommandant der Armee des Islamischen Staates in Indonesien« bezeichnet.¹⁸ Allerdings wurde Densus 88 für sein Vorgehen von Menschenrechtsgruppen kritisiert. Wie es hieß, agiere die Einheit nach dem Motto »shoot first, ask questions later«; auch von Folterungen und Todesfällen in Polizeihaft wurde berichtet. Die indonesischen Sicherheitskräfte sahen sich dem Vorwurf ausgesetzt, im Zuge des Anti-Terror-Kampfes die Menschen- und Bürgerrechte auszuhöhlen.¹⁹

Das Vorgehen der Polizei gegen den weiteren IS-Unterstützerkreis im Land gestaltete sich schwierig. Zwar schritt sie regelmäßig ein, wenn etwa Rekrutierer des IS auffielen oder dessen Flagge öffentlich zur Schau gestellt wurde. Die entsprechenden Personen kamen jedoch stets aus dem Polizeigewahrsam wieder frei; für eine Anklage fehlte schlicht die legale Grundlage.²⁰ Angesichts dieser juristischen Lücken begann Ende 2014 eine Diskussion über die Reform der bestehenden Anti-Terror-Gesetzgebung. Getragen von einem Konsens zwischen Regierung und Opposition wurde Ende 2015 mit »äußerster Priorität« ein entsprechender Gesetzentwurf ins indonesische Parla-

ment eingebracht.²¹ Zentrale Punkte der Vorlage waren unter anderem:

- Möglichkeit der Internierung von Terrorverdächtigen bis zu sechs Monaten ohne Gerichtsverfahren
- Strafbarkeit des Beitritts zu terroristischen Organisationen im In- und Ausland und der Rekrutierung für sie (dies betrifft auch die Teilnahme an Ausbildungsaktivitäten solcher Organisationen)
- Strafbarkeit von »hate speech«, die den Grundsätzen der Verfassung widerspricht
- verstärkte Kooperation von Polizei und Militär in der Terrorismusbekämpfung
- Möglichkeit der Aberkennung der indonesischen Staatsbürgerschaft im Fall einer Loyalitätsbekundung gegenüber anderen staatlichen Entitäten (einschließlich IS)

Die öffentliche Debatte um die Gesetzesnovelle flammt seitdem immer wieder auf, wenn es in indonesischen Städten zu Terroranschlägen kommt, wie etwa in Jakarta 2016, Medan 2017 oder Surabaya 2018. Doch ist bislang weder die Diskussion im Parlament beendet noch der Gesetzentwurf zur Abstimmung vorgelegt worden.²² Die zentralen Streitpunkte bei dem Thema betreffen zum einen die Frage, ob und wie das Militär in die Terrorismusbekämpfung eingebunden werden soll. Kontrovers ist zum anderen die im Gesetzentwurf vorgesehene Möglichkeit, im Fall von Terrorismusverdacht die Bürgerrechte zu beschneiden.

Neben »harten« polizeilichen wie juristischen Mitteln setzt die indonesische Regierung auf eine Reihe »softer« Präventionsmaßnahmen im Kampf gegen den IS. Ein Großteil der entsprechenden Programme zielt darauf, in Moscheen, Schulen, Gefängnissen und sozialen Medien die Pancasila-Staatsideologie sowie nationale Werte stärker zu verbreiten – als eine Art »Gegenpropaganda« und gemäß Jakartas spezifischem Framing der IS-Bedrohung. Im Juli 2017 blockierte die Regierung den elektronischen Nachrichtendienst

18 Cindy Wockner, »Indonesian Police Are Confident Killed the Country's Most Wanted Terrorist Santoso Who Pledged Allegiance to Islamic State«, *news.com.au*, 19.7.2016 (online), <www.news.com.au/world/asia/indonesian-police-are-confident-killed-the-countrys-most-wanted-terrorist-santoso-who-pledged-allegiance-to-islamic-state/news-story/529b4f85d445c8b827f0100c91a28f73> (eingesehen am 10.1.2018).

19 Elly Burhaini Faizal, »Counterterrorism vs Upholding Human Rights«, in: *The Jakarta Post*, 13.4.2016 (online), <www.thejakartapost.com/news/2016/04/13/counterterrorism-vs-upholding-human-rights.html> (eingesehen am 10.1.2018); Amnesty International, *Indonesia: Weak Accountability Systems and Lack of Respect for Rights Hampering Police Reform*, London, 1.7.2016, <<https://www.amnesty.org/en/documents/asa21/4390/2016/en/>> (eingesehen am 10.1.2018).

20 Adam J. Fenton/David Price, »Breaking ISIS: Indonesia's Legal Position on the »Foreign Terrorist Fighters« Threat«, in: *Australian Journal of Asian Law*, 16 (2015) 1, S. 1 – 18.

21 Vgl. The House of Representatives of the Republic of Indonesia, *RUU tentang Perubahan atas Undang-Undang Nomor 15 Tahun 2003 tentang Pemberantasan Tindak Pidana Terorisme (Proposed Law to Amend Law Number 15, 2003, on Combating the Crime of Terrorism)*, 26.1.2016, <www.dpr.go.id/prolegnas/index/id/71> (eingesehen am 10.1.2018).

22 »House Must Quickly Revise Antiterrorism Laws, Says PAN Lawmaker«, in: *Jakarta Globe*, 27.6.2017, <<http://jakartaglobe.id/news/house-must-quickly-revise-antiterrorism-laws-says-pan-lawmaker/>> (eingesehen am 7.2.2018).

Telegram; dies geschah mit der Begründung, terroristische Akteure nutzten ihn zur Anschlagplanung und für Propaganda. Die Sperre der App wurde erst Wochen später aufgehoben, nachdem das Unternehmen in die Forderung der Regierung eingewilligt hatte, eine Reihe von Kanälen und Chatrooms zu löschen.²³

Der islamischen Zivilgesellschaft kommt bei den »weicheeren« Maßnahmen eine besondere Bedeutung zu. Regierungsbehörden arbeiten eng mit den großen islamischen Organisationen des Landes zusammen. Die beiden größten, Nahdlatul Ulama (NU) und Muhammadiyah, haben zusammen nach eigenen Angaben mehr als 100 Millionen Mitglieder. Von der Regierung werden sie als wichtige Bollwerke betrachtet, die auf gesellschaftlicher Ebene ein Vordringen des IS verhindern sollen. Indonesiens muslimische Zivilgesellschaft hat sich, von moderaten bis zu äußerst konservativen Organisationen, weitestgehend vom IS und dessen Ideologie distanziert. Nach Umfragen haben 79 Prozent der Indonesier eine negative Meinung vom IS und nur 4 Prozent eine positive.²⁴ Dies ist beachtlich in einem Land, in dem staatliche Reaktionen gegenüber islamischen Organisationen, selbst wenn diese in Terrorakte involviert sind, politisch immer sehr heikel sind. Denn alle Akteure fürchten den Vorwurf, anti-islamisch zu sein.

Der IS wird in Indonesien auf breiter Front abgelehnt, bis in einige salafistische Gruppen hinein. Insofern unterscheidet sich der Umgang mit ihm deutlich von jenem mit al-Qaida und al-Qaida-nahen Organisationen wie der Jemaah Islamiyah. Letztere ist bis heute in Indonesien nicht offiziell verboten, und selbst Vertreter moderater islamischer Organisationen äußerten öffentlich die Ansicht, JI und al-Qaida seien Geschöpfe der CIA, die Amerika einen Vorwand für seinen weltweiten Krieg gegen den Islam liefern sollten.²⁵ Indonesiens muslimische Zivilgesellschaft führt die Auseinandersetzung mit dem IS vor allem

auf religiöser Ebene.²⁶ So hat beispielsweise die NU schon vor Jahren das Konzept »Islam Nusantara« (Islam des Archipels) erarbeitet. Es betont Werte wie Pluralismus und interreligiöse Toleranz und wendet sich damit gegen die perzipierte »Arabisierung« des indonesischen Islam. Auch versuchen Islamgelehrte, inhaftierte Jihadisten zu deradikalisieren, indem sie ihnen in regelmäßigen Gesprächskreisen moderatere Islam-Interpretationen vermitteln.

Religiöse Intoleranz gehört in Indonesien seit langem zur gesellschaftlichen Realität.

Bei alledem darf nicht unerwähnt bleiben, dass konservative Islam-Auslegungen, Intoleranz und die Diskriminierung religiöser Minderheiten auf gesellschaftlicher Ebene seit langem zur Realität Indonesiens gehören. Verhindert wird dies auch nicht durch eine Verfassung, die die Religionsfreiheit im Rahmen der sechs offiziellen Staatsreligionen formell garantiert und Diskriminierung in Glaubensfragen verbietet. Tatsächlich kommt es regelmäßig zu Gewaltakten gegen religiöse Minderheiten – vor allem Christen und Buddhisten – wie auch gegen islamische »Häretiker« wie Ahmadiyah und Schiiten. Gewalt gegenüber Andersgläubigen und religiöse Diskriminierung sind dabei immer auch Ausdruck weitverbreiteter gesellschaftlicher Einstellungsmuster. In den letzten Jahren haben Umfragen offenbart, dass ein orthodoxes Islamverständnis zunehmend an Bedeutung gewinnt und die religiöse Toleranz schwindet. Beim »World's Muslims Survey« des Pew-Instituts etwa vertraten 72 Prozent der befragten Muslime aus Indonesien die Ansicht, es gebe nur eine gültige Islam-Interpretation. Nicht mehr als 24 Prozent akzeptierten Schiiten, gerade einmal 12 Prozent Ahmadiyah als Muslime. Beide Werte sind im Vergleich zu anderen untersuchten Staaten sehr niedrig. 95 Prozent der befragten Muslime in Indonesien sagten zudem, sie hätten ausschließlich muslimische Freunde. Dass die eigenen Kinder einen Partner anderer Religion heiraten, war im Falle von Söhnen für

23 »Indonesia Lifts Threat to Ban Encrypted App Telegram«, *bloomberg.com*, 1.8.2017, <<https://www.bloomberg.com/news/articles/2017-08-01/indonesia-lifts-threat-to-ban-encrypted-app-telegram>> (eingesehen am 7.2.2018).

24 Michael Lipka, »Muslims and Islam: Key Findings in the U.S. and around the World«, *Pew Research Center*, 9.8.2017, <<http://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/08/09/muslims-and-islam-key-findings-in-the-u-s-and-around-the-world/>> (eingesehen am 2.7.2018).

25 Fealy, *Indonesian and Malaysian Support for the Islamic State* [wie Fn. 7], S. 22.

26 »Terrorismus und Islam hängen zusammen. Ein Gespräch mit Kyai Haji Yahya Cholil Staquf«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.8.2017.

6 Prozent der Befragten vorstellbar, bei Töchtern sogar nur für 2 Prozent.²⁷

Und auch hinsichtlich der skizzierten »weichen« Maßnahmen zeigen sich schon jetzt Mängel und Defizite. So verspricht es oftmals keinen nachhaltigen Erfolg, dass inhaftierte Jihadisten an Deradikalisierungsprogrammen teilnehmen. Jakarta veröffentlicht zwar keinerlei quantitativen Daten über Rückfälligkeit; daher lässt sich kaum analysieren, welche Wirkung die in Gefängnissen durchgeführten Maßnahmen haben. Es sind jedoch Beispiele von Jihadisten bekannt, die nach der Entlassung erneut straffällig wurden. Und eine ganze Reihe der Indonesier, die in Syrien unter IS-Fahne kämpfen, haben vor ihrer Ausreise »erfolgreich« entsprechende Gesprächskreise in Gefängnissen durchlaufen. Dasselbe gilt für den Kreis derer, die in Indonesien selbst seit 2014 Attentate im Namen des IS verübten.²⁸ Mehr noch, in einigen Fällen hat sich erwiesen, dass spätere IS-Aktivisten überhaupt erst im Gefängnis mit jihadistischen Ideen in Kontakt kamen und dort von anderen Häftlingen für den IS rekrutiert wurden.

Es gibt vielfältige Gründe dafür, weshalb solche Akteure einen »Rückfall« in die militante Szene erfahren bzw. dort verbleiben. Die Gefängnisverwaltungen leiden unter strukturellen Problemen wie knappen Budgets und endemischer Korruption. Ehemalige Häftlinge sind oftmals stigmatisiert und sozio-ökonomischer Marginalisierung ausgesetzt. Zudem fehlt es nach der Entlassung fast vollständig an Überwachung und Nachsorge durch staatliche Organe. Dabei hat dieses Problem erhebliche Dimensionen. Derzeit warten über 300 wegen Terrorismus Inhaftierte auf ihr Gerichtsverfahren, und jährlich werden Dutzende von ihnen freigelassen, weil sie ihre Strafe abgesessen haben. Fehlende Überwachung und Nachsorge betrifft auch Syrien-Rückkehrer und jene, die beim Versuch des Grenzübertretts in der Türkei verhaftet und anschließend nach Indonesien abgeschoben wurden. Diese Gruppe umfasst mindestens 200 Personen, davon 60 Prozent Frauen und Kinder. Viele sind mittel-

los, weil sie ihren Besitz vor der Ausreise verkauft haben. Über eine staatliche Notversorgung hinaus gibt es auch für diese Personen kein strukturiertes Programm, um sie bei einem Ausstieg aus jihadistischen Netzwerken zu unterstützen.²⁹

Auswirkungen auf die nationale und regionale Stabilität

Den IS-affinen Gruppen Indonesiens ist es bisher zu keinem Zeitpunkt gelungen, Gebiete des Landes einzunehmen, zu kontrollieren oder dort proto-staatliche Strukturen aufzubauen. Die Gewalttaten, die bislang von ihnen ausgingen, bestanden in Angriffen kleiner Einheiten auf staatliche Sicherheitskräfte sowie einigen kleineren Bombenattentaten. Solche Vorfälle ereigneten sich aber nur sporadisch. Staatliche Institutionen wurden dadurch nicht ernsthaft geschwächt oder in Frage gestellt. IS-affine Gruppen mögen eine sicherheitspolitische Herausforderung für Indonesien darstellen; sie sind bisher aber nicht stark genug, um die nationale Stabilität und Sicherheit zu bedrohen. Auch gibt es keine Anzeichen dafür, dass indonesische IS-Gruppen als Inkubator für regionale Aktivitäten der Organisation wirken. Die vorliegenden Informationen deuten zwar auf eine zunehmende regionale Vernetzung IS-affiner Gruppen hin, doch deren zentrales Operationsgebiet sind derzeit die Südphilippinen.

Nichtsdestotrotz ist es solchen Gruppen von 2014 bis 2016 gelungen, Hunderte von Rekruten (teils samt Familie) anzuwerben und nach Syrien zu entsenden, wobei ein weitverzweigtes internationales Unterstützernetzwerk half. In Syrien entstand bereits 2014 eine eigene malaiisch sprechende IS-Brigade, über die sich das Netzwerk von IS-Unterstützern im ganzen maritimen Südostasien weiter entfalten konnte. Auf ideologischer Ebene ließ sich die Weltanschauung des IS samt Alleinvertretungsanspruch in Teilen der existierenden jihadistischen Netzwerke verankern. Andererseits schwächte die Radikalität dieser Ideologie von Beginn an das Wirkungspotential des IS in Indonesien. Schon 2014 kam es wegen inhaltlicher Differenzen zum Bruch zwischen Al-Qaida- und IS-Unter-

27 »The World's Muslims: Religion, Politics and Society«, *pewforum.org*, 30.4.2013, <<http://www.pewforum.org/2013/04/30/the-worlds-muslims-religion-politics-society-overview/>> (eingesehen am 7.2.2018).

28 Nurul Fitri Ramadhani/Margareth S. Aritonang, »Deradicalization Efforts Failing: Police«, in: *The Jakarta Post*, 1.3.2017, <<http://www.thejakartapost.com/news/2017/03/01/deradicalization-efforts-failing-police.html>> (eingesehen am 7.2.2018).

29 »Update on Indonesian Pro-ISIS Prisoners and Deradicalisation Efforts«, *understandingconflict.org*, <<http://www.understandingconflict.org/en/conflict/read/57/Update-on-Indonesian-Pro-ISIS-Prisoners-and-Deradicalisation-Efforts>> (eingesehen am 7.2.2018).

stützern; der Riss zog sich in der Folge quer durch etablierte Netzwerke und bis in Familien hinein. Mehr noch, die muslimische Zivilgesellschaft des Landes hat sich, bis hin zu stark konservativen Organisationen, klar vom IS distanziert. Sie sucht auf religiöser Ebene aktiv die Auseinandersetzung mit dem IS und will so vor allem präventive Wirkung erzielen. Damit werden die staatlichen Repressionsmaßnahmen von zivilgesellschaftlicher Seite flankiert. Inwiefern bereits radikalisierte Muslime mit Zugang zu IS-Netzwerken dadurch beeinflusst werden können, ist jedoch fraglich.

Die Analyse der staatlichen Anti-Terror-Politik offenbart zudem Schwachpunkte. Zum einen ist das bereits 2014 von Jakarta erlassene IS-Verbot in der Praxis bislang nicht vollständig durchsetzbar. Lücken in der existierenden Anti-Terror-Gesetzgebung (aus dem Jahr 2003) machen es unmöglich, etwa die Propagandatätigkeit für ausländische Terrororganisationen, die Rekrutierung für sie oder den Aufenthalt in entsprechenden Trainingscamps strafrechtlich zu verfolgen. Eine legislative Reform wird seit 2015 vom indonesischen Parlament debattiert, ohne dass bisher ein Gesetzentwurf zur Abstimmung gebracht worden wäre. Zum anderen darf nicht unerwähnt bleiben, dass in Indonesien trotz der breiten politischen und gesellschaftlichen Gegenbewegung zum IS streng konservative Islam-Interpretationen, religiöse Intoleranz und illiberale Einstellungsmuster auf dem Vormarsch sind. Am spektakulärsten äußert sich dies in zunehmenden Gewaltakten gegen religiöse Minderheiten und islamische »Häretiker«. Daneben gibt es weitere Indikatoren für eine konservative Wende in wachsenden Teilen des indonesischen Islam – so die Verabschiedung lokaler Scharia-Verordnungen, der starke Widerhall, den streng konservative Fatwas des staatlich mandatierten Indonesischen Islamgelehrtenrates erfahren, und die Kooptation gewaltbereiter islamistischer Gruppen wie der FPI durch »moderate« politische Akteure.

Die Südphilippinen – nächster Schauplatz des IS?

Auf den Philippinen ist die Entstehung militant-islamistischer Gruppen eng verknüpft mit dem Bild einer »christlichen« Kolonialisierung der Insel Mindanao im Landessüden, die ehemals mehrheitlich von Muslimen bewohnt war. Ausgedehnte Gebiete des rohstoffreichen, überaus fruchtbaren Mindanao wur-

den während der spanischen Kolonialzeit an christliche Siedler aus dem Norden vergeben, um die pejorativ als »Moros« (Mauren) bezeichneten Muslime zu »zivilisieren« und die Region zu »entwickeln«. Auch viele der staatlichen Verwaltungsposten wurden mit Angehörigen der christlichen Eliten besetzt. Waren Anfang des 20. Jahrhunderts noch geschätzte 98 Prozent der Bewohner Mindanaos Muslime, so sind es heute weniger als 30 Prozent. Auch nach der Unabhängigkeit der Philippinen 1946 setzte sich die demographische, politische und sozio-ökonomische Marginalisierung der Moros weitgehend fort. Vor diesem Hintergrund formierte sich in den 1960er Jahren eine politische Bewegung, die darauf zielte, auf Mindanao einen eigenen muslimischen Staat zu errichten.³⁰

Manilas Reaktion auf die muslimische Unabhängigkeitsbewegung bestand hauptsächlich in militärischer Repression, die wiederum auf Seiten der Moros zur Bildung der Moro National Liberation Front (MNLF) führte.³¹ Die MNLF hat jedoch keine ausgeprägte islamistische Ideologie, und auf das Ziel der Eigenstaatlichkeit verzichtete sie in den 1990er Jahren zugunsten von Autonomierechten im Rahmen der neugeschaffenen Autonomen Region Muslimisches Mindanao (ARMM). Allerdings spalteten sich eine Reihe radikalerer Gruppen von der MNLF ab. Aus ihr hervorgegangen sind unter anderem die Moro Islamic Liberation Front (MILF) sowie militante islamistische Gruppen wie die Abu-Sayyaf-Gruppe (ASG), die Bangsamoro Islamic Freedom Fighters (BIFF) und die Maute-Gruppe, zudem einige kleinere jihadistische Verbände. Alle diese Vereinigungen sind fast ausschließlich auf Mindanao und dem Sulu-Archipel im äußersten Südwesten der Philippinen präsent.³²

30 Syed Serajul Islam, »Ethno-Communal Conflict in the Philippines: The Case of Mindanao-Sulu Region«, in: Rajat Ganguly/Ian Macduff (Hg.), *Ethnic Conflict and Secessionism in South and Southeast Asia: Causes, Dynamics, Solutions*, London 2003, S. 195–224; Daniel Joseph Ringuet, »The Continuation of Civil Unrest and Poverty in Mindanao«, in: *Contemporary Southeast Asia*, 24 (2002) 1, S. 33–49; Thomas M. McKenna, *Muslim Rulers and Rebels: Everyday Politics and Armed Separatism in the Southern Philippines*, Berkeley: University of California Press, 1998.

31 Eric U. Gutierrez, *Rebels, Warlords, and Ulama: A Reader on Muslim Separatism and the War in Southern Philippines*, Quezon City: Institute for Popular Democracy, 2000.

32 Alfredo L. Filler, »The Abu Sayyaf Group: A Growing Menace to Civil Society«, in: *Terrorism and Political Violence*, 14 (2002) 4, S. 131–162, <doi:10.1080/714005638>.

Das Auftreten des IS auf den Philippinen

Wenige Wochen nachdem Abu Bakr al-Baghdadi im Juni 2014 das Kalifat ausgerufen hatte, tauchte im Internet ein Video auf, in dem Isnilon Hapilon, einer der ASG-Anführer, den Treueschwur auf den IS-Chef ablegte; weitere jihadistische Gruppen folgten damit. Nach Angaben der IS-Nachrichtenagentur Amaq operierten 2016 zehn »IS-Bataillone« auf den Philippinen. Neben Teilen der ASG zählen dazu BIFF, die mittlerweile als »IS Lanao« firmierende Maute-Gruppe, Ansar Khilafah, Katibat Ansar al-Sharia, Katibat Marakah al-Ansar, Jund al-Tawhid und Jamaat al-Tawhid wal-Jihad. Zur Stärke der einzelnen Gruppen gibt es keine verlässlichen Daten; Schätzungen reichen von wenigen Dutzend Kämpfern etwa im Fall von Jamaat al-Tawhid wal-Jihad bis hin zu mehreren Hundert für Gruppen wie ASG oder BIFF. Mit dem Treueschwur verbindet sich der Anspruch, in näherer Zukunft im Süden der Philippinen eine Provinz des IS mit entsprechenden proto-staatlichen Strukturen zu errichten.

Das Verhalten philippinischer Jihadisten hat sich durch ihre Anbindung an den IS verändert.

Neben der Gründung lokaler IS-Ableger im Süden der Philippinen seit Juli 2014 haben nach Schätzungen bis zu 200 Filipinos das Land in Richtung Syrien bzw. Irak verlassen, um sich dort dem IS anzuschließen. Auch wenn die Regierung in Manila solche Ausreisen wiederholt bestritten hat, kann als gesichert gelten, dass eine Reihe philippinischer Staatsbürger zumindest 2015/2016 unter IS-Fahne in Syrien und dem Irak aktiv war.³³ Denn verschiedene dort aufgenommene Videos, die das größtenteils aus Südostasien bestehende IS-Bataillon Katibah Nusantara veröffentlicht hat, zeigen neben Indonesiern und Malaysiern auch philippinische Jihadisten. Ab Ende 2014 hatten Indonesien und Malaysia die Kontrollen an ihren Flughäfen und Häfen umfassend verstärkt, um IS-Sympathisanten an der Ausreise nach Nahost zu hindern. Manila hingegen vernachlässigte solche Maßnahmen lange Zeit. Nach Einschätzung von Experten führte dies dazu, dass die Philippinen 2015/2016 als Transitland für Jihadisten aus Malaysia

33 Peter Chalk, »The Islamic State in the Philippines: A Looming Shadow in Southeast Asia?«, in: *CTC Sentinel*, 9 (2016) 3, S. 10–14.

und Indonesien dienten. Unklar ist, ob die derzeit auf den Philippinen unter IS-Fahne kämpfenden Militanten auch Rückkehrer aus dem Irak bzw. Syrien umfassen.³⁴

Anfang 2016 berichteten IS-Nachrichtenportale wie Al-Furat erstmals, es gebe zwischen den diversen IS-loyalen Gruppen auf Mindanao eine verstärkte Koordination unter dem gemeinsamen Anführer Hapilon. Ein Propagandavideo, das auch in der Landessprache Tagalog verfügbar ist, zeigt die Ernennung Hapilons zum Emir aller Kämpfer Südostasiens, die unter IS-Fahne in den Jihad ziehen. Der Akt wird bildlich begleitet von Treueschwüren philippinischer wie auch indonesischer und malaysischer Kämpfer. Für eine verstärkte Anbindung philippinischer Gruppen an den IS sprechen noch weitere Indizien. So wickeln die erwähnten Zusammenschlüsse ihre externe Kommunikation exklusiv über IS-eigene Nachrichtenkanäle ab. In ihrer Außendarstellung ähneln diese Gruppen immer stärker dem originalen IS. Sie verwenden dessen Logo und nutzen IS-Naschids als Hintergrundmusik in ihren Videos. Die Opfer von Enthauptungen zwangen sie wiederholt, orangefarbene Gefängnis-kleidung zu tragen, wie man dies von IS-Videos aus Syrien kennt.³⁵

Zudem bekannte sich der IS in Syrien seit 2016 zu diversen Gewaltakten auf Mindanao – Bombenattentaten, Überfällen auf Polizei und Militär wie auch Hinrichtungen von Gefangenen. In den entsprechenden Erklärungen ist stets von »Soldaten des Kalifats« die Rede.³⁶ Auch wurden in der IS-eigenen Wochenzeitung al-Naba' Infographiken zu IS-Aktivitäten auf den Philippinen veröffentlicht.³⁷ Ein im Dezember 2015 von der Organisation veröffentlichtes Video

34 Institute for Policy Analysis of Conflict, *Pro-ISIS Groups in Mindanao* [wie Fn. 12].

35 Charlie Winter, »Signs of a Nascent Islamic State Province in the Philippines«, in: *warontherocks.com*, 25.5.2016, <<https://warontherocks.com/2016/05/signs-of-a-nascent-islamic-state-province-in-the-philippines/>> (eingesehen am 7.2.2018).

36 Video unter: <https://videos.files.wordpress.com/w9McaAFp/isis-philippines_dvd.mp4> (eingesehen am 7.2.2018).

37 <https://azelin.files.wordpress.com/2017/03/the-islamic-state-al-nabacc84_-newsletter-73.pdf> (eingesehen am 7.2.2018).

zeigt zudem IS-Trainingscamps, die sich laut Sprecher auf den Philippinen befinden.³⁸

Im Kontext der stärkeren Anbindung philippinischer Jihadisten an den IS hat sich auch das beobachtbare Verhalten der Gruppen verändert. Zum einen scheint die Entscheidungsgewalt über die verschiedenen »IS-Bataillone« zumindest formell zentralisiert worden zu sein, indem Hapilon zum Emir aufstieg. Zugleich wechselten die Gruppen ihre Namen. Die von Hapilon angeführten Teile der ASG operieren nun unter der Bezeichnung »IS Basilan«, die Maute-Gruppe nennt sich »IS Lanao«, und die BIFF agiert als »IS Maguindanao«. Infolge der Zentralisierung kam es zu einer Reihe größerer militanter Operationen, die koordiniert ausgeführt wurden. Allen voran zu nennen ist die Besetzung Marawis, Hauptstadt der Provinz Lanao del Sur auf Mindanao. An dem Unternehmen von Mai 2017 beteiligten sich mehrere Hundert Kämpfer von Gruppen, die bis dahin weitgehend unabhängig voneinander agiert hatten. Auch verlagerte sich deren Hauptoperationsgebiet von dem Mindanao vorgelagerten Sulu-Archipel auf den mehrheitlich muslimischen Südwesten der Insel.

Veränderungen zeigen sich ebenso im Charakter der Gewaltanwendung. Vor allem für die ASG bestand der wesentliche Modus Operandi der letzten Dekade in Entführungen (oft von Ausländern) zwecks Lösegeld-Erpressung. Viele Beobachter sahen daher in der ASG lange Zeit primär ein kriminelles Netzwerk, das vordergründig radikal-islamische Symbolik zur Schau stellt, um so seine Aktivitäten zu legitimieren. Seit die einschlägigen Gruppen den Treueschwur auf al-Baghdadi abgelegt haben, lässt sich indes ein Wandel in ihrem Verhalten feststellen. Entführungen und Lösegeld-Erpressungen sind in den Hintergrund getreten – zugunsten von Bombenanschlägen, Attacken auf »Apostaten«, Überfällen auf Polizei und Militär sowie Angriffen auf ganze Städte und Gemeinden. So wurde etwa im März 2016 ein saudischer Kleriker in der Stadt Zamboanga auf Mindanao durch mehrere Kugeln schwer verletzt. Zuvor hatte ihn die IS-Zeitschrift Dabiq als Apostaten bezeichnet.³⁹ Im

August 2016 wurden 15 Soldaten durch die ASG in Patikul (Sulu) getötet. Auf dem Nachtmarkt der Stadt Davao explodierte im September 2016 ein selbstgebauter Sprengsatz. 18 Menschen starben bei dem Anschlag, zu dem sich der IS bekannte. Im Dezember 2016 wurden 34 Menschen durch eine Bombe verletzt, die die Maute-Gruppe auf dem Marktplatz von Hilongos auf der Insel Leyte zündete. Ebenfalls im Dezember feuerten BIFF-Mitglieder zwei Granaten auf die staatliche Verwaltung des Ortes Shariff Aguak.⁴⁰ Laut philippinischen Sicherheitskräften plante die Maute-Gruppe zudem einen Anschlag in Manila, der aber vereitelt werden konnte.⁴¹

Neben Terroranschlägen wenden die IS-affinen Gruppen zunehmend auch konventionelle militärische Taktiken an. Die Maute-Gruppe eroberte 2016 zweimal die Kleinstadt Butig in der Provinz Lanao del Sur. Sie hielt den Ort jeweils für mehrere Tage gegen die philippinische Armee. Hunderte Kämpfer riegelten Zufahrtsstraßen ab, besetzten Regierungsgebäude und hissten die IS-Fahne. Erst nach dem Einsatz von Kampfflugzeugen und Artillerie konnte die Maute-Gruppe aus Butig vertrieben werden. Zu Beginn des Ramadan im Mai 2017 erfolgte dann die Eroberung Marawis – die bisher spektakulärste Operation der philippinischen IS-Gruppen. In einer von langer Hand geplanten Aktion nahmen Hunderte von Kämpfern große Teile der Stadt ein und hielten sie mehr als 150 Tage lang. Mehrere Dutzend der Militanten kamen aus dem Ausland, größtenteils aus Malaysia und Indonesien. Bei den Kämpfen wurden 300 000 Menschen aus Marawi und Umgebung vertrieben; 920 Aufständische, 165 Polizei- und Militärangehörige und 45 Zivilisten verloren laut Regierung ihr Leben.

Die Rekrutierung von Kämpfern für IS-Gruppen erfolgt auf den Philippinen primär lokal in den ländlichen Gebieten Mindanaos und des Sulu-Archipels. Ethnische Zugehörigkeit bzw. Clanmitgliedschaft sind bislang für Gruppen wie ASG und Maute zentrale Bezugspunkte für Anwerbeversuche. Dabei stellt Mindanao strukturell einen fruchtbaren Nährboden für

38 Video unter: <https://videos.files.wordpress.com/3cYITzkc/jund-al-khilacc84fah-in-the-philippines-22training-camp22_dvd_dvd.mp4> (eingesehen am 7.2.2018).

39 AFP, »PH Probes Attack on ISIS-Targeted Top Saudi Cleric«, 2.3.2016, *Rappler*, <<http://www.rappler.com/nation/124367-ph-police-probe-attack-saudi-cleric>> (eingesehen am 7.2.2018).

40 Tony Lopez, »ISIS Now in PH«, *manilastandard.net*, <www.manilastandard.net/opinion/columns/virtual-reality-by-tony-lopez/239455/isis-now-in-ph-2-.html> (eingesehen am 7.2.2018).

41 »PNP Foils Possible Maute Attack in Metro Manila«, *abs-cbn.com*, <<http://news.abs-cbn.com/news/03/21/17/pnp-foils-possible-maute-attack-in-metro-manila>> (eingesehen am 7.2.2018).

entsprechende Bemühungen dar. Die Insel ist der ärmste, am wenigsten entwickelte Teil der Philippinen, weist hohe Armutsraten auf und leidet seit Jahrzehnten unter Bürgerkrieg und dysfunktionalen staatlichen Strukturen. In letzter Zeit gibt es auch vermehrt Berichte aus Mindanao über gezielte Rekrutierungsversuche an Universitäten und Colleges.⁴²

Die individuellen Motive dafür, jihadistischen Gruppen beizutreten, reichen von ideologischer Nähe über persönliche Rachewünsche bis hin zu monetären Interessen angesichts von Soldzahlungen an Kämpfer.⁴³ Zwar erfolgt die Anwerbung vor allem über lokale Netzwerke, doch kursieren seit Sommer 2016 auch Videos, in denen potentielle Rekruten aus anderen Teilen Südostasiens aufgerufen werden, sich den von Hapilon geführten IS-Gruppen auf Mindanao anzuschließen.⁴⁴ Bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen staatlichen Sicherheitskräften und IS-Gruppen auf der Insel wurden denn auch Malaysier, Indonesier und Singapurser getötet, ebenso Marokkaner, Jemeniten und Saudis.⁴⁵

Reaktionen in Politik und Gesellschaft

Bis zur Eroberung von Marawi bestand die Reaktion Manilas auf die Aktivitäten IS-affiner Gruppen vor allem darin, das Problem herunterzuspielen. Zunächst einmal war bei den Akteuren nicht von »IS« oder »Jihadisten« die Rede. Vielmehr sprachen die zivile Regierung und das Militär von »Banditen« oder »kriminellen Banden«, die ihre Gewalttaten primär zur Selbstbereicherung verübten. Auch mutmaßten staatliche Stellen vielfach, die Treueschwüre, IS-

Fahnen und Propagandavideos seien bloß Instrumente, um die eigene Reputation zu steigern, internationale Aufmerksamkeit zu erregen und Gegner einzuschüchtern. Die Bedeutung entsprechender Vorgänge für die nationale Sicherheit wurde verharmlost, der Einfluss des IS als marginal bis inexistent eingestuft. Tatsächlich wurde das Problem in Manila trotz vielfältiger Indizien fast zwei Jahre lang weitgehend ignoriert.⁴⁶ Ende November 2016 erfolgte die erste offizielle Verlautbarung, mit der überhaupt anerkannt wurde, dass es IS-affine Gruppen auf Mindanao gab. Zuvor hatte die Maute-Gruppe wochenlang die Stadt Butig besetzt gehalten.⁴⁷ Über die Gründe, weshalb Manila so lange die Augen verschloss, ist wenig bekannt. Beobachter vermuten, dass dabei die Sorge eine Rolle spielte, Terrorangst könnte Tourismus und ausländische Investitionen in Mitleidenschaft ziehen, ebenso die Fixierung der Administration von Präsident Rodrigo Duterte auf den Krieg gegen Drogen.⁴⁸

Ein echter Perzeptionswandel in Manila setzte erst mit dem Angriff auf Marawi ein. Bereits einen Tag nach Beginn der Operation verhängte Duterte das Kriegsrecht für ganz Mindanao. Es erlaubte dem Militär unter anderem, lokale Verwaltungsfunktionen, auch im Sicherheitsbereich, zu übernehmen, Durchsuchungen ohne richterlichen Beschluss auszuführen und Personen ohne Haftbefehl über längere Zeit festzusetzen. Duterte ging jedoch noch weiter und gab der Armee freie Hand bei der Rückeroberung Marawis; den beteiligten Soldaten garantierte er Straflosigkeit.⁴⁹ Verhandlungen mit Jihadisten, die Duterte noch im November 2016 öffentlich erwogen hatte, schloss er seit Juni 2017 wiederholt aus.⁵⁰

42 Mussolini Sinsuat Lidasan, »Understanding the Local Context of ISIS Recruitment«, 1.2.2017, <<https://www.pressreader.com/philippines/sunstar-davao/20170201/281681139604765>>; Sami Moubayed, »The Philippines: A New Source of Grass Roots for ISIS?«, *atimes.com*, <<http://www.atimes.com/article/philippines-new-source-grass-roots-isis/>> (beide eingesehen am 7.2.2018).

43 Interview mit einem Mitarbeiter des Institute for Autonomy and Governance, Makati City, 25.5.2017.

44 »ISIS to Followers in SE Asia: ›Go to the Philippines«, in: *Rappler*, 25.6.2016, <<http://www.rappler.com/nation/137573-isis-fight-southeast-asia-philippines>> (eingesehen am 7.2.2018).

45 »Indonesian Militants' Presence in Marawi City Sparks Alarm«, in: *The Straits Times*, <www.aljazeera.com/news/2017/05/foreign-fighters-killed-battle-philippine-city-170530022319686.html> (eingesehen am 7.2.2018).

46 Jonathan Head, »Maute Rebel Group: A Rising Threat to Philippines«, *BBC News*, 31.5.2017, <<http://www.bbc.com/news/world-asia-40103602>> (eingesehen am 7.2.2018).

47 Carmela Fonbuena, »Duterte Confirms Maute Terror Group's ISIS Links«, in: *Rappler*, 29.11.2016, <<http://www.rappler.com/nation/153905-duterte-confirmation-maute-isis-links>> (eingesehen am 7.2.2018).

48 Interview mit einem National Security Adviser der philippinischen Regierung, Manila, 26.5.2017.

49 Joe Sterling/Buena Bernal, »Duterte Jokes about Rape While Rallying Troops to Fight Militants«, *CNN*, 28.5.2017, <<http://edition.cnn.com/2017/05/26/asia/philippines-duterte-speech/index.html>> (eingesehen am 10.1.2018).

50 Raoul Dancel, »Duterte Sends More Troops to Marawi«, in: *The Straits Times*, 20.6.2017 (online), <<http://www.straitstimes.com/asia/se-asia/duterte-sends-more-troops-to-marawi>> (eingesehen am 10.1.2018).

Über die Verstärkung militärischer Repression hinaus passierte jedoch lange nur wenig. Rekrutierungsmaßnahmen jihadistischer Gruppen wurden kaum unterbunden, ihre Finanzierungsquellen nicht beschnitten, die Verbindungen zu lokalen Clans und lokaler Politik nicht gekappt und auch die porösen Außengrenzen Mindanaos nicht stärker überwacht. Jihadisten aus Malaysia und Indonesien reisten Berichten zufolge per Passagierboot zu Dutzenden nach Mindanao ein.⁵¹ Auch Deradikalisierungsprogramme oder spezifische Cyber-Abwehrmaßnahmen wurden bislang nicht initiiert.

Erst im Zuge des Anti-Terror-Kampfes in Marawi wurde auch gegen die lokalen Unterstützernetzwerke des IS vorgegangen. Diese reichen nach Aussagen der philippinischen Sicherheitskräfte teilweise bis in die lokalen staatlichen Institutionen hinein. Nachdem etwa der ehemalige Bürgermeister Marawis inhaftiert worden war, weil er im Verdacht stand, die Maute-Gruppe zu unterstützen, fand man bei der Durchsuchung eines seiner Häuser Granaten, Gewehre, Munition sowie Materialien zum Bau von Rohrbomben.⁵² Was über die lokalen Unterstützernetzwerke von Gruppen wie Maute und ASG bekannt geworden ist, lässt erkennen, dass für sie zumindest in einigen Gegenden Mindanaos und des Sulu-Archipels gesellschaftlicher Rückhalt besteht. Gleichzeitig brachten viele Einwohner Marawis aber auch ihre Ablehnung gegenüber den IS-Gruppen zum Ausdruck.⁵³ Muslimische Geistliche aus Mindanao verurteilten die terroristische Gewalt in der Stadt und die Übergriffe der Maute-Gruppe gegen Christen als »unislamisch«.⁵⁴

Lokale zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Consortium of Bangsamoro Civil Society kritisierten gleichermaßen die Anwendung terroristischer Gewalt wie die Verhängung des Kriegsrechts.⁵⁵

Auf Mindanao haben IS-Gruppen in weiten Teilen der muslimischen Gesellschaft nur wenig Rückhalt.

Auch MILF und MNLF – die anderen muslimischen Gewaltakteure, die auf Mindanao operieren – verurteilten die Gewalt in Marawi. Die MILF bezeichnete den Angriff auf die Stadt als »terroristisch« und »nicht zu rechtfertigen«; sie unterstützte sogar die Regierung bei der Nothilfe in den betroffenen Gegenden.⁵⁶ Umfragen unter der muslimischen Bevölkerung Mindanaos deuten auf eine ungebrochene, breite Unterstützung für die etablierten Rebellengruppen hin, während jihadistische Gruppen wie die ASG kaum Zuspruch erfahren.⁵⁷ Zustimmungsraten von über 80 Prozent findet in den muslimischen Gebieten Mindanaos nach wie vor auch der Friedensprozess mit der Zentralregierung und das Bangsamoro Basic Law (BBL) als Kernbestandteil einer Autonomievereinbarung für diese Teile der Insel.⁵⁸ Aus solchen Be-

www.mindanews.com/statements/2017/05/philippine-center-for-islam-and-democracy-on-the-marawi-crisis (eingesehen am 10.1.2018).

55 »Consortium of Bangsamoro Civil Society on Martial Law, Terrorism and Counter-Terrorism«, in: *Minda News*, 25.5.2017 (online), <www.mindanews.com/statements/2017/05/consortium-of-bangsamoro-civil-society-on-martial-law-terrorism-and-counter-terrorism> (eingesehen am 10.1.2018).

56 Edwin O. Fernandez, »MILF Starts Helping Evacuate Trapped Marawi Civilians«, *inquirer.net*, 1.6.2017 (online), <<http://newsinfo.inquirer.net/901568/milf-starts-helping-evacuate-trapped-marawi-civilians>> (eingesehen am 10.1.2018).

57 Social Weather Stations, »First Quarter 2017 Social Weather Survey: Net Public Trust is Poor for NDF and CPP/NPA; Bad for MNLF and MILF; Very Bad for ASG; Pinoy Muslims Trust Muslim Rebel Groups Except ASG«, *1st Quarter 2017 Social Weather Survey SWS Special Report*, 19.6.2017 (online), <[https://www.sws.org.ph/downloads/media_release/pr20170619%20-%20Trust%20in%20specific%20rebel%20movements%20and%20armed%20groups%20\(Special%20report_FINAL\).pdf](https://www.sws.org.ph/downloads/media_release/pr20170619%20-%20Trust%20in%20specific%20rebel%20movements%20and%20armed%20groups%20(Special%20report_FINAL).pdf)> (eingesehen am 10.1.2018).

58 Social Weather Stations, »SWS Launches Publication, »Filipino Public Opinion on the Bangsamoro Basic Law (BBL) and the Mamasapano Incident«, *sws.org.ph*, 24.8.2015, <<https://www.sws.org.ph/swsmain/artcldisplaypage?artcsyscode>>

51 Haeril Halim, »Indonesian Militants Can »Easily« Enter Philippines«, in: *The Jakarta Post*, 26.4.2017, <<http://www.thejakartapost.com/news/2017/04/26/indonesian-militants-can-easily-enter-philippines-.html>> (eingesehen am 10.1.2018).

52 Jigger J. Jerusalem, »Explosives, Bomb Components Seized in Former Marawi Mayor's Other House«, *inquirer.net*, 28.6.2017, <<http://newsinfo.inquirer.net/909422/explosives-bomb-components-seized-in-another-house-of-former-marawi-mayor>> (eingesehen am 10.1.2018).

53 Interview mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von International Alert, Quezon City, 29.5.2017.

54 John Unson, »Muslim Clerics Denounce Desecration of Marawi Cathedral«, *philstar.com*, 7.6.2017, <<http://www.philstar.com/nation/2017/06/07/1707622/muslim-clerics-denounce-desecration-marawi-cathedral>> (eingesehen am 10.1.2018); »Philippine Center for Islam and Democracy on the Marawi Crisis«, in: *Minda News*, 25.5.2017 (online), <<http://www.mindanews.com/statements/2017/05/philippine-center-for-islam-and-democracy-on-the-marawi-crisis>>

funden kann abgeleitet werden, dass die IS-Gruppen auf Mindanao in weiten Teilen der muslimischen Gesellschaft dort nur wenig Rückhalt haben.

Auswirkungen auf die nationale und regionale Stabilität

Für Mindanao stellen die IS-Gruppen sicherlich eine neue sicherheitspolitische Herausforderung dar, ohne jedoch nach derzeitigem Erkenntnisstand die nationale Stabilität der Philippinen nachhaltig zu gefährden. Bislang sind die Gruppen weder politisch noch militärisch stark genug, um über die kurzzeitige Einnahme von Gebieten hinaus erobertes Territorium dauerhaft zu halten und dort eigene proto-staatliche Strukturen zu etablieren. Auch mangelt es ihnen in der Bevölkerung an Unterstützung. Obwohl der IS auf Mindanao zu großen Teilen aus Abspaltungen von der MILF hervorgegangen ist, hat er es bisher nicht geschafft, die Organisation zu unterwandern oder sich als glaubwürdigere Alternative zu präsentieren. Zwar gibt es inhaltlich einige grobe Überschneidungen zwischen dem IS und den etablierten militanten Gruppen, etwa die Kritik an der fortgesetzten Marginalisierung der Moros durch die christlich dominierte Mehrheit in Manila. Aber darüber hinaus unterscheiden sich die Akteure stark voneinander, was die Art des Vorgehens und die politischen Ziele angeht. Die IS-affinen Gruppen versuchen, mit militärischer Gewalt eine IS-Provinz (*wilayah*) auf Mindanao als Teil eines globalen Kalifats zu schaffen. Dagegen haben MILF und MNLF – teils brüchige – Waffenstillstände mit Manila geschlossen und schon vor längerer Zeit das Ziel der Eigenstaatlichkeit zugunsten einer weitreichenden Autonomieregelung für die muslimischen Gebiete Mindanaos aufgegeben. Zumindest auf der Führungsebene von MILF und MNLF ist derzeit keinerlei Annäherung an IS-affine Gruppen oder gar eine Kooperation mit ihnen zu erkennen.

Auch die regionale Dimension philippinischer IS-Aktivitäten beschränkt sich derzeit auf einen recht geringen Zulauf an ausländischen Kämpfern, meist aus Indonesien und Malaysia, und sporadische Berichte über den transnationalen Schmuggel von Waffen. Bisher gibt es keine Informationen über

koordinierte Operationen mit indonesischen oder malaysischen Gruppen, ebenso wenig über Pläne, von Mindanao aus Anschläge in anderen Ländern zu verüben. Um die porösen Außengrenzen der Philippinen besser zu kontrollieren, hat das Land mit Indonesien und Malaysia eine intensivere Zusammenarbeit bei der Seeüberwachung vereinbart.

Die neue Qualität jihadistischer Militanz, die von philippinischen IS-Gruppen ausgeht, zeigt sich daher bislang vor allem auf lokaler Ebene. Zum einen hat es die verstärkte Kooperation der Gruppen unter Führung von IS-Emir Hapilon ermöglicht, auf Mindanao konzentrierte Militäraktionen durchzuführen, wie die Angriffe auf die Städte Butig und Marawi. Solche Unternehmen besitzen vor allem propagandistischen Wert; sie haben das Ansehen dieser Gruppen innerhalb jihadistischer Netzwerke auf Mindanao wie auch in der ganzen Region massiv gestärkt. Zum anderen ist damit eine radikalere, militantere Alternative zu den etablierten, konfliktmüden Moro-Gruppen MILF und MNLF entstanden. Die neuen Akteure sind gegen Friedensverhandlungen mit Manila und eine Autonomieregelung für Mindanao; stattdessen zielen sie darauf, einen unabhängigen »Islamischen Staat« auf der Insel zu errichten. Dabei ist es unter Hapilons Ägide sogar gelungen, verschiedene ethnische Gruppen und Clans zusammenzuführen, also bisher bestehende Grenzen zu überwinden.⁵⁹ All dies könnte das Label »IS« für junge Menschen attraktiv machen, die frustriert sind angesichts ihrer sozio-ökonomischen Perspektivlosigkeit auf Mindanao. Dasselbe gilt für einfache MILF-Kämpfer, die wegen der schlep-penden Verhandlungen mit Manila und der bislang ausgebliebenen Friedensdividende enttäuscht sind.⁶⁰

IS-affine Gruppen profitieren darüber hinaus von der Schwäche staatlicher Strukturen auf Mindanao. Die Insel hinkt den anderen Landesteilen weit hinterher, was Wohlstand, Bildungssystem, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur und öffentliche Sicherheit angeht. In vielen Gegenden Mindanaos sind staatliche Institutionen *de facto* seit Jahren nicht mehr vorhanden, wenn es sie nach Republikgründung überhaupt je gegeben hat. An ihrer Stelle existieren schatten-staatliche und schattenwirtschaftliche Strukturen, die

=ART-20151027030111> (eingesehen am 10.1.2018). Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Studie war das BBL bereits vom philippinischen Parlament gebilligt, aber noch nicht vom Präsidenten unterzeichnet.

59 Joseph Hincks, »ISIS in the Philippines: The Battle for Marawi City«, *time.com*, 16.6.2017, <<http://time.com/marawi-philippines-isis/>> (eingesehen am 10.1.2018).

60 Interview mit einem Mitarbeiter des Institute for Autonomy and Governance, Makati City, 25.5.2017.

von lokalen Clans oder Aufstandsbewegungen errichtet wurden. Neben den erwähnten bewaffneten Gruppen gibt es vielfach lokale Milizen, die aus Fehden rivalisierender Clans hervorgegangen sind und die ebenfalls dazu beitragen, das staatliche Gewaltmonopol auszuhöhlen bzw. zu fragmentieren. Die Staatschwäche auf Mindanao eröffnet Rückzugsräume und Finanzierungsmöglichkeiten für die IS-affinen Gruppen. Dass diese, wie von Präsident Duterte angekündigt, schnell eingedämmt oder gar zerschlagen werden, erscheint daher unrealistisch.

Vieles hängt vom Erfolg der Friedensverhandlungen ab, die von der Duterte-Regierung derzeit mit MILF und MNLF geführt werden. Die Friedensinitiativen früherer Regierungen – 1976, 1989, 1997, 2008 und zuletzt 2014 – sind allesamt gescheitert. In Mindanaos Zivilgesellschaft wie von Seiten der MILF und der MNLF werden aber große Hoffnungen in den heutigen Präsidenten gesetzt – nicht nur weil Duterte den Inselkonflikt weit oben auf seiner politischen Agenda verortet hat, sondern vor allem auch weil er selbst aus Mindanao stammt und »Moro-Blut durch seine Adern fließt«. ⁶¹ Ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen, inklusive zügiger Implementation des Bangsamoro Basic Law, würde das von IS-affinen Gruppen vertretene Narrativ durchbrechen, Gespräche mit der Zentralregierung seien sinnlos, weil Manila ohnehin keine Zusagen einhalte. Auf der anderen Seite könnte es die IS-Gruppen massiv stärken, sollten die Friedensverhandlungen erneut scheitern. Denn Teile der MILF und der MNLF würden dann, enttäuscht vom abermaligen Vertrauensbruch Manilas, womöglich zu radikaleren Gruppen überlaufen.

Ausblick

Im maritimen Südostasien ist das Phänomen IS seit 2014 in unterschiedlichen Ausprägungen präsent. Es äußerte sich zunächst darin, dass mehrere Hundert Jihadisten aus der Region nach Syrien und in den Irak reisten (oftmals samt Familien), um dort für den IS zu kämpfen. Der Großteil von ihnen stammte aus Indo-

nesien. Auch leisteten Hunderte Einzelpersonen aus Südostasien den Treueschwur auf al-Baghdadi. Ab 2014 wurde zudem IS-Propaganda in regionale Landessprachen übersetzt und lokal verbreitet. In der Folge kam es zu einer Reihe überwiegend kleinerer Anschläge auf Bars und Cafés, Märkte, Polizei und Militär, zu denen sich IS-affine Gruppen bekannten und die von der IS-Zentrale propagandistisch aufbereitet wurden. Organisiert und durchgeführt wurden diese Gewaltakte von klandestinen Zellen. In einigen Fällen sollen die Taten mit Verbindungsmännern aus der IS-Zentrale abgestimmt bzw. von diesen mitfinanziert worden sein. Nach derzeitiger Datenlage sind die in Südostasien operierenden Gruppen allerdings nicht in der Lage, ein Szenario zu wiederholen, wie es von 2014 bis 2017 in Syrien und dem Irak bestand. Dafür sind sie militärisch zu schwach und haben zu wenig Rückhalt in der Bevölkerung; zudem sehen sie sich umfangreichen staatlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt, bis hin zur Verhängung des Kriegsrechts.

Größere militante Aktionen unter IS-Flagge waren bisher nur auf der philippinischen Insel Mindanao zu beobachten. Dort hatten sich eine Reihe militanter Gruppen unter Führung Isnilon Hapilons zusammengeschlossen, der von Raqqa aus zum Emir ernannt worden war. Dass im Oktober 2017 die besetzte Stadt Marawi von der philippinischen Armee zurückerobert und Hapilon getötet wurde, sollte nicht zum Umkehrschluss verleiten, damit sei das Ende des IS im maritimen Südostasien besiegelt. Zwar konnte die Errichtung einer IS-Provinz in der Region abgewendet werden. Der muslimische Teil Mindanaos und das der Insel vorgelagerte Sulu-Archipel dürften aber im Fokus jihadistischer Militanz bleiben. Während die Maute-Gruppe nach den Kämpfen um Marawi als aufgegeben gilt, verfügen etwa Abu Sayyaf und BIFF laut Schätzungen weiterhin über mehrere Hundert Kämpfer. Mehr noch, fortbestehende Marginalisierungserfahrungen der Moros im Verbund mit der Utopie des Kalifats haben das Potential, mittelfristig eine neue Generation militanter Jihadisten auf den Plan zu rufen.

⁶¹ Carolyn O. Arguillas, »Duterte: »I want hunger stopped ... I will improve the Moroland«, in: *MindaNews*, 30.10.2016, <www.mindanews.com/top-stories/2016/10/duterte-i-want-hunger-stopped-i-will-improve-the-moroland/> (eingesehen am 18.1.2018).

Felix Heiduk

Schlussfolgerungen

Der IS wird von seinen Anhängern als politisches Unternehmen mit globalem Anspruch verstanden. Doch was das Auftreten der Organisation betrifft, lag die Aufmerksamkeit bislang vor allem auf dem syrisch-irakischen IS-Territorium sowie auf Netzwerken und Einzelpersonen, die in Nordamerika und Europa Anschläge im Namen des IS begingen. Seit 2017 ist allerdings deutlich geworden, dass der IS auch in Teilen Asiens Fuß fassen konnte. Dies zeigen nicht nur Berichte über asiatische IS-Kämpfer in Syrien und dem Irak. Vielmehr werden zunehmend auch Staaten Asiens selbst zum Schauplatz von Anschlägen und anderen bewaffneten Aktionen, für die der IS die Verantwortung übernimmt. Es gibt derzeit jedoch keine Anzeichen, dass sich das jihadistische Staatsbildungsprojekt, welches von 2014 bis 2017 in Nahost Bestand hatte, auf asiatischem Boden in naher Zukunft wiederholen lassen wird. Dafür sind die IS-affinen Gruppen dort zu schwach. Sie erfahren massive staatliche Repression und insgesamt eine breite gesellschaftliche Ablehnung, die oftmals bis ins islamistische Milieu selbst hineinreicht.

Aus Zentralasien stammte zwar im kontinentalen Vergleich eine große Zahl an IS-Unterstützern, die sich in Syrien und dem Irak der Organisation anschlossen. Doch bildet die Region kein neues Epizentrum des IS. Auffallend ist höchstens die Beteiligung von Bürgern zentralasiatischer Staaten an terroristischen Anschlägen im Ausland. So wird etwa hinter dem Selbstmordanschlag auf dem Istanbuler Flughafen 2016 ein Netzwerk von IS-Anhängern aus Kirgistan und Usbekistan vermutet. Auch in den südasiatischen Staaten Bangladesch, Pakistan und Indien verfügt der IS nur über eine schwache Basis. Aus Südasien mit seinen fast 450 Millionen Muslimen kämpften nur um die 700 IS-Anhänger in Syrien und Irak. Lokale Ableger haben einige kleinere Anschläge verübt, sind ansonsten aber vor allem in den sozialen Medien aktiv. Vor Ort konkurrieren sie mit einer Vielzahl anderer nichtstaatlicher Gewaltakteure um Macht und Einfluss. Allenfalls im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet gelang es IS-affilierten Gruppen,

punktuell Fuß zu fassen; sie rivalisieren hier jedoch mit den Taliban. Generell haben IS-Ableger innerhalb des recht breiten Spektrums islamistischer Gruppen Südasiens kaum Attraktivität entfalten können.

In der westchinesischen Region Xinjiang rief der IS zu Angriffen gegen die Zentralregierung in Beijing auf. Mehrere kleinere Attentate 2016/2017 wurden von der Organisation reklamiert, ohne dass jedoch eine Präsenz uighurischer IS-Mitglieder in Xinjiang nachgewiesen werden konnte. Nach Schätzungen reisten einige Hundert Uighuren – meist über die Türkei – nach Syrien und in den Irak; dort sollen sie sich aber mehrheitlich al-Qaida-nahen Gruppen angeschlossen haben. In Indonesien gewann der IS innerhalb militant-islamistischer Organisationen schnell viel Aufmerksamkeit und auch Unterstützung. So wurde Bestrebungen, ein islamisches Kalifat zu errichten, neues Leben eingehaucht. Laut Polizeiangaben reisten rund 500 Indonesier in das nächstliche IS-Gebiet aus, und 2016, 2017 und 2018 verübten Anhänger der Organisation mehrere Anschläge im Land selbst. Eine dauerhafte Bedrohung der nationalen Stabilität Indonesiens ergibt sich daraus jedoch nicht.

Dennoch stellt zumindest in einigen Teilen Asiens das Vordringen des IS ein wachsendes Problem dar. Dies zeigen vor allem die Aktivitäten, die entsprechende Gruppen 2017 in Afghanistan und im Süden der Philippinen entfaltet haben. Von »dem IS« sollte hier aber nicht gesprochen werden, denn dies suggeriert die Existenz zentraler Kommandostrukturen und Hierarchien, für die es bisher keine klaren Anzeichen gibt. Vielmehr ist das Phänomen IS in Asien stark durch lokale Kontexte geprägt. Seine einzelnen Ableger sind vielfach militante Gruppen mit langer Tradition. Aus unterschiedlichen Motiven haben sie ihre Loyalität zum IS verkündet; manchen ging es dabei um den propagandistischen Effekt, anderen eher um Erhöhung der eigenen Glaubwürdigkeit oder auch nur den Zufluss von Ressourcen. Solche Gruppen übernehmen dann einzelne Ideen, Taktiken und rhetorische Versatzstücke des IS, ohne aber dabei die

eigenen Agenden und Bezüge aufzugeben. Neben etablierten jihadistischen Strukturen spielen vor allem digitale Räume eine zunehmend wichtige Rolle. Hier sind Foren und Chatrooms entstanden, über die in einheimischen Sprachen IS-Propaganda verbreitet wird und Aktivisten den Anschluss zu jihadistischen Netzwerken finden.

Auf den IS haben asiatische Regierungen bislang vor allem mit Repression geantwortet.

Unter dem Label »IS« hat vor allem subregional eine Vernetzung lokaler Gruppen stattgefunden. Diese teilen eine Reihe sehr allgemeiner ideologischer Bezugspunkte. Sie lehnen die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung als unislamisch ab und zielen darauf, diese durch bewaffnete Gewalt revolutionär zu verändern; sie unterstützen den Alleinvertretungsanspruch des IS, und sie verurteilen andere Islam-Interpretationen als häretisch. Eine zentrale Kontrollinstanz gibt es dabei aber nicht. Der IS in Asien setzt sich aus vielen unterschiedlichen Gruppen zusammen, deren Ziele, Organisationsformen, Rekrutierungs- und Finanzierungswege größtenteils lokal bestimmt sind. Umgekehrt macht die damit verbundene Autonomie der diversen Ableger eine Persistenz des IS in Asien überhaupt erst möglich.

Auf das Erscheinen des IS in Asien antworteten die Regierungen der untersuchten Staaten, unabhängig von deren politischer Verfasstheit, bislang vor allem mit Repression durch die Sicherheitsorgane. Örtliche IS-Ableger wurden verboten, die IS-Mitgliedschaft unter Strafe gestellt. Während in einigen dieser Länder islamistische Vereinigungen mitunter durch den Staat bzw. staatliche Akteure kooptiert werden, sind für IS-affine Gruppen bzw. IS-Unterstützer keine solchen Fälle zu verzeichnen. Bei Polizei- und Militäraktionen wurden Hunderte Personen verhaftet oder getötet, die der IS-Anhängerschaft verdächtig waren. So reagierte etwa die Führung in Kabul auf das Auftreten des IS mit verstärkten Militäroperationen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet. Die USA beteiligten sich als externer Verbündeter aktiv daran, die Organisation in Afghanistan militärisch zu bekämpfen. Auch in anderen Staaten Südasiens kam es zu Militär- und Polizeioperationen gegen Personen und Gruppen, die verdächtigt wurden, den IS zu unterstützen. Im zentralasiatischen Usbekistan erfolgte im Kontext des Anti-Terror-Kampfes eine Verhaf-

tungswelle gegen »Extremisten«; sie zielte allerdings nicht nur auf mutmaßliche IS-Anhänger, sondern ebenso auf nichtgewalttätige Regimegegner mit religiöser Motivation.

In Südostasien wurde die Reaktion auf den IS ebenfalls primär von den staatlichen Sicherheitsorganen getragen. Die Anti-Terror-Einheit der indonesischen Polizei führte Dutzende Aktionen durch, bei denen sie einschlägig Verdächtige festnahm oder tötete. Auf den Philippinen erschöpft sich die Anti-IS-Politik weitestgehend in Militäroperationen. Oftmals erscheinen in Asien die von staatlicher Seite eingesetzten Mittel nicht verhältnismäßig gegenüber dem Ausmaß der Bedrohung. Das deutlichste Beispiel dafür bietet Chinas Vorgehen gegen die »antichinesischen« Aktivitäten in der Region Xinjiang. Auf die perzipierte Bedrohung durch Terrorismus, religiösen Extremismus und Separatismus antwortete Beijing zum einen mit einer großangelegten Kampagne zur Zerschlagung terroristischer Gruppen. Zum anderen wurde in ganz Xinjiang aber auch die öffentliche Ausübung religiöser Bräuche massiv eingeschränkt.

Allen untersuchten Staaten ist gemein, dass ihre Anti-Terror-Politik für betroffene Bevölkerungsgruppen intransparent bleibt und das Agieren der Sicherheitskräfte demokratischer Kontrolle entzogen ist. Dabei laufen die staatlichen Organe Gefahr, in ihrem Handeln als antimuslimisch wahrgenommen zu werden; dies droht existierende Gräben zwischen Behörden und lokaler Bevölkerung weiter zu vertiefen. Viele Menschen haben den Eindruck, das oftmals brutale Vorgehen von Sicherheitskräften gegen »den IS« sei gegen sie selbst gerichtet. IS-Unterstützer nutzen dies in den sozialen Medien zu Propagandazwecken. In der Bevölkerung droht ein Kreislauf von Unterentwicklung, Marginalisierung und Gewalterfahrung in Gang gesetzt zu werden, der die Kontinuität jihadistischer Militanz befördert. Auf der südphilippinischen Insel Mindanao etwa werden neue IS-Anhänger gezielt in Familien und Clans rekrutiert, die bereits Todesopfer durch staatliche Anti-Terror-Operationen zu beklagen hatten.

Angesichts dieser Befunde ist anzunehmen, dass das Phänomen IS in Asien für absehbare Zeit Bestand haben wird. Die Auswirkungen sind bislang aber vor allem lokal spürbar. In keinem der untersuchten Länder ist es IS-affinen Gruppen gelungen, die staatliche oder gesellschaftliche Ordnung nachhaltig in Frage zu stellen. Teilweise ist zu beobachten, dass Regierungen die vom IS ausgehende Gefahr aus politischem Kalkül bewusst übertreiben. Das gilt vor

allem für China, aber auch einige Länder Zentralasiens. Den staatlichen Akteuren ermöglicht es der Anti-IS-Kampf, hart gegen angebliche oder echte Oppositionelle aus dem religiösen Lager vorzugehen und sich nach innen wie außen als Stabilitätsgaranten darzustellen.

Auf subregionaler Ebene sind einige Fälle von transnationaler Vernetzung und Kooperation zwischen verschiedenen IS-Gruppen bekannt geworden. Dies betrifft vor allem die beiden derzeitigen IS-Hotspots in Asien – das zu den Philippinen gehörende Mindanao und die sogenannte IS-Provinz Khorasan in Südafghanistan. Hier wie dort sind die staatlichen Außengrenzen porös, was IS-Anhänger genutzt haben, um Personen, Waffen und Geld zu schmuggeln. Darüber hinaus aber gibt es in Asien kaum Anzeichen dafür, dass solche Akteure dauerhaft über Landesgrenzen hinweg operativ zusammenarbeiten oder sich gar genuin transnationale IS-Gruppen bilden. In den Reihen einiger der untersuchten IS-Ableger kämpfen neben Einheimischen zwar auch Ausländer, aber deren Zahl ist, anders als im syrisch-irakischen Kernland der Organisation, weiterhin sehr gering. Zudem sind die Führungszirkel der betreffenden IS-Gruppen nach aktuellem Informationsstand stets aus Persönlichkeiten zusammengesetzt, die aus dem jeweiligen Gebiet selbst stammen. Trotz durchlässiger Außengrenzen in vielen Staaten der Region sind sogenannte Spill-over-Effekte bislang also gering. Daher ist nicht zu erwarten, dass sich die Sicherheitslage in Asien durch das Auftreten des IS drastisch verschlechtern wird.

Die sicherheitspolitische Herausforderung für die betroffenen Staaten besteht vor allem darin, eine Anti-Terror-Politik zu entwickeln und umzusetzen, die den Primat des Militärischen überwindet und stattdessen auf mehreren Säulen basiert. Neben der Strafverfolgung müsste eine solche Politik auch Strategien umfassen, die darauf zielen, Missstände wie Armut, Entwicklungsdefizite, Korruption und Diskriminierung zu beheben. Dabei gilt es, die jeweiligen lokalen Kontexte genau zu analysieren, aus denen IS-Anhänger hervorgegangen sind. Vor digitalen Räumen darf nicht haltgemacht werden, denn dort findet ein Teil der jihadistischen Propaganda-Aktivitäten statt. Und auch auf theologischer Ebene sollte der Kampf gegen den IS geführt werden – hier sind Antworten auf die spezifische Islam-Interpretation seiner Anhänger zu liefern.

Anhang

Abkürzungen

AAI	Ansar al-Islam	Jl	Jemaah Islamiyah
ABT	Ansarullah Bangla Team	JMB	Jama'atul Mujahideen Bangladesh
AFSPA	Armed Forces Special Powers Act	JMJB	Jagrata Muslim Janata Bangladesh
AL	Awami-Liga	JuA	Jamaatul Ahrar
AQIS	Al-Qaida im Indischen Subkontinent	JuD	Jamaat-ud Dawa
ARMM	Autonomous Region in Muslim Mindanao	JUIF-S	Jamiat Ulema-i-Islam-Samiul Haq
ASG	Abu-Sayyaf-Gruppe	JuT	Jamaatul Ahrar
BBL	Bangsamoro Basic Law	KGB	Komitee für Staatssicherheit
BIFF	Bangsamoro Islamic Freedom Fighters	KP	Khyber-Pakhtunkhwa
BJP	Bharatiya Janata Party	LeJ	Lashkar-e-Jhangvi
BNP	Bangladesh Nationalist Party	LeJA	Lashkar-e-Jhangvi Al Almi
BNPT	National Agency for Combating Terrorism (Indonesien)	LeT	Lashkar-e-Toiba
COIN	Counterinsurgency Strategy	MILF	Moro Islamic Liberation Front
CSM	Community Support Mechanism	MIT	Mujahidin Indonesia Timur
CSTO	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit	MMI	Majelis Mujahidin Indonesia
ETIM	East Turkestan Islamic Movement	MNLF	Moro National Liberation Front
FAKSI	Forum Aktivis Syariah Islam	NACTA	National Counter Terrorism Authority
FATA	Federally Administered Tribal Areas	NAP	National Action Plan
FPDI	Forum Pendukung Daulah Islamiyah	NIA	National Investigation Agency
FPI	Front Pembela Islam / Islamic Defenders Front	NISP	National Internal Security Policy
FSB	Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation	NKRI	Negara Kesatuan Republic Indonesia / The Unitary State of the Republic of Indonesia
GCERF	Global Fund for Community Engage- ment and Resilience	NU	Nahdlatul Ulama
GTI	Global Terrorism Index	PFI	Popular Front of India
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	PKI	Partai Komunis Indonesia
HuJI-B	Harkat-ul-Jihad-al Islami Bangladesh	SCO	Shanghaier Organisation für Zusam- menarbeit
IBU (IMU)	Islamische Bewegung Usbekistans (Islamic Movement Usbekistan)	SDF	Syrian Democratic Forces
IM	Indian Mujahedin	SIMI	Student Islamic Movement India
IS	»Islamischer Staat«	TIP	Turkistan Islamic Party
ISIL	Islamischer Staat im Irak und in der Levante	TYLR	Tehreek-i-Labaik Ya Rasool Allah
ISIS	Islamischer Staat im Irak und in Syrien	TTP	Tehrik-e-Taliban Pakistan
ISKP	Islamic State Khorasan Province	UNAMA	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan
JAS	Jamaal Anschorul Syariat	UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
JAT	Jamaah Anshorut Tauhid	VN	Vereinte Nationen
Jl	Jamaat-i-Islami (Bangladesch)		

Die Autorinnen und Autoren

Nicole Birtsch war bis Januar 2018

Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Asien.

Dr. Uwe Halbach ist Wissenschaftler in der

Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien.

Dr. Felix Heiduk ist Wissenschaftler in der

Forschungsgruppe Asien.

Dr. Gudrun Wacker ist Senior Fellow in der

Forschungsgruppe Asien.

Dr. habil. Christian Wagner ist Senior Fellow

in der Forschungsgruppe Asien.

